

DKP-Informationen

Nr. 1/98 - 15. März 1998

150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei

***Veranstaltung der DKP
21. Februar 1998, Berlin***

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 3,- DM (zuzügl. 3,- DM Porto)

Inhalt

	Seite
1. Einleitende Referate	
- Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP	3
- Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform der PDS	12
2. Beratung in Arbeitsgruppen	
a) Das Kommunistische Manifest und der Kampf um Frieden	
Einleitungsreferate:	
- Peter Strutynski,	
- Laura von Wimmersperg (Referat ist nicht enthalten. Es wurde nach Stichworten gehalten und liegt nicht schriftlich vor.)	
b) Das Kommunistische Manifest und die Zukunft der Arbeit	
Einleitungsreferate:	
- Leo Mayer, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstands der DKP, ehrenamtl. Mitarbeiter am Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München	
- Gerhard Jüttemann, MdB/PDS	
c) Das Kommunistische Manifest und der Kampf um Demokratie	
Einleitungsreferate:	
- Professor Wolfgang Richter, (Leiter der) Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. (GBM)	
- Detlef Fricke, Mitglied des Parteivorstands der DKP, Leiter der AG Rechtspolitik	
d) Das Kommunistische Manifest und die Sozialismusvorstellungen der DKP	
- Professor Hans Heinz Holz	
- Alain Rouy, Mitarbeiter der Internationalen Abteilung der Französischen Kommunistischen Partei (Auszüge)	

Konferenz der DKP: „150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei“

Einleitungsreferat

Heinz Stehr

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ erschien vor 150 Jahren. Jürgen Jeske, Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, schrieb dazu am 10. Januar 1998 unter der Überschrift „Totgesagte feiern Jubiläum“: „Vor 150 Jahren, im Januar des Jahres 1848, stellte in Brüssel der 29 Jahre alte Journalist und Doktor der Philosophie, Karl Marx, eine politische Kampfschrift fertig, in der er den Untergang des gerade aufblühenden Kapitalismus und den Niedergang der kleinen Mittelstände vorhersagte.“ Im weiteren Verlauf des Kommentars kommt er zur Fragestellung: „Aber drohen nicht mit der Globalisierung neue Krisen? Vieles, was Marx an kapitalistischen Schrecknissen beschrieb, läßt sich leicht auf dieses Thema hin umformulieren.“ Um dann mit der für ihn beruhigenden Schlußfolgerung zu schließen: „Anders als im Weltbild von Marx und Engels sind die Industrieländer von heute jedoch offene evolutionäre Gesellschaften. Darin liegt in der Tat die große Flexibilität und Hoffnung für freie und soziale Marktwirtschaften, wenn der Ordnungsrahmen stimmt. Wir müssen Gespenster 150 Jahre nach Erscheinen des Manifestes nicht fürchten.“

Ein bißchen Pfeifen im Walde kann man zwischen den Zeilen dieser Worte lesen oder hören. Dummheiten wie die des vom BDI-Chef Henkel bezeichneten Obernarren der Kohlregierung Blüm „Marx ist tot, Jesus lebt“, kann man heute nicht mehr hören. In den „seriösen“ Medien, die sich vor allem verpflichtet fühlen, der eigenen Klasse wahrheitsgemäße Informationen zu vermitteln, wird längst über neue Zuspitzungen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung der Bundesrepublik Deutschland nachgedacht. Es wird gewarnt vor neuen Bewußtseinsentwicklungen, die durch Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau vor allem entwickelt werden. So schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 12. November und 10. Dezember 1997 zu den Ergebnissen jüngster Umfragen des Allensbacher Institutes der CDU-Frau Noelle-Neumann, sie seien „alarmierend“. So hätten sich Werte und Ziele der DDR-Zeit bei den Ostdeutschen gespenstisch konserviert. Nur ein Drittel der Befragten halte die bundesdeutsche Demokratie für verteidigungswert. Der Anteil derjenigen, die den Sozialismus für eine gute Idee halten, die schlecht ausgeführt wurde, ist auf zwei Drittel der Befragten angestiegen, der Anteil derjenigen, die eine gute Meinung vom Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland haben, ist im Westen auf 40 Prozent, im Osten sogar auf 22 Prozent der Befragten gesunken.

Alarmierend - aus FAZ/Allensbacher Sicht - seien die Veränderungen in den Einstellungen zur Frage Sozialpartnerschaft und Klassenkampf: Die Frage „Klassenkampf ist heute überholt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich partnerschaftlich miteinander verständigen“, fand noch 1990 eine Mehrheit mit 58 Prozent der Befragten in den alten Bundesländern; im Jahre 1992 meinten das noch 51 Prozent und im Jahre 1997 nur noch 41 Prozent. In Ostdeutschland waren es 1997 nur noch 25 Prozent der Befragten. Die alternative Fragestellung lautete: „Es ist richtig, vom Klassenkampf zu sprechen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben im Grunde völlig unvereinbare Interessen.“ Im Jahre 1990 waren es nur 25 Prozent der Befragten in den alten Bundesländern; im Jahre 1997 meinten das 44 Prozent der Befragten. In Ostdeutschland stieg 1997 der Anteil auf 56 Prozent. Diese Meinungsänderungen sind gerade für uns hochinteressant.

Noch eine andere interessante Frage wurde gestellt: „Wie stellen Sie sich unsere Gesellschaft in zehn Jahren vor?“ Mehrere Antworten konnten angekreuzt werden: 78 Prozent der Befragten meinten wörtlich: „Die Reichen werden reicher, die Armen immer ärmer.“ Nur noch vier Prozent kreuzten dagegen die Antwort an: „Es wird mehr Wohlstand geben, wir werden uns mehr leisten können.“ 71 Prozent der Befragten meinten, die Gesellschaft würde kälter und egoistischer; 69 Prozent meinten, daß es mehr Arbeitslose geben werde. 61 Prozent meinten, daß die Zukunft unsicherer werde; 48 Prozent meinten, daß es zu sozialen Unruhen käme. Diese Bewußtseinsänderungen finden auch ihren Ausdruck in konkret verändertem Verhalten.

Am 5. Februar kam es zu mindestens 200 örtlichen Aktionen, mit ca. 40.000 bis 50.000 Beteiligten gegen die Massenarbeitslosigkeit. Es gab Aktionen in und vor Arbeitsämtern, Börsen, Rathäusern und anderen markanten Punkten. Antikapitalistische Positionen haben ihren Platz in dieser Bewegung. Die Demagogie der ökonomisch Mächtigen und ihrer politischen Interessensvertreter in Bonn ver-

fängt offensichtlich nicht mehr. Geld ist genug da; die entscheidende Frage der Verteilung bzw. des Besitzes hat sich als Erkenntnis gesetzt. Das individuelle Schuldgefühl, selbst verantwortlich zu sein für die Arbeitslosigkeit, weicht der Erkenntnis, daß es die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse sind, die die Lage bestimmen.

Die Zahlen und Fakten in der Bundesrepublik sprechen eine mehr als deutliche Sprache. In etwa gibt es in der Bundesrepublik folgende Dreiteilung des Vermögens: 50 Prozent der Haushalte besitzen 1,2 Prozent des Geldvermögens; 40 Prozent der Haushalte besitzen 47,6 Prozent; 10 Prozent besitzen die restlichen 51,2 Prozent. Das ist die besitzende und herrschende Klasse dieses Landes. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verfügten 1993 131.000 Personen und Haushalte über ein Vermögen von 1 Million Mark und mehr. Die Zahl dieser Vermögensmillionäre erhöhte sich danach von 1989 bis 1993 um 24 Prozent, ihr Vermögen um 22 Prozent auf 485,9 Milliarden DM (Handelsblatt, 1.7.97) Gleichzeitig galten 1996 nach den Kriterien der EU fünf Millionen Deutsche als arm. Ende 1995 erhielten 2,52 Millionen Personen vom Sozialamt laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, darunter fast eine Million Kinder. Mehr als 10 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten bezogen 1996 Arbeitseinkommen unter der Armutsschwelle. Von 1980 bis 1995 stiegen die Reallöhne netto um nur 0,9 Prozent. In den vergangenen fünf Jahren nahmen die realen Nettolöhne sogar um 6,7 Prozent ab. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist zwischen 1980 und 1996 um 52,7 Prozent auf 43,2 Prozent gesunken. Die Arbeitslosigkeit stieg zwischen 1982 und 1996 um 216 Prozent. Die Schulden der öffentlichen Haushalte wuchsen zwischen 1990 und 1996 um 100 Prozent. Genau diese Zahlen belegen den materiellen Inhalt der in Klassen gespaltenen Gesellschaft in Deutschland.

Bezeichnend ist der Zynismus, mit dem diese Bundesregierung Sozialabbau darstellt. IG-Metall-Mitglied Arbeitsminister Blüm schrieb jüngst an die Mitglieder der Regierungsfraktion: „Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist kein Land im Stillstand. Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung wurden seit 1982 Veränderungen durchgesetzt, die, bezogen auf das Jahr 1997, eine Entlastungswirkung von rund 98 Milliarden DM haben. Hiervon entfallen ca. 60 Milliarden DM auf den Bereich der Rentenversicherung und ca. 38 Milliarden DM auf den Bereich der Arbeitslosenversicherung. Weitere Maßnahmen werden in allen Bereichen des Sozialrechts, vor allem aber im Arbeitszeitrecht und im Arbeitsrecht verwirklicht, durch die neue Gestaltungsspielräume und Flexibilisierungsmöglichkeiten eröffnet werden.“ Danach zählt er im einzelnen die reaktionären Umbaumaßnahmen auf, allesamt zu Lasten der Beschäftigten, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger.

Wir können davon überzeugt sein, daß die heutigen Tatsachen und Fakten zu noch mehr Bewußtseinsänderungen führen werden. Dies ist im übrigen auch an anderen Problemen feststellbar. Die Friedensbewegung führte ca. 200 Abstimmungsaktionen in mindestens 90 Orten zum Eurofighter durch. Insgesamt haben sich fast 41.000 Menschen beteiligt. Davon stimmten für den Eurofighter vier Prozent, gegen den Eurofighter 95 Prozent. Öfter wurde die Ablehnung zum Eurofighter direkt mit der sozialen Situation verbunden. Die Bundesrepublik Deutschland will bis ins Jahr 2014 180 Eurofighter für 30 Milliarden DM ohne Folgekosten anschaffen. Es wird behauptet, damit würden 1.500 Arbeitsplätze gesichert werden. Nimmt man einen Durchschnittsverdienst von 50.000 DM im Jahr an, so könnten von den verschleuderten Eurofighter-Milliarden 2 Jahre lang 300.000 Arbeitsplätze finanziert werden.

Aktuell unterstreicht die US-amerikanische Politik im Nahen Osten die Realität des Imperialismus 1998. Wie brandgefährlich diese Politik werden kann, zeigen die Kriegsvorbereitungen der USA gegen den Irak. In voreuseilendem Gehorsam hat der deutsche Bundeskanzler auf der Münchener Wehrkundetagung den USA die Nutzung von Militärbasen in Deutschland für einen Krieg gegen den Irak angeboten. Kohl ist offensichtlich sauer, daß er nicht die Rolle des ersten Hilfssheriffs spielen darf, statt dessen Tony Blair ihm den Rang abläuft. Wohin diese Politik führen kann, zeigt folgendes: Am 11.12.1997 schrieb der „Bonner Generalanzeiger“ unter der Zwischenüberschrift „US-Atomwaffen dürfen auch gegen Nichtnuklearstaaten eingesetzt werden“. Dies bestätigte eine präsidentielle Entscheidungsdirektive (PTD) Präsident Clintons. „Clintons PTD erlaubt Informationen der „Washington Post“ zufolge die Ausrichtung von US-Atomwaffen auf Ziele in China und Planungen für Atomschläge gegen sogenannte ‚Rogue States‘ - Rüpelsstaaten -, die sich nicht an den Atomwaffensperrvertrag oder andere völkerrechtliche Abmachungen halten. Sie enthält in den Worten eines engen Clinton-Beraters ein weites Feld von Optionen, vom einmaligen Schlag bis zu einem längeren Krieg.“ Diese Tatsache entlarvt die Lüge, daß es in der Realität der heutigen Gemeinschaft der Nationen und Völker Gleichberechtigung gäbe und die Einhaltung von UN-Resolutionen Rahmen militärpolitischer Entscheidungen wäre. Dies ist brutale Weltmachtspolitik, in der die ökonomischen und politischen Interessen mit den Mitteln des Krieges durchgesetzt werden.

In der Konzeption der Generalität und der rechten Koalition in Bonn ist Krieg längst wieder ein Mittel zur Fortsetzung der Politik. Internationale Einsätze der Bundeswehr, die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Rede des verurteilten Naziverbrechers Roeder vor der Elite der Bundeswehr - das paßt zusammen. Das ist Kontinuität des deutschen Militarismus und Imperialismus, seitdem das Deutsche Reich existiert.

Der Erhalt des Friedens ist und bleibt zentrale Aufgabe revolutionärer Politik heute. Die Sicherung der Existenz der Menschheit, die Abwehr der global wirkenden Bedrohung, vor allem durch neue Kriegsgefahren, ökologische Katastrophenmöglichkeiten und durch soziale Ungleichentwicklung entstehende Massenmigration können vor allem nur durch entwickelten Klassenkampf in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern bekämpft werden.

Die faschistischen Exzesse in der Bundeswehr sind Ausdruck einer sich verändernden politischen Standortbestimmung dort. Die Rechtsentwicklung der Bonner Regierungspolitik ist die Ursache für erzreaktionäre, profaschistische Politikauffassungen in der Armee. Die reaktionäre Tendenz dieser Politik, bereits vorher in der Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie der Militarisierung beschrieben, findet ihre Fortsetzung im Abbau bürgerlicher Demokratie. Der „Große Lauschangriff“ jetzt aktuell ist ein gravierender Abbau demokratischer Grundrechte des Grundgesetzes. Die Mehrheit im Bundestag und später im Bundesrat sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Demokratieabbau eine gesellschaftspolitische Diskussion mit in Gang gesetzt hat. Der Anspruch bürgerlicher Politik nach Demokratie, Kultur, Sozialverhalten und Humanismus bricht sich an der Realität. Die gut getarnten Reden des Präsidenten Herzog, das Medientrommelfeuer der Wiederholung von Henkel-scher und Kohlscher Politik können den Blick - zugegeben noch bei einer Minderheit - nicht dafür verstellen, daß nicht nur etwas faul ist in diesem Staate, nein, das System selbst entwickelt immer mehr gefährliche, menschenfeindliche, zerstörerische Politik.

Kanzler Kohl trat 1982 mit der Forderung als Kanzler an, eine geistige und moralische Wende in der Bundesrepublik durchsetzen zu wollen. Vertreter der großen Banken und der Großindustrie hatten seit langem diese Veränderung der Politik gefordert. Theoretische Konzeptionen waren nachlesbar in den Ausarbeitungen zum Beispiel der Friedrich-Naumann-Stiftung. Konkrete Überlegungen fanden sich zum Beispiel in dem Deregulierungsbericht der Bundesregierung. Eine wesentliche Beschleunigung des Prozesses war die der Herausbildung EU-Europas voranzutreiben. Die Konzeption wurde beschleunigt durch den Zusammenbruch und die Zerschlagung des Sozialismus in Europa. Der Kapitalismus/Imperialismus gibt seine konzeptionelle Antwort auf die Entwicklung modernster Produktivkräfte und sich verändernder Produktionsverhältnisse.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Manifest der Kommunistischen Partei heißt es:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.“

1848, vor genau 150 Jahren, konnte sicher niemand genau Umfang, Ziel und Inhalt dieser so beschriebenen Entwicklung voraussehen. Ohne wissenschaftlich begründete Analyse wäre zu jener Zeit eine solche vorausschauende Zukunftbeschreibung unmöglich gewesen. Wie verlaufen diese Entwicklungen im heutigen Imperialismus konkret? Heute sind die Multis mächtiger denn je. Die 100

größten Wirtschaftseinheiten der Welt bestehen inzwischen aus 51 Konzernen und nur noch 49 Ländern. Die ökonomisch stärksten transnationalen Konzerne bestimmen immer mehr die jeweilige Staatspolitik, staatsmonopolistischer Kapitalismus ist sowohl kennzeichnend für alle hochentwickelten kapitalistischen Staaten als auch für die Nutzung und Unterordnung übernationaler Institutionen und Organisationen durch die stärksten imperialistischen Zentren, besonders durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Das Auslandsvermögen der Multis wuchs in den letzten Jahren doppelt so schnell wie der Welthandel. Der Umsatz ihrer Tochterfirmen ist von größerer Bedeutung als der Welthandel selbst. Die 100 größten Multis besitzen ein Drittel aller Auslandsinvestitionen. Globalisierung und Öffnung der Märkte, Deregulierung und Privatisierung lösten eine gigantische Konzentrationswelle aus. Mit der Krise in Südostasien beginnt jetzt dort das große Fressen. Nationale Konzerne und Banken werden von den Multis aus den USA, Europa und Japan geschluckt. Die Waren-, Arbeits- und Finanzmärkte werden endgültig geöffnet. Der Weltmarkt wird mehr und mehr zum einheitlichen Feld der kapitalistischen Konkurrenz. Während die öffentliche Diskussion über die Macht der Multis und die Notwendigkeit ihrer demokratischen Kontrolle eingeschläfert wurde, liefen hinter verschlossenen Türen Verhandlungen ganz anderer Art. Im Sommer vergangenen Jahres erfuhren Gewerkschaftsvertreter erstmals anlässlich der Jahrestagung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf, daß bereits seit mehreren Jahren Geheimverhandlungen über ein multilaterales Abkommen über den Schutz von Auslandsinvestitionen geführt wurden. Den Originaltext des Vertragsentwurfs bekamen sie allerdings nicht zu Gesicht. Geheim! Noch in diesem Jahr soll der bisher vertrauliche Vertrag von den Regierungen unterzeichnet und durch die Parlamente ratifiziert werden.

Nach der bisherigen Analyse des Vertragstextes durch linke Wissenschaftler aus Kanada erhalten die Multis den gleichen juristischen Status wie Nationalstaaten. Ihnen werden politische Rechte und politische Macht übertragen. Verstößt eine Regierung gegen das Abkommen, kann sie von den Multis vor einem internationalen Tribunal verklagt werden. Umgekehrt können Staaten dasselbe System nicht nutzen, um beispielsweise nationale Entwicklungsziele, den Schutz der Beschäftigten, der Umwelt oder von den Multis eingegangene Verpflichtungen einzuklagen. Zudem wird den Regierungen verboten, für Investitionsziele, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, Export/Import Umweltauflagen festzulegen. Alle Gesetze und Regelungen eines Landes, die der Deregulierung noch entgegenstehen, müssen aufgehoben werden. Somit stehen alle nationalen Regelungen zum Schutz der Arbeitskraft über Minimallöhne, Umweltschutzgesetze, Gesetze zum Schutz der nationalen Industrie usw. zur Disposition. Die Staaten haben nur das Recht und die Pflicht, für politische Sicherheit und ein günstiges Investitionsklima zu sorgen und den Gewinntransfer zu garantieren. Eine neue globale Verfassung entsteht. So schätzt Renato Ruggiero, Präsident der Welthandelsorganisation (WTO), die Bedeutung des Abkommens ein. Als Anhänger einer wissenschaftlichen Weltanschauung sind wir gefordert, diese neuen Entwicklungen gründlich zu analysieren, um daraus Schlußfolgerungen zu entwickeln. Offensichtlich führen Entwicklungen von Produktivkräften zu Veränderungen in staatlichen und übernationalen Überbaustrukturen. Bisheriges Kennzeichen sind das Ende nationalstaatlicher Souveränität der ökonomisch schwächeren Länder und eine Entwicklung der ökonomisch stärksten imperialistischen Staaten zu hegemonial bestimmenden Weltmächten, die ihre Macht mit allen ökonomischen, politischen und militärischen Mitteln nach innen und außen absichern wollen.

Parallel dazu wurde von der WTO ein neues internationales Abkommen zur Liberalisierung der Finanzdienstleistungen, wie es heißt, abgeschlossen. Das „Handelsblatt“ bewertet dieses Abkommen folgendermaßen: „Das Abkommen, das 1999 inkraft treten soll, ebnet Börsendiensten, Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltungen den Weg auf die Finanzplätze und zu den Kunden der jeweils anderen WTO-Mitglieder.“ Und weiter heißt es dort zur Bewertung: „Die Liberalisierung wird aber auch Opfer fordern. Banken und Versicherungen der Entwicklungsländer könnten Freiwild für internationale Finanzkonzerne werden.“ Wie das letztendlich aussehen könnte, davon erhalten wir gerade jetzt einen Vorgeschmack. Die noch regional begrenzte Asienkrise zeigt unter anderem die wahren Machtverhältnisse in der Welt. Währungsspekulation, Überproduktionskrisen, Schuldenkrisen zwingen Volkswirtschaften in die Knie. Rücksichtslos wird der Internationale Währungsfonds genutzt, um die Bevölkerungen auszupressen. Die Not der einen ist die Voraussetzung für den Profit der wenigen Reichen und Superreichen. Marx und Engels schrieben dazu im „Manifest“: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“ Und weiter: „Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus.“

Mit dem Vertrag von Amsterdam schafft sich die EU neue gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen. Es handelt sich um ein ökonomisches, politisches und militärisches Projekt zur Stärkung der Position europäischer Konzerne im Kampf um die Weltmärkte und um eine Strategie des deutschen

Imperialismus, seine Dominanz in Europa zu festigen und auszubauen. Die Stärke soll als Sprungbrett für den 3. Anlauf zu einer Weltmacht genutzt werden. Europa wird den Profit- und Machtinteressen des transnationalen Kapitals unterworfen, ohne daß die divergierenden Interessen der nationalen Bourgeoisien aufgehoben werden. Deshalb ist der Integrationsprozeß ein Feld des Konkurrenzkampfes und der politischen Auseinandersetzung. Es liegt im strukturell gewalttätigen Wesen des Imperialismus, daß die Machtverteilung nach ökonomischer und militärischer Stärke erfolgt. Mit Abstand die größte Wirtschaftsleistung mit etwa 3.500 Milliarden DM mehr als ein Viertel der Wirtschaftskraft der gesamten EU bringt die BRD in die Währungsunion ein. Jeweils etwa 1.600 Milliarden, also jeweils weniger als die halbe deutsche Wirtschaftskraft, können Italien und Großbritannien einbringen. Frankreich als die zweitstärkste Wirtschaftsmacht hinkt mit etwa 2.200 Milliarden DM um fast ein Drittel hinter Deutschland nach. Der Maastricht-Vertrag verschafft der Bundesrepublik in der Außen- und Sicherheitspolitik neue Spielräume für hegemoniale Bestrebungen, vor allem, indem er die Westeuropäische Union - WEU - zum integralen Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union und zu ihrem militärischen Arm macht. Die WEU wird so zu einem Vehikel für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr eingebunden in kollektiven Strukturen.

In der Bundesrepublik Deutschland bedeutet diese Entwicklung eine sich beschleunigende Tendenz zu politischen Veränderungen in Richtung reaktionärer Formen der Machtausübung. Das System soll gegen die Wirkung der antagonistischen Widersprüche gewappnet werden. Schäubles konzeptionelle Position unter der Überschrift „Weniger Demokratie wagen?“, in der „FAZ“ veröffentlicht, ist genauso Programm wie die erneut vorgetragene Forderung des CDU/CSU-Fraktions-Vize, Professor Rupert Scholz, zum möglichen Einsatz der Bundeswehr auch im Inneren. Das bürgerliche System erschöpft seine progressiven Möglichkeiten. Soziale, demokratische, humanitäre und kulturelle Inhalte waren nie systemimmanent, sondern im wesentlichen Ausdruck konkreter historischer Verhältnisse. Die Existenz des realen Sozialismus spielte eine entscheidende Rolle, aber auch der Klassenkampf im Land und die Wirkungen des antifaschistischen Kampfes in der Nachkriegsperiode waren von Bedeutung. Jetzt werden positive Werte mehr und mehr ersetzt durch andere Inhalte, für die der Begriff „Reform“ mißbraucht wird und als Gesamtkonzeption mit Umbau getarnt ist.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Diese Tatsache verlangt geradezu eine gesellschaftspolitische Alternative als Antwort. Im Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag „Sozialismus - die historische Alternative zum Kapitalismus“ heißt es: „Die wissenschaftlich-technische Revolution hat in unserem Jahrhundert fast unermessliche Möglichkeiten geschaffen, um menschliches Leben zu verbessern. Noch nie hatten die Menschen so viele Chancen, ihre Produktivität und Kreativität zu entfalten und zugleich physische Belastungen zu verringern. Es wäre heute möglich, Hunger und Elend weltweit zu überwinden, den Menschen ein würdiges Leben ohne Armut zu ermöglichen und gleichzeitig die Erde künftigen Generationen als lebensfähiges Ökosystem zu übergeben.“ Wir müssen Argumentationen entwickeln, daß der Bruch mit dem kapitalistischen Macht- und Ausbeutungsverhältnis zugleich die positive Aufhebung und Weiterentwicklung progressiver Werte der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ haben Marx und Engels die höchst revolutionäre Rolle der Bourgeoisie in der bisherigen Geschichte gewürdigt. Mit einer eindrucksvollen Beschreibung haben sie den gesellschaftlichen Fortschritt gegenüber anderen Ausbeutungsordnungen herausgearbeitet. Gleichzeitig haben sie den Nachweis geliefert, daß dieses System eine weiter Ausbeuterordnung sei. Es muß zerschlagen werden, um Fortschritt zu sichern.

Aus meiner Sicht die wichtigsten Gründe für eine Verabschiedung von Sozialismusvorstellungen als weitere Arbeits- und Diskussionsgrundlage für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms der DKP:

- Eine Sozialismusvorstellung ist nötig, um jene anzusprechen, die bereit sind, die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden. Eine überzeugende Sozialismusvorstellung kann massenwirksam sein. Es ist eine Zielbestimmung für gemeinsames und individuelles Handeln. Wir müssen Argumente entwickeln, daß es eine Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung geben kann.
- Die DKP muß ihr tagespolitisches Handeln und ihre mittelfristigen politischen Vorstellungen einbringen in gesellschaftspolitische Zukunftsvorstellungen. Unsere alternativen progressiven Reformvorschläge haben immer auch das Ziel, die Grenzen dieses Systems aufzuzeigen und überzeugend den Nachweis zu bringen, daß es notwendig ist, darüber hinauszugehen.
- Heute haben wir die Möglichkeit, unsere Sozialismusvorstellung aus drei Quellen zu entwickeln. Dazu heißt es im vorliegenden Entwurf: „Er wächst aus der Erkenntnis, daß der Kapitalismus überwunden werden muß, aus den Hoffnungen, aus der Wut und aus den Sehnsüchten der über-

wiegenden Mehrheit der Menschen. Sie wünschen sich ein Leben ohne existentielle Sorgen, ohne Hunger und Not, ohne Ausbeutung und Krieg, vor allem ohne Sorge um das tägliche Brot. Er gründet sich auf die Erkenntnis der gesellschaftlichen und historischen Zusammenhänge, für die Marx, Engels und Lenin das Fundament gelegt haben. Sie müssen wiedererschlossen, von der Arbeiterklasse angeeignet und so für die Zukunft fruchtbar werden. Er analysiert die Erfahrungen des Anlaufs von 1917 bis 1989. Sowohl die Gründe seines Scheiterns als auch die Gründe seines 70jährigen Bestehens in einer Welt von imperialistischen Feinden und Räubern sind wesentlich. Der Sozialismus entsteht nicht spontan hinter dem Rücken der Produzenten wie alle früheren Gesellschaftsformationen vor ihm. Der handelnde Mensch braucht zum Aufbau des Sozialismus einen Plan über das, eine Theorie von dem, was er da aufbauen will.“

Je näher der 14. Parteitag rückt, desto intensiver wird über den vom Parteivorstand vorgelegten Antrag diskutiert. Ich möchte hier einige wenige Fragen nennen:

- Haben wir die Leistungen und Fehlentwicklungen des Sozialismus in Europa richtig bewertet? Sind die objektiven und subjektiven Ursachen genügend dargestellt, die letztendlich zum Scheitern führten? Wo lagen Möglichkeiten zur Reformierung des Sozialismus?
- Müssen die Erfahrungen der DDR in diesen Sozialismusvorstellungen gründlicher und anders gewertet eingearbeitet werden? Gibt es Wesentliches von diesem Sozialismus im Unterschied zu anderen sozialistischen Staaten Europas?
- Welche neuen Entwicklungsmöglichkeiten in der Ökonomie des Sozialismus werden denkbar vor den Hintergrund der Entwicklung modernster Produktivkräfte, wie zum Beispiel in der Kommunikationstechnologie? Kann schon im Frühstadium des Sozialismus das Wertgesetz für wesentliche Bereiche überwunden werden? Mit welchen Maßnahmen gelingt es, den Produzenten eine solche Verantwortung zu übertragen, daß er tatsächlich Eigentümer der Produktionsmittel ist? Wie kann in einer sozialistischen Gesellschaft Demokratie entwickelt werden, die tatsächlich der bürgerlichen Demokratie in den höchstentwickelten kapitalistischen Staaten überlegen ist und für die Menschen nachprüfbar neue Freiheiten, Rechte, humanistische und kulturelle Werte mitbringt.

Ich bin sicher, daß zu diesen und anderen Fragen durch Veränderungsanträge der vorliegende Antrag qualifiziert wird und plädiere daher für den vorgelegten Antrag des Parteivorstandes, die Vorstellungen als Grundlage zur weiteren Programmdiskussion zu verabschieden. Eine aus meiner Sicht zentrale Frage zur weiteren Diskussion wird sein: Wie entwickeln sich Sozialismusvorstellungen vor dem Hintergrund der Internationalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen? Vielleicht ist es ein konstruktiv gangbarer Weg, wenn wir mit der Beschlußfassung die Auflistung der noch nicht genügend diskutierten bzw. kontroversen Fragestellungen verbinden, an denen wir unbedingt weiterarbeiten müssen. Denn der Abschnitt „Sozialismus“ im künftigen Parteiprogramm der DKP wird von wesentlicher Bedeutung sein für die Anziehungskraft kommunistischer Politik auf die junge Generation. Aus den jetzigen Erfahrungen programmatischer Arbeit ergibt sich, daß für die endgültige Erarbeitung eines Parteiprogramms ein längerer Diskussions- und Arbeitsprozeß unbedingt notwendig ist. Anfang des neuen Jahrtausends sollten wir öffentlich unsere programmatischen Zukunftsvorstellungen diskutieren.

Es bleibt Standpunkte der DKP, daß der Bruch mit den Eigentums- und Machtverhältnissen in dieser Gesellschaft notwendig bleibt, um zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, daß die Arbeiterklasse objektiv die Kraft ist, die durch eigenes Handeln im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten eine neue Gesellschaft schaffen muß und daß dies nur durchgesetzt werden kann, wenn die notwendige Strategie und Taktik dazu auf wissenschaftlicher Grundlage der Theorien von Marx, Engels und Lenin und weiterer marxistischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erarbeitet wird. Diese drei prinzipiellen Merkmale kommunistischer Politik sind weder durch die Ereignisse konterrevolutionärer Entwicklungen in den letzten Jahren aufgehoben worden noch sind sie theoretisch widerlegt worden. Ja, sie wurden geradezu durch den Zusammenbruch und die Zerschlagung des Sozialismus, allerdings mit anderen Vorzeichen, bestätigt. Diese Lektion, die Erfahrungen des Zusammenbruchs und der Zerschlagung des Sozialismus in Europa, lernen wir. Die widersprüchlichen Auffassungen und Sichtweisen produktiv zu machen, Erkenntnisse festzuhalten, ist eine wesentliche Aufgabe der Sozialismusvorstellungen. Die DDR, die Sowjetunion, die Existenz der sozialistischen Staaten in Europa, historisch-materialistisch zu analysieren, ist eine gesellschaftspolitische Voraussetzung, um letztendlich in einer Welt des Sozialismus/Kommunismus leben zu können. Die Tatsache, daß es 70 bzw. 40 Jahre lang gelang, ohne Ausbeutung ein Gesellschaftssystem zu entwickeln, wird wieder zu einer stärkeren Triebkraft auch für soziale und politische emanzipatorische Bewegungen werden. Davon bin ich überzeugt. Die in den „Thesen zur programmatischen Orientierung“ beschlossenen Positionen sind wesentliche Grundlagen weiterer Erarbeitungen.

Genossinnen und Genossen, die diesen Aufbau des Sozialismus ermöglichten, die dafür wirkten, deren Wissen ist unschätzbar für den Kampf um Sozialismus. Das schließt ein die notwendige selbstkritische und kritische Auseinandersetzung mit den subjektiven Ursachen. Sie waren aus meiner Sicht ebenso bestimmend für diese historische Niederlage wie objektive gesellschaftliche Realitäten, die in dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte wurzeln und das Wirken des politischen Gegners.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierten Marx und Engels folgendes: „Strategisches Ziel - Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter.“ Und weiter: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Aus diesem Ziel ergibt sich der Charakter einer Partei, die - Zitat „Manifest“: „... keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien“ ist, und „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der politischen Bewegung voraus.“

Diese Feststellungen haben aus meiner Sicht mehrfache Bedeutung für unsere zukünftige Entwicklung. Gerade in dieser Zeit kommt es darauf an, über den Kapitalismus/Imperialismus hinausgehende Gesellschaftsvorstellungen als Alternative zu entwickeln. In den „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ unter dem Abschnitt „Sozialismus“ heißt es: „Die Alternative zum gegenwärtig herrschenden System des Imperialismus ist eine Gesellschaft, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt ist, in der an die Stelle der Herrschaft des Kapitals die Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen tritt und in der die gesellschaftliche Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft geplant wird. Diese historische Alternative ist der Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Gesellschaft. Der Sozialismus bewahrt die Errungenschaften der Menschheitsgeschichte auf dem Wege zur freien Selbstbestimmung des Menschen in gesellschaftlicher Verantwortung. Die gesamte Menschheitskultur und die in ihr herausgebildete humanistische Würde werden zum Bestandteil der Kultur des Sozialismus. In ihm verwirklichen sich in historisch konkreter Form die Ideale, die in den Klassengesellschaften immer unerfüllt bleiben müssen. Der Sozialismus ist keine Paradies und kein Endzustand, der sich nicht mehr entwickelt. Im Gegenteil, er ist der Beginn der eigentlichen menschlichen Geschichte als einer Geschichte nicht nur von blutigen Klassenschlachten, sondern der widerspruchsvollen, streitbaren und friedlichen Entwicklung des ganzen materiellen, kulturellen und individuellen Reichtums der Menschheit, einer Geschichte, die sich nicht hinter dem Rücken der Beteiligten vollzieht, sondern von ihnen bewußt gestaltet wird.“

In dem Maße, wie wir neben der praktisch-politischen Tagesarbeit Sozialismus/Kommunismus-Perspektive entwickeln, wird unsere Partei interessant für jene, die sich gründlich mit gesellschaftlichen Entwicklungsfragen beschäftigen. Entwicklungsprozesse zur kommunistischen Identität erfordern daneben Erfahrungen im antikapitalistischen Kampf. Sie erfordern antiimperialistische Solidarität, Antifaschismus als Ausdruck des zugespitztesten Kampfes für die Würde des Menschen gegen jede Art der Repression. Zum Erkenntnisgewinn trägt die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit Erfahrung bei. Aktuell sind wir gefordert, Bündnisse gegen Rechts, Bewegungen für Verteidigung und Veränderung zu entwickeln. Im vom 13. Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm heißt es dazu: „In der heutigen Situation, in der es auf Widerstand und Bündelung aller Kräfte gegen Rechts ankommt, ist die strategische Aufgabe der DKP, einen Beitrag zur Formierung bei der gesellschaftlichen Allianz zu leisten und in sie Klassenpositionen einzubringen.“

Unser Ziel ist es, einen Beitrag zu leisten, daß die Sozial-, Friedens-, Demokratie-, Bildungs-, Ökologie-, Antifabewegungen sich immer mehr vernetzen und es in diesem Jahr der Wahlen zu großen neuen außerparlamentarischen Bewegungen kommt. Nur so wäre die Rechtsentwicklung zu stoppen. Neben der Vernetzung ist die Unterstützung dieser Bewegungen vor allem durch die Gewerkschafts-

bewegung wesentlich, und es muß verhindert werden, daß sich jene Kräfte an die Spitze setzen, die eigentlich keine Veränderung der Politik, sondern nur der Mehrheitsverhältnisse anstreben.

Um unseren Beitrag leisten zu können, müssen wir Schwächen, Fehler, aber vor allem objektive Schwierigkeiten überwinden. Der Übergang von der Niederlage zur Konsolidierung und dann zur Stärkung ist und bleibt die größte Herausforderung. Der 14. Parteitag vom 22. bis 24. Mai 1998 in Hannover wird hoffentlich neue Impulse erarbeiten. Schon jetzt ist allgemein feststellbar: Das Interesse an der Politik der DKP entwickelt sich. Dies ist feststellbar an Infoständen, bei Veranstaltungen und bei Flugblattverteilungen. Auch die Zugriffe im Internet sind ein weiterer Beleg: Im Laufe der Monate Oktober 1997 bis heute gab es folgende Entwicklung: Im Oktober 114 Zugriffe pro Tag, im November 166, heute 209. Die Parteivorstandstagungen werden in der Regel von ca. 100 Personen abgegriffen. 500 mal wurde der Flugblatttext „Für Arbeit und Menschenwürde“ abgegriffen. 150 mal wurde die Position zur Bundestagswahl abgefordert, 250 mal der Entwurf der Sozialismusvorstellungen. Insgesamt haben bis Mitte Januar 1.000 Personen (seit September 1997) unser Internetseiten angezapft.

Die Abonnenntenentwicklung der UZ und der Marxistischen Blätter zeigt eine widersprüchliche, noch nicht zufriedenstellende Entwicklung. Wir konnten 1997 955 Abos gewinnen inclusive Probeabos, während 1.050 Abos gekündigt wurden. Bei den Marxistischen Blättern ergab sich ein kleines Plus in der Abo-Bilanz. Die Auswertung der bisherigen Jahreshauptversammlungen und Kreiskonferenzen zeigt Entwicklungen in der Erarbeitung und Diskussion von Politik sowie in der Einbeziehung von Mitgliedern. Es ist regional und örtlich sehr unterschiedlich. Die objektive politische Entwicklung im Lande vollzieht sich beschleunigend nach Rechts. Der Kräftezuwachs für uns ist sehr begrenzt. Diese Herausforderung müssen wir annehmen. Wir sind Teil einer weltweit organisiert wirkenden Kraft, deren Ziel es ist, für eine menschenwürdige Zukunft zu streiten. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiger politischer Faktor in der Entwicklung der Welt. Auch von uns wird es in Zukunft mit davon abhängen, welche Entwicklungsmöglichkeiten es gibt. Denken wir an die Völker Afrikas und Lateinamerikas, Asiens, aber auch Europas, die unter diesem Imperialismus leiden, die täglich Tausende Opfer für ihn bringen müssen. Denken wir an Kuba. Was wäre, wenn es ein anderes politisches Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik, in Europa gäbe? Politischer Masseneinfluß im eigenen Land ist die wirkungsvollste solidarische Unterstützung für andere Länder.

In den jetzt stattfindenden Wahlkämpfen dieses Jahres sollten wir verstärkt Positionen einbringen und für breite außerparlamentarische Bewegungen wirken. Bei Landes- und Kommunalwahlen sind Kandidaten der DKP ein wichtiges Mittel zur Profilierung. Wir beglückwünschen die Genossen in Niedersachsen zu dem Erfolg, mit einer Landesliste und Erststimmenkandidaten dort einzugreifen. Über 2.000 Unterschriften mußten hierfür gesammelt werden, ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Stärkung der DKP.

Wir treten ein für eine Veränderung der Politik. Kohl muß weg!

Wir unterstützen die PDS vor allem mit der Zweitstimme bei den Wahlen. Die PDS mit einer Fraktion im nächsten Bundestag, das wäre ein wichtiges Signal gegen Rechts! Wir wollen die DKP bekannter machen und stärken auch durch mehr Erststimmenkandidaten.

Wir können und dürfen längst nicht zufrieden sein mit dem, was wir erreicht haben. Es gibt viele Ursachen, die zu benennen sind, warum wir bisher nicht schneller vorangekommen sind. Ich möchte hier zum Schluß des Referats nur auf eine hinweisen. Wir müssen mehr als bisher darüber nachdenken und diskutieren, wie wir die anhaltende Resignation bei nicht wenigen Genossinnen und Genossen durchbrechen können. Wir benötigen offensives Auftreten und Wirken der Partei durch ihre Mitglieder. In diesem Jahr der vielen wichtigen Jubiläen wurde auch der 100. Geburtstag von Bert Brecht am 10. Februar gewürdigt. Herr Herzog, Herr Stoiber hatten es nicht leicht, Winkelzüge zu formulieren. Wir würdigen und feiern unseren Genossen Bert Brecht heute und an dieser Stelle mit dem Zitat aus „Die Mutter“:

Frau: Wir haben gehört, der Kommunismus ist ein Verbrechen.

Pelagea Wlassowa: Das ist nicht wahr, der Kommunismus ist gut für uns. Was spricht gegen den Kommunismus? *Sie singt:*

Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Es ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.
Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.
Wir aber wissen:
Er ist das Ende der Verbrechen.
Er ist keine Tollheit, sondern
Das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Chaos
Sondern die Ordnung.
Er ist das Einfache
Das schwer zu machen ist.

Frau: Warum aber sehen das nicht alle Arbeiter ein?

Der Arbeitslose Sigorski zitiert: „Weil sie in Unwissenheit gehalten werden darüber, daß sie ausgebeutet werden und daß dies ein Verbrechen ist und daß es möglich ist, diesem Verbrechen ein Ende zu bereiten.“

Konferenz der DKP: „150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei“

Einleitungsreferat

Ellen Brombacher

Am 1. Mai 1890 schrieb Friedrich Engels angesichts der Erfolge des europäischen und amerikanischen Proletariats im Vorwort zur deutschen Ausgabe des Kommunistischen Manifests: „Stände nur Marx noch neben mir, dies mit eigenen Augen zu sehen!“

Wer von uns hätte 100 Jahre später, zum 1. Mai 1990, wohl ähnliches sagen mögen? Der erste sozialistische Versuch auf deutschem Boden war faktisch schon abgebrochen. Ab 1. Juli regierte auch auf dem Alex wieder die Deutsche Bank. Noch existierte die Sowjetunion. Doch sie war in jeder Hinsicht heruntergekommen. Die durch und durch degenerierte Nomenklatura einer untergehenden Gesellschaft verfilzte sich im aufkommenden, mafiosen Kapitalismus und stellte sich die dazugehörige Gesinnung in Gestalt primitivster Selbstverleugnung her. Von der Elbe bis Wladiwostok brach jene Welt zusammen, die mit dem Oktober 1917 ihren hoffnungsvollen Anfang genommen hatte. In Europa zumindest war der sozialistische Versuch des 20. Jahrhunderts gescheitert. Hatten jene recht behalten, mit denen Marx und Engels im Kommunistischen Manifest polemisierten? „Man hat eingewendet“, so schrieben sie, „mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen. Hiernach“, so weiter, „müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht. Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, daß es keine Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt.“

Nicht minder scharf als diese Logik erwiesen sich die Schwierigkeiten, einer vollkommen neuen, sozialistischen Arbeitsmoral ins Leben zu verhelfen. Lenin ahnte wohl die ganze Tragweite dessen, als er 1920 in „Von der Zerstörung einer jahrhundertealten Ordnung zur Schaffung einer neuen“ formulierte: „Eine neue Arbeitsdisziplin, neue Formen der gesellschaftlichen Bindung zwischen den Menschen, neue Formen und Methoden der Heranziehung der Menschen zur Arbeit schaffen – das ist eine Aufgabe von vielen Jahren und Jahrzehnten.“ Selbst Jahrzehnte haben sich als ein historisch mehr als kurzer Zeitraum erwiesen. Jeder andere Formationswechsel hatte seine ökonomische Vorbereitung im Schoße der alten politischen Ordnung gefunden. Nunmehr begann die Ausgestaltung der neuen ökonomischen Verhältnisse nach der Ergreifung der politischen Macht. Alles war Neuland. Über Nacht entfielen wesentlich jene Ausbeutungsmechanismen, die in der bisherigen Menschheitsgeschichte Produktivität befördert hatten. Plötzlich, nach fünftausend Jahren sich abwechselnden Ausbeutungsformen, mußte die Gewohnheit erzeugt werden, für das Gemeinwohl zu arbeiten. Ein unglaublicher Anspruch, ein weltgeschichtliches Experiment. Und dies ohne jede Ruhe. Das internationale Kapital bekämpfte den ersten nachhaltigen Versuch, den Profitmechanismus außer Kraft zu setzen, mit allen erdenklichen Mitteln. Diese Umstände beförderten auch eine exzessiv machtorientierte Ordnung, wie sie sich unter Stalin entwickeln konnte und jene unverzeihlichen Exzesse einschloß, die ihre grausame Eigendynamik entwickelten und die die kommunistische Bewegung bis in die Gegenwart hinein diskreditieren.

Unser Versuch, zu einem umfassenderen Begriff menschlichen Reichtums zu kommen, blieb in Anfängen stecken. Die Entfremdung, wie sie schon Marx erkannt hatte, in ihrer tiefen Vielschichtigkeit zu überwinden, gelang uns nicht. Der Streit, in welchem Maße es Volkseigentum gab, inwieweit also den Arbeitern die Produktionsmittel gehört hatten, wie hoch ihr Mitbestimmungsrecht zu bewerten war, er ist noch lange nicht beendet.

Daß aber die Werktätigen sich subjektiv zunehmend weniger als Eigentümer der Produktionsmittel empfanden und verhielten, darüber erscheint Streit müßig. Unsere Gestaltungsarbeit vollzog sich in einer feindlich gesonnenen Umwelt, die keine Alternative wollte, stärker war und stärker blieb. Wir waren nicht frei, denn wir konnten nicht autonom sein. Kein System kann ohne Anpassung existieren. Ist es jedoch zu schwach, sich in diesem Prozeß durch Selbsterneuerung – bei Bewahrung der Integrität der Gesamtstruktur – in seinem Wesen zu erhalten, so bricht es an der Anpassung ebenso zusammen wie am Nichtwandel. Perestroika und Antiperestroika – diese Antipoden waren sich in ihrem tiefsten Innern viel ähnlicher als ihre konsequentesten Exponenten es je werden wahrhaben wollen. Der Zusammenbruch jeglichen Systems wird durch ein Kompendium von Faktoren bewirkt. Welche

konkreten Momente letztlich die Katastrophe auslösen, das ist schon so gut wie unerheblich. Der sozialistische Versuch des zu Ende gehenden Jahrhunderts war unfertig, gewissermaßen roh. Mag sein, er kam zu früh. Immer voluntaristischer wurde seine Realisierung gehandhabt. Dynamik und Flexibilität gingen verloren. Wir erstarrten. Je unbeweglicher wir wurden, desto mehr verbreiteten sich ernsthafte Störungen auf das ganze System. Der Schluß ist bekannt. Der letzte Generalsekretär der KPdSU hat sich inzwischen auf Pizzareklame verlegt. Eine Analyse, ob das Ende unausweichlich war, steht aus, ist derzeit auch kaum möglich, unter dem Druck des allgegenwärtigen Antikommunismus. Anstelle wissenschaftlicher Untersuchung dominiert noch immer würdelose Selbstbeichtigung. Der sozialistische Versuch wird bewertet losgelöst von Raum und Zeit, abgehoben von konkreten Bedingungen, vom Kampf ums Überleben. Die skrupellose Feindschaft, die uns das Kapital entgegenbrachte, wird weitgehend negiert, unsere Fehler, Irrtümer und Verbrechen werden verabsolutiert. Der gesamte sozialistische Versuch, so heißt es, sei seinem Wesen nach stalinistisch gewesen. Demzufolge ist, wer sich zu seiner Legitimität bekennt, Stalinist. Jedes Quentchen Sachlichkeit muß unter diesen Umständen mühsam erkämpft werden. Dennoch: Analyse muß sein. Die Fragen müssen gestellt werden, um der Zukunft willen.

Mußte unser System nicht an dem Bestreben erkranken, den Wettbewerb mit der Profitgesellschaft zu gewinnen? Bestand unsere Tragik nicht auch darin, daß wir, um anders zu werden, noch zu sehr sein mußten, wie die anderen waren? Als mehr denn problematisch erwies sich, was Brecht in der „Maßnahme“ in die Worte faßte: „Versinke in Schmutz. Umarme den Schlächter. Aber veränd're die Welt.“ Und andererseits: War es denn, einmal angetreten, eine Ermessensfrage, ob wir uns diesem in äußerster Härte geführten Systemwettbewerb stellen würden oder nicht.

Natürlich stellten wir uns. Und wenngleich wir in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein immer die ökonomisch Schwächeren blieben, wenngleich wir letztlich zunächst unterlagen, realisierten wir schon etwas von dem, was Marx und Engels im Kommunistischen Manifest in die Frage kleideten: „Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Worte auch ihr Bewußtsein sich ändert?“

Selbst in historisch kurzer Frist war wesentliches menschlicher geworden. Trotz alledem! Wenige Jahrzehnte ohne die unumschränkte Herrschaft des Ellenbogens ließen auch aufkeimen und ahnen, was in einer Gesellschaft möglich sein wird, in der „an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen ... eine Assoziation (tritt), worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Die über siebenzig Jahre währende Systemalternative war von Anbeginn durch nichtsozialistische Tendenzen und Erscheinungen geprägt, die zum Ende hin rapide zunahm; aber ebenso schon durch sozialistische Errungenschaften. Der soziale Wert einer Gesellschaft läßt sich an der Lage der Schwächsten messen. Was immer uns angeht werden kann: Die Menschen hatten Arbeit, ein bezahlbares Dach über dem Kopf, satt zu essen und kostenfreie medizinische Betreuung. Bildung sowie Kultur waren für jeden erschwinglich. Humanistische Erziehung war Verfassungswirklichkeit, Antifaschismus desgleichen. Wir kannten die Angst vor dem morgigen Tag nicht mehr, die das Leben unserer Großeltern und Eltern geprägt hatte und unser eigenes Dasein heute wieder bestimmt. Keine Kleinigkeiten, damit der Mensch ein Mensch sein kann.

Um es auf einen Freudschen Begriff zu bringen: Nunmehr ist die Realität zumindest unterbrochen, in der die Kultureignung des Menschen sich gesellschaftlich auf dem Prüfstand befand. Annähernd global dominiert die Bourgeoisie herrschaft. Die von einem dritten Weg träumten, erleben, daß ihre Illusion von einem besseren Kapitalismus wie eine Seifenblase zerplatzt. Sarkastisch läßt sich sagen: Wir sind wieder bei Marx: „Die Bourgeoisie...hat kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose, 'bare Zahlung'. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlverordneten Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt...“

Schritt für Schritt begreifen Menschen, was sie verloren haben. Und das Verlorene ist nicht vergessen. Es erreicht die Herzen und zunehmend die Hirne gerade deshalb, weil sie es nicht mehr besitzen. Eine Identität stellt sich her mit etwas nicht mehr Existierendem. Welches, als es noch existierte, im doppelten Sinne nicht Traum war. Es war weder so schön, wie ein Traum sein kann, noch so unwirklich. Schmerzhaft, hilflos noch, kommt die Erkenntnis: Die Welt des Profits ist keine Alternative zur gescheiterten Alternative zur Welt des Profits. Und flugs werden all jene als Nostalgiker denunziert, die dem Sozialismus dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts seine historische Existenzberechtigung

tigung zugestehen. Es ist schon eigenartig. Da liegen wir geschlagen am Boden, und dennoch stimmen 150 Jahre nach Erscheinen des Manifestes die Worte, als seien sie hier geschrieben: „Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre, wo die Oppositionspartei, die den fortgeschritteneren Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeschleudert hätte.“

Woher kommt der ungebremste Haß auf einen geschlagenen Gegner? Könnten sie nicht großzügig sein? Die Probe aufs Exempel scheint wohl beunruhigender ausgefallen zu sein, als es irgend jemand zugeben würde. Und also sind die Bemühungen der Geschlagenen, die Kräfte wieder zu sammeln, offenkundig keine Peanuts für die bürgerliche Welt. Das Schreckliche für die vorläufigen Sieger der Geschichte ist, daß wir existierten. Länger als siebzig Jahre. Es ging. Das ist für sie das Entsetzliche: daß es ging. Was tun sie nicht alles, um diesen Punkt aus der Welt zu ideologisieren. Sie wollen uns einreden, die Unmenschlichkeit des sozialistischen Versuchs habe in der Absicht bestanden, den Menschen zu vermenschlichen. Dies sei wider dessen Natur. Demzufolge muß es ja menschlich sein, den Menschen dem Menschen ein Wolf sein zu lassen. Und in der Tat liegt hier des Pudels Kern: Das Maß aller Dinge ist die Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft. Wer die außer Kraft setzen will, ist nicht normal, handelt widernatürlich, ist apriori zum Untergang verurteilt. Kürzlich äußerte Siegmund Faust, einer der Unterdenunziatoren des Pfarrers Gauck: „Die zukunftsweisende Frage kann es...nicht sein zu ergründen, warum ‘dieser erste Sozialismusversuch auf deutschem Boden gescheitert ist’, was ja bald den zweiten Versuch verspricht, sondern man sollte darüber nachdenken, warum das Umsetzen utopischer, also unrealistischer Entwürfe immer in Terror, Tod und Elend mündet. Der Sozialismus ist weltweit gescheitert. Als was soll man Menschen bezeichnen, die ihre Artgenossen wiederum für solch ein Experiment mißbrauchen möchten, nachdem es Abermillionen Opfer gekostet hat? Als Unmenschen, Zyniker oder nur als Ignoranten?“ Soweit Faust. Hier haben wir sie wieder, die uralte Methode: Der sozialistische Versuch wird – obendrein ohne jegliche zeitliche und territoriale Differenzierung – auf seine Negativseiten reduziert. Alles andere wird hinweggelogen. Kürzlich fand sich im ND ein Bericht über eine religiöse Minderheit in Armenien, die Yezidi. In der UdSSR, so hieß es einleitend, hatten sie ihren gesicherten Platz. Und heute? Ein Bauer wird erpreßt. Er will Anzeige erstatten. Auf der Polizeistation steht er plötzlich einem seiner Peiniger gegenüber. Dieses Mal ist der nicht in Zivil, er trägt die Uniform eines Polizisten... Eines Tages kommen die Männer wieder in Zivil auf den Hof. Sie dringen in das Haus ein, schlagen den Mann. Sie zwingen den Bauern zuzusehen, wie sie seine Frau vergewaltigen. Nie wird er deren Schreie vergessen. Einige Kerle halten ihn fest, drücken ihm glühende Zigaretten auf die Handgelenke und das Ohr. Als der Sohn aus der Schule kommt, setzen die Männer dem Jungen ein Messer an die Kehle... Alltag irgendwo in Armenien, einstmals UdSSR. Welch gewaltiger Fortschritt zurück hinter die bereits einmal überschrittene historische Linie. Alles scheint bestens geregelt, im Interesse der Profitmaximierung. Aber – wenn dem so ist, warum pfeifen sie dann so laut im Walde? Sie sind doch die Sieger. Gesiegt haben sie. Aber der Beweis über die Machbarkeit einer am Sozialprinzip orientierten Ordnung ist erbracht, mit ihm allerdings die bittere Lehre, daß Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte eben nicht bedeuten, selbige sei nach vorn nicht mehr offen. Dies jedoch gilt nicht nur für uns. Es bleibt, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Vermutlich zu keinem Zeitpunkt aber war die Gefahr so ungeheuer groß, die Kämpfe könnten nicht mit einer revolutionären Umgestaltung, sondern mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen enden. Heute beträfe das dann vermutlich die Menschheit.

Die latente Angst der Bourgeoisie vor dem Gespenst des gewesenen sozialistischen Versuchs resultiert wohl in erster Linie aus deren eigener Lage. In unglaublicher Weise bestätigen sich auch hier Gedanken aus dem Manifest: „Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen mag, die er heraufbeschwor.“

Der Hexenmeister – das sind die Mechanismen einer Wirtschaftsordnung, in der eine Handvoll Großindustrielle, Banker und Spitzenmanager faktisch unbeschränkt über die Ressourcen der Gesellschaft verfügen, in der ausschließlich die Chance auf privaten Profit das wirtschaftliche Verhalten bestimmt. Gerade in den letzten Jahrzehnten beschleunigte sich die Konzentration des Kapitals im Rahmen der Internationalisierung der Produktion. Dies brachte die annähernd vollständige Beherrschung der Weltwirtschaft durch vergleichsweise wenige Multis mit sich. Der Begriff „Globalisierung“ dient der Verschleierung dieses ausschließlich von Profitinteressen diktierten weltweiten Vorgangs. Die sozialen und politischen Auswirkungen der sogenannten liberalisierten Kapitalmärkte werden immer katastrophaler. Mit außerordentlichem Nachdruck und Tempo wird ein Kurs sozialer Konfrontation und unerbittlichen Sozialabbaus verfolgt. Dieser asoziale Kurs ist zwingend begleitet von einem

erheblichen politischen Rechtsruck. Er findet seinen Ausdruck in einer immer repressiveren Innenpolitik, in zunehmenden Großmachtambitionen und damit einhergehender wachsender Militarisierung sowie in grassierendem Nationalismus und Rassismus. Das ist auch der Nährboden für sich ausbreitende Fascho-Aktivitäten und den steigenden Einfluß der entsprechenden Ideologie.

Wir sind zunehmend in der Lage, die Situation zu beschreiben, in der wir uns befinden. Sehr langsam schwindet der ideologische Einfluß derer, die uns einreden wollen, man müsse dem Kapital nur ein wenig entgegenkommen, damit es sich von seiner guten Seite zeige; man solle so eine Art Wandel durch Annäherung zu sozialistischen Gunsten betreiben. Dabei widerlegt das Leben selbst Tag für Tag die Illusion über die – auf wundersame Weise – das große Kapital überlistende Gesellschaft. Doch weiter erzählt wird die endlose Geschichte, einst würden nicht mehr die Kapitaleigner die Politik bestimmen, sondern die Politik würde – sozusagen freischwebend im klassenlosen Raum – Ausdruck einer Gesellschaftssituation, die es plötzlich ermöglicht, über das private Eigentum und den Profit im Interesse der Allgemeinheit zu verfügen. Freilich teilt niemand mit, wie eine solche Transformation sich praktisch vollziehen soll. Aber ein bißchen Konspiration muß ja auch sein. Nein, dieser Unsinn verfängt immer weniger. Und die Situation läßt sich mit den Worten der Luxemburg beschreiben: „Angesichts dieses ist nicht die Entstehung der opportunistischen Strömung, sondern vielmehr ihre Schwäche überraschend... Nun sie aber“, so Luxemburg weiter, „in dem Bernsteinschen Buche zum vollen Ausdruck gekommen ist, muß jedermann verwundert ausrufen: Wie, das ist alles, was ihr zu sagen habt? Kein einziger Splitter von einem neuen Gedanken. Kein einziger Gedanke, der nicht schon vor Jahrzehnten von dem Marxismus niedergetreten, zerstampft, ausgelacht, in nichts verwandelt worden wäre...“

In der sogenannten Wendezeit hatten nicht zuletzt die nicht vorhandenen Splitter von neuen Gedanken Hochkonjunktur. Die Konzeptionslosigkeit im Verhältnis zur Perestroika wurde durch die Konzeptionslosigkeit der Perestroika selbst ersetzt.

Wir erlebten zusammen, was daraus wurde. Beinahe ein Grund, sich lustig zu machen. Nur ist das Ganze eben nicht lustig. Die Obdachlosen, die offiziell fünf Millionen ohne Arbeit, die Sozialhilfeempfänger, die Kurden, die in geschlossenen grünen Wannen gefesselt zu den Abschiebeflughäfen gebracht werden, denen ist zum Lachen kaum zumute über die Blauäugigkeit, mit der seinerzeit das kapitalistische System beurteilt wurde. Gorbatschow hatte der Menschheit mitgeteilt, es gäbe keine Gegner mehr, wenn nur die Feindbilder aus den sozialistischen Stuben genommen würden, und schon fanden sich allentorts Gutmenschen, die sich bestenfalls noch vor dem Donner fürchteten, nicht aber mehr vor dem Blitz. Der vielgepriesene dritte Weg erwies sich als sichere Umleitung zurück in den Kapitalismus. Das Problem häufiger Migräne wurde durch Enthauptung gelöst. Ein unvollkommener sozialistischer Versuch wurde durch einen sich rasend schnell vervollkommnenden Kapitalismus ersetzt. Daß der sozialistische Versuch in seiner Unvollkommenheit eine komplexe Entfaltung sozialistischer Demokratie nicht annähernd zu bewältigen vermochte, hat ihm elementare Möglichkeiten verstellt. Aber – so wichtig das gegebene politische System für das Funktionieren einer gesellschaftlichen Ordnung ist – entscheidend sind die Eigentumsverhältnisse. In diesem Sinne werden wohl die Grundaussagen des Kommunistischen Manifests den einen oder anderen theoretischen Schnellschuß der so sanft und friedlich ins neue Großdeutschland hinübergewachsenen 89er Herbstzeitlosen durchaus überleben. Darüber muß nicht einmal gestritten werden. Das Leben wird die Erkenntnisse richten. Kommunisten jedenfalls bekennen sich bis auf den heutigen Tag zu dem im Manifest formulierten Anspruch, „...in allen diesen Bewegungen die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervorzuheben“.

Das ist ein unveräußerliches Prinzip. Aber was tun Kommunisten, wenn es kaum Bewegungen gibt, und schon gar keine revolutionären? Wie verhalten sie sich nach einer welthistorischen Niederlage in einer Periode tiefster, von militantestem Antikommunismus geprägten Restauration? Zur Zeit zumindest zittern die herrschenden Klassen kaum vor einer kommunistischen Revolution. In Deutschland jedenfalls nicht. Und es macht auch nicht den Eindruck, daß das Proletariat, oder welchen Begriff auch immer man als zutreffend empfindet, für all jene, die ausgebeutet werden oder – noch schlimmer – ausgeschlossen sind aus dem Reproduktionsprozeß, daß diejenigen zur Zeit sehr heftig die Absicht verfolgen würden, eine Welt zu gewinnen. Es scheint wie die Quadratur des Kreises, worauf schon die Achtundsechziger ziemlich hilflos verwiesen. So Herbert Marcuse: „Wir stehen heute vor dem Problem, daß die Umwandlung objektiv notwendig ist, daß aber das Bedürfnis nach dieser Umwandlung gerade bei den Schichten, die klassisch für die Umwandlung prädestiniert waren, eben nicht vorliegt. Erst einmal müssen die Mechanismen, die dieses Bedürfnis ersticken, beseitigt werden, was wiederum das Bedürfnis nach ihrer Beseitigung voraussetzt. Das ist eine Dialektik, aus der ich

keinen Ausweg gefunden habe.“ Soweit Marcuse. Um wieviel perfekter ist die Manipulation heute. Und die Linke hat kaum Einfluß auf die öffentliche Meinung, verfügt kaum über finanzielle und materielle Möglichkeiten, die es ihr erlauben würden, auch nur bescheiden in dieser Mediengesellschaft zu stören. Und doch muß sie genau damit beginnen. Es gibt keine solide Debatte über den subjektiven Faktor heute, die sich an diesem Thema vorbeimogeln kann. Eine zukünftige Gesamtbewegung ist an diesem Problem vorbei kaum vorstellbar.

Doch – was ist das in der Gegenwart Mögliche und was das zugleich Notwendige? Die Antwort darauf ist vielleicht das Schwierigste. Resultiert sie nicht am ehesten aus der Frage nach den Hauptgefahren? Gewißheiten gibt es nicht. Annahmen schon. Das Kapital selbst muß Wege suchen, die Krisenmanagement in seinem Sinne erlauben. Die Richtung zeichnet sich ab. Es geht konsequent nach rechts. Nazitöne an den sogenannten Stammtischen sind zu sehr zur Normalität geworden, als daß es nicht fahrlässig wäre, diesen sich häufenden Dreck niedriglichzureden. Es gibt schon wieder Opfer. Tote, Verkrüppelte. Deutsche wie Ausländer. Es schwelt. Diese zunehmende Gefahr macht zugleich jede politische Übertreibung zu einem besonderen Hindernis, linke Zersplitterung zu überwinden. Natürlich ist die Auseinandersetzung mit jenen wichtig, die uns weismachen wollen, der Kapitalismus sei die bislang höchste Errungenschaft der Zivilisation, in der man ankommen müsse, um in Ordnung zu bringen, was noch nicht in Ordnung ist. Nicht weniger Aufmerksamkeit sollte allerdings dem linken Radikalismus, unserer durch den Opportunismus resistent gehaltenen, überkommenen Kinderkrankheit, gewidmet werden. Er äußert sich in unproduktiver Ungeduld ebenso wie in Provokationen gleichkommenden Verhaltensweisen während Demonstrationen. Es ist vielleicht nicht so schlimm, daß wir auf viele Fragen noch keine Antworten haben, daß wir unsicher sind in theoretischer Hinsicht, behutsam in unseren Behauptungen. Schlimm ist es, wenn – wie am 5. Februar 1998 vor dem Arbeitsamt Ruschestraße geschehen – Nazis am Aktionstag der Arbeitslosen volksverhetzende Flugblätter verteilen, und niemand von uns ist da. Wir sollten die Ungeduld mit uns selbst zuvörderst auf das sicher Machbare richten. Es gibt keinen geraden, kurzen Weg aus der kapitalistischen Gesellschaft hinaus.

„Wir sind Kommunisten (schrieben in ihrem Manifest die blanquistischen Kommunarden), weil wir bei unserem Ziel ankommen wollen, ohne uns an Zwischenstationen aufzuhalten, an Kompromissen, die nur den Sieg vertagen und die Sklaverei verlängern.“ „Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten“, schreibt Engels, „weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen und verfolgen: die Abschaffung der Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert. Die Dreiunddreißig (gemeint sind die Blanquisten) sind Kommunisten, weil sie sich einbilden, sobald sie nur den guten Willen haben, die Zwischenstationen und Kompromisse zu überspringen, sei die Sache abgemacht, und wenn, wie ja feststeht, dieser Tag 'losgeht' und sie nur ans Ruder kommen, so sei übermorgen 'der Kommunismus eingeführt'. Wenn das nicht sofort möglich ist, sind sie also auch keine Kommunisten. Kindliche Naivität“, so Engels abschließend, „die Ungeduld als einen theoretisch überzeugenden Grund anzuführen!“

Vorstellungen, die kapitalistische Gesellschaft könne sich durch Reformen von innen evolutionär so verändern, daß sie ihre Widersprüche und Konflikte produktiv löst und in eine zunehmend humane Gesellschaft hinüberwächst, widersprechen dem Gang der Dinge. Die reale Entwicklung nach dem Wegfall des europäischen Sozialismusversuchs geht in die entgegengesetzte Richtung. Und dennoch: Können sich Linke, respektive Kommunisten darauf beschränken, gegen die herrschenden Verhältnisse zu sein, sie zu entlarven, und ansonsten sozusagen darauf warten, daß die Straße endlich aktiver wird, weil ohne Massenproteste ja ohnehin nichts zu machen ist? Wir meinen, sich auf zukünftige Massenbewegungen zurückzuziehen, ist auch nicht produktiv. Den, dem Wesen nach Abwehr verkörpernden Tageskämpfen, mögen sie noch so begrenzt sein, muß unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Dort, wo Bewegung ist, wo Erfahrungen gesammelt werden, sollten wir sein. Nicht zuletzt Theoriebildungsprozesse werden vorwiegend hier ihre Impulse erhalten. Auch unser Verhältnis zu Reformen kann nur aus den Möglichkeiten abgeleitet werden, die eine außerparlamentarische Opposition erschließen könnte, so sehr eine linke parlamentarische Vertretung hier als Rückenhalt erforderlich ist. Wenngleich wir wissen, daß mit dem Reformbegriff seit geraumer Zeit vor allem Schindluder getrieben wurde und wird akzeptieren wir ihn in seiner ursprünglichen Bedeutung, der der Umgestaltung im Sinne von Besserung des Bestehenden. Auf der jüngsten Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform haben wir uns bemüht, einen Standpunkt zu dieser Problematik zu entwickeln: „Wir sind verpflichtet, eine Politik zu betreiben, die an die Lage der Menschen anknüpft, so wie sie heute ist. Eine reale Lageeinschätzung schließt die Bewertung des allgemeinen Bewußtseins breiter Schichten der Werktätigen ein. In dieser Hinsicht wird wohl kaum jemand übermäßig optimistische Einschätzungen treffen. Natürlich nehmen wir wahr, daß die Sicht auf den Kapitalismus

heute bedeutend illusionsloser ist als vor Jahren. Es gibt eine breite Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen. Besonders im Osten hat sich in diesem Kontext auch der Umgang mit der DDR objektiviert. Aber die Stimmungslage mag sein, wie sei will: Unzufriedenheit erbringt nicht automatisch linke Positionen, und wo diese vorhanden sind, gibt es ohne organisatorisches Wirken eben noch lange keinen sich artikulierenden Widerstand. Nur eine Minderheit wehrt sich, und das Kapital versteht es meisterhaft, Stimmungen, die sich dem Ursprung nach gegen die Verhältnisse richten, im Sinne der Verhältnisse zu kanalisieren. Wie nicht nur einmal in der Geschichte werden Sündenböcke zum Beladen erfunden. Der rechte Einfluß ist beträchtlich und wächst. Eine kraftvolle, in wesentlichen inhaltlichen Fragen einheitliche, gut organisierte gesamtdeutsche Linke gibt es nicht. Daraus folgt, daß zur Zeit auch kein Licht am Ende des Tunnels eine baldige Änderung dieser, häufig von Angst und Lethargie geprägten Stimmung anzeigt, während Demagogen aller rechten Strömungen ihre große Stunde haben. Wir sind also, wie immer die Gründe dafür bewertet werden, von einer die Verhältnisse in ihrem Wesen in Frage stellenden Situation weit entfernt und müssen es verstehen, eine Politik zu betreiben, die – vorerst jenseits grundlegender Veränderungen – die Interessen jener vertritt, die die Leidtragenden des ungedämpft funktionierenden Profitmechanismus sind. Die Anerkennung unserer eigenen gegenwärtigen Schwäche verbindet sich für uns nicht mit dem Schluß, die auf Skrupellosigkeit beruhende Stärke des Kapitalismus als Status quo zu akzeptieren und daher faktisch Frieden mit dem System zu machen. Das gegenwärtige Kräfteverhältnis zur Kenntnis zu nehmen, heißt nicht, die Schuldigen für die zunehmende Misere nicht zu benennen, und auch nicht, das eigentliche Ziel sozialistischer Politik, den Sozialismus also, aus dem Auge zu verlieren. Das Ziel beizubehalten darf allerdings nicht zu voluntaristischen Verkürzungen führen. Sozialistische Politik, will sie nicht wunschenkend sein, muß sich derzeit darauf konzentrieren, Abwehrkämpfe gegen den modernen Manchesterkapitalismus mit zu befördern, was aktives Wirken in den Gewerkschaften erfordert, muß Vorschläge in die politischen Debatten und in linke Programmatik einbringen, die auf die Dämpfung der Verwertungsprozesse des Kapitals gerichtet sind. Es geht darum, Ansprüche an dieses System zu artikulieren, die die Potenz in sich bergen, Menschen für deren Realisierung zu mobilisieren und – solange das nur in sehr begrenztem Umfang gelingt – zumindest die Grenzen des Systems aufzuzeigen.“ Wir denken, dieses Herangehen läßt sich schon mit jenen Überlegungen in Zusammenhang bringen, die wir bei Lenin im „Linken Radikalismus...“ finden. Wir sind nicht in der Offensive, so gern wir es auch wären. Wir haben überlebt. Das ist schon viel, und vielleicht kann man, was zur Zeit stattfindet, als ein Ordnen der verbliebenen, noch auf dem Rückzug befindlichen Kräfte betrachten. „... die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin“, so Lenin, „ daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische 'linke Losungen' von ihnen abzusondern. Man muß“, so Lenin, „die Revolutionäre der Phrase schonungslos entlarven...die nicht begreifen wollen, daß man den Rückzug antreten und es verstehen muß, den Rückzug durchzuführen, daß man unbedingt lernen muß, selbst in den reaktionärsten Parlamenten, in den reaktionärsten Gewerkschaften, Genossenschaften, Versicherungskassen und ähnlichen Organisationen legal zu arbeiten... Es kommt nur darauf an, daß man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt...Den Kampf aufzunehmen, wenn das offenkundig für den Feind und nicht für uns günstig ist, ist ein Verbrechen, und Politiker der revolutionären Klasse, die nicht 'zu lavieren, Übereinkommen und Kompromisse zu schließen' verstehen, um einem offenkundig unvorteilhaften Treffen auszuweichen, sind keinen Pfifferling wert.“

Die heutige Situation zwingt uns, für die ernsthafte Gefahr zu sensibilisieren, daß mit dem Wegfall des sozialistischen Versuchs auch die bürgerliche Demokratie ihre Schuldigkeit getan haben könnte. Das Kapital ist seiner Natur nach aggressiv und volksfeindlich, also antidemokratisch. Der bloße Ansatz einer gesellschaftlichen Alternative veranlaßte es zu Modifikationen, die heute nicht mehr nötig und vermutlich auch schon nicht mehr möglich sind. Die ökonomische, soziale und politische Entwicklung macht Gleichschaltung für das kapitalistische System immer mehr zum Gebot, als müßten in Anbetracht von alleine in Deutschland fünf Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen verschiedene Optionen der zukünftigen politischen Rahmenbedingungen für Profitmaximierung zumindest ins Kalkül gezogen werden. Eine Transformation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft in einen neuartigen internationalen Faschismus kann nicht ausgeschlossen werden. Die Erfahrung von Auschwitz ist keine Garantie gegen dessen Wiederholbarkeit. Dieser Gefahr wegen kann unser Schluß nicht kurz sein. Es gilt, die heutige bürgerliche Gesellschaft gegen die Rechten vor der teils schleichenden, doch zunehmend offener werdenden Verbreiterung des sie umgebenden faschistoiden Rands zu verteidigen. Dies zu tun, ohne hierbei zu Apologeten des Systems zu werden, darin besteht eine der größten Schwierigkeiten unseres politischen Kampfes. Wollen wir geschichtliche Fehler nicht wiederholen, so kommen wir allerdings um diese intellektuelle und charakterliche Mühe nicht herum. Wenn, wie es im Manifest heißt, die Kommunisten theoretisch vor der übrigen Masse...die Einsicht in die

Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der ...Bewegung voraushaben – wir wissen heute, daß noch nicht einmal diese Einsicht garantiert ist, sie ist lediglich möglich -, so hat schon die bloße Anerkennung einer Gefahr erneuter offener Kapitaldiktatur prinzipielle Konsequenzen. Oberster Grundsatz aktuellen politischen Handelns muß dann darin bestehen, breiteste Bündnisse zu befördern. Das schließt ein, sich hierzu das intellektuelle und praktisch-organisatorische Rüstzeug zu erarbeiten. Eine Reihe von Erfahrungen, nicht zuletzt die Liebknecht-Luxemburg-Ehrung, belegen, daß hier gute Ansätze für Mobilisierungsarbeit und ideologische Klärungsprozesse liegen. Konzentration auf heute schon Machbares widerspricht nicht dem objektiven Interesse einer anzustrebenden Gesamtbewegung.

In der gegenwärtigen Phase des Kampfes die Gefahren von rechts auch nur ein wenig zu unterschätzen hieße möglicherweise, sich für die Zukunft alles zu verstellen. Wenn wir diese Aufgabe allerdings als eine elementare betrachten, so erhebt sich die Frage, welches für die Rechten selbst der Kulminationspunkt ihres Wirkens ist. Und das ist die sogenannte Ausländerfrage. Es ist auch für die Linken in Deutschland eine Schande, mit welcher Selbstverständlichkeit in diesem Lande die Ausländer zu Sündenböcken abgestempelt werden, die Konsequenzen ihrer Behandlung eingeschlossen. Wenn es einen konzentrierten Ausdruck faschistoider Entwicklungen gibt, so ist es die Asyl- und Ausländerpolitik. Nicht nur hierzulande. Was den alten Nazis einst die Juden waren sind den neuen die Ausländer. Es ist, als würde sich ein Gift in alle Schichten der Gesellschaft fressen, nur wenige erweisen sich als resistent. Wenn der Bundesrat einen Gesetzentwurf beschließt, der Zehntausenden von ausländischen Flüchtlingen mit einer Duldung in naher Zukunft die Sozialhilfe entziehen wird, so ist das staatlich sanktionierte Barbarei. Um sie aus dem Lande zu treiben, wird Menschen die Möglichkeit genommen werden, unter einem Dach zu leben und zu essen zu haben. Und es erhebt sich kaum eine Stimme. Auch wir verwenden mehr Zeit darauf, uns darüber zu streiten, ob uns hier und heute die Machtfrage theoretisch beschäftigen sollte oder ähnliches, als wir uns damit befassen, wie wir in dieser Eiseskälte praktische Solidarität entwickeln. Und es geht beileibe nicht um bloße karitative Hilfe. Es geht um eine Grundfrage. Als 1938 die Synagogen brannten, gaben deutsche Kommunisten unter Einsatz ihres Lebens eine Sondernummer der ROTEN FAHNE heraus. Sie ist in der Villa am Wannensee zu sehen, wohl als einzige innerdeutsche Protestaktion. In der ROTEN FAHNE finden wir die Klassenanalyse dessen, was damals mit den jüdischen Menschen passierte. Es ist ein todesmutiger Akt der Solidarität mit den am meisten Erniedrigten und Beleidigten. Es ist der Kampf gegen die von den Nazis mit unglaublicher Brutalität betriebene Gleichschaltung, nicht zuletzt zum Zwecke der mentalen Verelendung mit dem Ergebnis des Verfalls jeglicher humanistischer Werte. Im Kern vollzieht sich heute Vergleichbares: Sie diskriminieren, sie schalten gleich, sie brutalisieren, und das Maß an mentaler Verelendung, das diese Gesellschaft erzeugt, ist enorm. Wer Kriege vorbereitet, wie gerade jetzt gegen den Irak, ist auf so etwas allein aus diesem Grunde angewiesen. Wir müssen den scheinbar alles beherrschenden Verdummungs- und Verrohungsprozessen unsere eigene Kultur entgegensetzen, vor allem die Kultur der Solidarität. Wenn uns das nicht gelingt, wird man einst über uns sagen, was Walter Laqueur über den Holocaust schrieb: „Viele Monate lang glaubten die polnischen Juden, die Massentötungen würden auf die besetzten Gebiete der Sowjetunion beschränkt bleiben. Als die Aktionen innerhalb Polens einsetzten, dachte man allgemein, es handle sich um vereinzelte und eigenmächtige, nicht offiziell angeordnete Maßnahmen irgendwelcher Ortskommandanten. Nachdem bereits ganze Gettos liquidiert waren, herrschte immer noch die Meinung, die Nazis würden es nicht wagen, Hunderttausende von Menschen in der Hauptstadt zu töten. Als die Deportationen in Warschau begannen, dachte man, daß nur die davon betroffen würden, die nicht in den Werkstätten und Fabriken für die Kriegswirtschaft produzierten. Unter den deutschen und österreichischen Juden herrschte die Anschauung, daß die Nazis zwar durchaus imstande seien, jede unvorstellbare Grausamkeit an russischen und polnischen Juden zu begehen, die sie als eine mindere Spezies Mensch betrachteten, daß sie aber Juden ihres eigenen Kulturkreises anders behandeln würden. Französische, italienische und niederländische Juden ihrerseits waren davon überzeugt, daß die Nazis zwar ihre eigenen (deutschen) Juden immer gehaßt und verachtet hätten, daß sie aber ihr Resentiment nicht unbedingt auch auf die westeuropäischen Juden übertragen würden, die sie kaum kannten.“

Welch maßlose Übertreibung liegt in diesem Vergleich, mag mancher von euch jetzt denken. Einerseits zurecht. Es wäre eine absolute Verniedlichung des Faschismus, würden wir die heutige Situation mit der damaligen gleichsetzen. Natürlich haben wir keinen Faschismus. Andererseits ist es so: Entwicklungen sind nicht ausschließlich nach ihrem Resultat zu beurteilen, sondern auch nach ihrem Beginn. Und es ist äußerst alarmierend, daß in diesem Land widerstandslos Gesetzesinitiativen durchkommen, die Menschen in den Hunger, in die Obdachlosigkeit und somit in die Kriminalität zwingen. Fluggesellschaften, so bestätigte das Bundesverfassungsgericht kürzlich, dürfen asylsuchende Ausländer ohne Visum nicht nach Deutschland befördern. Das ist die faktische Aushebelung

jeglicher Asylnöglichkeit für viele Menschen. Und es ist still. Nun sollen Asylbewerber unter die Lupe genommen werden, die heiraten möchten. Es seien, wird behauptet, ohnehin nur Scheinehen als letztes Schlupfloch gegen drohende Abschiebung. Und die Abschiebungen sind natürlich vollkommen legitim. Für den, der betroffen ist, klingt das so: „Wir fordern Sie hiermit auf, sich zur Durchführung der Abschiebung am Dienstag, dem 24.2.1998 um 7.00 Uhr beim Polizeipräsidenten in Berlin“, es folgt die exakte Adresse, „mit Ihrem Reisegepäck (maximal 20 kg) und – sofern nicht hier hinterlegt – mit gültigem Reisedokument einzufinden.“ Und dann gibt es welche, die wollen sich nicht abschieben lassen. Die klagen, wie eine Familie aus Bosnien. Und das Oberverwaltungsgericht Berlin teilt zur Begründung der Unanfechtbarkeit der bevorstehenden Abschiebung u.a. mit: „Die von den Antragstellern geäußerte Furcht vor Minen, die Flüchtlinge und Bewohner Bosnien-Herzegowinas gleichermaßen betrifft, ist ... nicht auf eine so extreme Gefahrenlage gegründet, daß sie die Rückkehr nach den oben dargestellten Maßnahmen als unzumutbar erscheinen ließe.“ Denken wir uns den Kommentar am Stammtisch dazu: Uns hat nach 1945 auch keiner etwas aufgebaut.

Das passiert. Jeden Tag. Massenhaft. Der polnische Dramatiker Slawomir Mrozek kommt einem da in den Sinn: „Die eigentliche, nicht zu vermeidende Bedrohung ist alles, was langsam geschieht, stufenweise, fast unbemerkt. Die Erosion, das stufenweise Verbleichen, das Auseinandergehen, das Vergehen. Alles, was sich so unbemerkt ereignet, daß es sich unserem täglichen Bewußtsein entzieht, alles was sich erst dann erkennen läßt, wenn es schon zu spät ist, wenn wir überrascht ausrufen: ‘Ah, ist es soweit, jetzt also schon?’ ...entsprechend dem bekannten Spruch ‘Nichts passiert und alles geschieht.’“

Sie kommen anders daher, aber sie kommen. Das bedeutet noch nicht, daß sie die Schlacht schon gewonnen hätten, aber es heißt, daß sie sie gewinnen könnten, wenn nicht alle humanistischen und linken Kräfte ihre Möglichkeiten bündeln. Arbeit von Kommunistinnen und Kommunisten orientiert sich stets an den brennendsten Gegenwartsfragen, und sei ihre Bewältigung mit noch so großen Schwierigkeiten verbunden, ganz im Sinne des Manifests: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“ Immer tiefer in die Barbarei. Oder Sozialismus. Es liegt auch an uns.

Konferenz der DKP: „150 Jahre Kommunistisches Manifest“

Das Kommunistische Manifest, der Weltfrieden und die Globalisierung

Peter Strutynski

Das 150 Jahre alte „Manifest der Kommunistischen Partei“ ist alles andere als ein Friedensprogramm. Es ist ein Programm, das aus einer entwicklungstheoretischen, philosophischen und welthistorischen Perspektive den kapitalistischen Industrialisierungsprozeß analysiert, die Entwicklung der diesen Prozeß tragenden Klassen beschreibt und der Menschheit als einzige Überlebensperspektive die Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse empfiehlt. Von Frieden ist im Manifest nirgendwo die Rede; das Wort Krieg findet sich dagegen durchaus, allerdings nur in Verbindung mit den sozialen und politischen Klassenauseinandersetzungen: Es geht um den „Krieg der Klassen“, d.h. um das, was wir in der Nachfolge von Marx und Engels als „Klassenkampf“ bezeichnen, jener in unterschiedlichsten Formen und Radikalitätsstufen auftretenden Erscheinung des antagonistischen Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Nicht einmal in den 10 Forderungen des Manifests oder, wie es im Text heißt, den „Maßregeln“, die in den „fortgeschrittensten Ländern“ zur Anwendung kommen sollten, taucht der Wunsch oder die Forderung nach Frieden auf. Dagegen finden sich ein paar aus heutiger Sicht seltsam anmutende Sofortforderungen in dem Programm. Zum Beispiel Punkt 8, in dem es heißt: „Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau“, oder Punkt 10, in dem die „Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form“ und die „Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion“ gefordert werden (MEW Bd. 4, S. 481 f).

Auch sonst gibt sich das Manifest eher martialisch. Die Sprache verwendet aus dem Alltagsgebrauch oder der damaligen Literatur entnommene Bilder, um sie nicht selten „dialektisch“ umzudeuten oder gegen ihre Urheber zu wenden. Etwa wenn von den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen die Rede ist, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß und die von den Arbeitern in „ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie“ umgekehrt werden müßten, „damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.“ (S. 493) In polemischer Form werden jene frühsozialistischen oder utopisch-kommunistischen Tendenzen zurückgewiesen, die jede „politische, namentlich alle revolutionäre Aktion“ verwerfen und ihre Ziele ausschließlich „auf friedlichem Wege erreichen“ wollen (S. 490), als wäre es möglich, den „Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln“ (S. 491). Demgegenüber stellen Marx und Engels am Ende ihres Textes unmißverständlich fest, daß die Zwecke der Kommunisten „nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ (S. 493)

Bekanntlich haben solche Formulierungen in der Arbeiterbewegung Anlaß zu erbitterten Auseinandersetzungen um die richtige Strategie und Taktik im Kampf um die Macht gegeben. Das Schisma der deutschen und internationalen Arbeiterparteien, das im Revisionismusstreit vor rund 100 Jahren begonnen hatte und sich bis 1919 zur Herausbildung zweier sich organisatorisch verselbständigender Flügel der Arbeiterbewegung verfestigte, drehte sich auch und gerade um diesen Streit. Brauchte es, um zum Sozialismus zu gelangen, unbedingt des „Hammerschlags der Revolution“, wie es Rosa Luxemburg ausdrückte, oder konnte die Arbeiterbewegung auf friedlichem Weg, auf dem Weg der politischen Überzeugung und Kompromißbildung, wie es seinerzeit von Bernstein vertreten wurde, zu ihrem Ziel gelangen? Mir scheint heute, daß dieser Streit dogmatisch ausgetragen wurde insofern, als die Radikalität des gesellschaftlichen und ökonomischen Systemwechsels zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit der Art seines Zustandekommens verwechselt wurde. Die Geschichte der sozialistischen Revolutionen ist reich an Beispielen dafür, daß militärische Gewalt in nennenswertem Umfang erst dann auf den Plan tritt, wenn die besitzenden und politisch herrschenden Klassen nicht nur mit ihrem Latein sondern auch mit ihrer Macht am Ende waren. Die blutigsten Kapitel der ersten Versuche, dem Kapitalismus auf revolutionärem Wege zu entkommen, haben die Truppen der Gegenrevolution geschrieben: Das war so bei der Niederschlagung der Pariser Commune, den Interventionskriegen gegen das junge revolutionäre Rußland oder bei der Niederwerfung der Räterepubliken nach dem Ende des 1. Weltkriegs. Die Militarisierungstendenzen, die es in sozialistischen Staaten gegeben hat, und zwar nicht nur, aber vor allem natürlich in der Zeit der Stalinschen Rundum- und „Kopf-ab“-„Verteidigung“, sollten sich bei genauerer Überlegung als dem Sozialismus wesensfremd erweisen.

Die kampflose Aufgabe des realen Sozialismus 1989 bis 1991, d.h. zu einer Zeit, als politisch und ökonomisch der Kampf bereits verloren war, scheint mir auch im Nachhinein noch die zivilisatorische Überlegenheit des Sozialismus-Experiments gegenüber dem hochgerüsteten Kapitalismus zu belegen.

Die Ausblendung des Friedensgedankens im Kommunistischen Manifest verweist aber auch noch auf etwas anderes. Zum einen spielten Kriege, und zwar zwischenstaatliche Kriege, in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als das Manifest entstand, und auch noch im weiteren Verlauf des Jahrhunderts eine untergeordnete, marginale Rolle. Die Epoche der napoleonischen Kriege war vorbei, und seit dem Wiener Kongreß hatte sich ein nach innen konservativ-repressives, in den internationalen Beziehungen aber dennoch relativ stabiles und vergleichsweise friedliches europäisches Staatengebilde etabliert. Das „lange 19. Jahrhundert“ war, um mit Hobsbawm zu sprechen, außerordentlich ruhig und friedlich und überhaupt nicht mit dem „kurzen“ 20. Jahrhundert der Massenkriege und der Barbarei zu vergleichen. Zum anderen konnte aus dieser Tatsache der Schluß gezogen werden, daß zwischen der inneren und der äußeren Politik eines Staates sehr wohl zu unterscheiden sei.

I

Domenico Losurdo hat in einem Beitrag für die Marxistischen Blätter (Losurdo 1998) auf jene Stelle im „Kommunistischen Manifest“ hingewiesen, aus der geschlossen werden könnte, daß die entwickelten kapitalistischen Ländern besonders friedfertig in ihren äußeren Beziehungen würden. Die Stelle lautet: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.“ (S. 479) Losurdo zeigt aber auch, daß der Kontext dieser Textstelle eine „illusionäre Friedensvision“ von Marx und Engels ausschließt. Dennoch müssen sich Marxisten bis heute mit der in friedenswissenschaftlichen Publikationen weit verbreiteten Auffassung auseinandersetzen, wonach demokratische, genauer: bürgerlich-demokratische Staaten nach westeuropäisch-US-amerikanischem Muster - ungeachtet ihrer divergierenden staatlich-politischen Strukturen - in ihrem Wesen friedlich oder zumindest friedensorientiert seien. Belegt wird diese Behauptung vor allem mit dem Hinweis darauf, daß demokratische Staaten keine Kriege untereinander führen.

Auch wenn ich voraussetzen kann, daß in diesem Kreis die Anhängerschaft dieser These nicht sehr zahlreich ist, möchte ich mich ein wenig darauf einlassen und fünf Bemerkungen zur empirischen Seite des Demokratie-gleich-Frieden-Dogmas machen (vgl. hierzu Strutyński 1997).

Erstens: Seltsamerweise war - wie schon gesagt - das 19. Jahrhundert seit dem Wiener Kongreß ein relativ ruhiges Jahrhundert, was die zwischenstaatlichen Beziehungen und Konflikte betrifft - jedenfalls wenn wir den europäischen Kontinent betrachten (in Amerika lagen die Verhältnisse damals anders). Äußeren Frieden gehalten haben über längere Zeiträume nicht nur die "demokratischen" Staaten, sondern auch andere Regime. Das heißt nicht, daß sie auch „friedlich“ waren. Ich erinnere nur daran, wie sehr die Großmächte - gleichgültig, welche Staats- und Regierungsform sie hatten - bis zum 1. Weltkrieg damit beschäftigt waren, ihre kolonialistischen und später imperialistischen Kriege auf anderen Kontinenten zu führen und ihre Machtansprüche auf die "nicht-zivilisierten" Teile der Welt auszudehnen. In Afrika und Asien vor allem kam es dabei durchaus zu "Beinahe-Zusammenstößen" zwischen "demokratischen" Staaten (z.B. Frankreich/Großbritannien). Die aggressiven Energien konnten aber erfolgreich immer wieder gegen die Bevölkerung der kolonialiserten Gebiete gelenkt werden. Im übrigen sollte daran gedacht werden, daß es vor dem 1. Weltkrieg demokratische Staaten nur vereinzelt gab; es waren Inseln auf einer Landkarte, die geprägt war von vordemokratischen autoritären und/oder dynastischen Regimen. Auch aus deren Insellage heraus war es den demokratischen Mächten nicht so ohne weiteres möglich, in einen direkten militärischen Kontakt/Konflikt untereinander zu geraten. Die Friedfertigkeit der Demokratien entsprang im Jahrhundert vor dem 1. Weltkrieg also eher einem allgemeinen Mangel an Gelegenheit, und nicht einer ihnen eingeschriebenen Kriegsenthaltsamkeit.

Zweitens: In der Zwischenkriegszeit gab es - nicht zuletzt aufgrund der zum Teil revolutionären Transformationen im Gefolge des 1. Weltkriegs - eine größere Zahl demokratischer Staaten. Haben sie untereinander Frieden gehalten? Formal betrachtet: ja. Nur ist der Referenzzeitraum doch etwas kurz, nämlich gerade einmal 20 Jahre (von 1919 bis 1939). Außerdem sollte an die Interventionskriege gegen das revolutionäre Rußland erinnert werden, die, sofern demokratische Staaten (wie z.B. England) daran beteiligt waren, nur dann nicht als Krieg zwischen Demokratien gewertet werden kön-

nen, wenn man dem vom Zarismus befreiten jungen russischen Staat jeglichen demokratischen Status abspricht. Betonen möchte ich aber einen anderen Punkt: Die demokratischen Staaten (aber nicht nur sie!) der Zwischenkriegszeit haben zwar untereinander Frieden gehalten, sie haben sich aber nicht als Garanten des Friedens bewährt. Immerhin haben sie zugelassen, daß einige von ihnen zu autoritären, faschistischen Regimen mutieren konnten, die schließlich - relativ ungehindert von den verbliebenen demokratischen Mächten - einen Weltkrieg vom Zaun brachen, wie er verheerender und barbarischer in der bisherigen Menschheitsgeschichte nicht vorgekommen war.

Drittens: Auch der über 40jährige Frieden in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg muß im Hinblick auf die Demokratietheorie genauer unter die Lupe genommen werden. Gewiß: Auch jetzt haben Demokratien (gemeint sind in der Regel die parlamentarischen westlichen Staaten) untereinander keine Kriege geführt. Friedfertig waren sie deswegen aber noch lange nicht. In der Rangliste der Länder mit den meisten Kriegsbeteiligungen nach dem 2. Weltkrieg liegen vier Demokratien, darunter gleich drei Musterdemokratien, auf den ersten vier Plätzen: 1. Großbritannien (19 Kriegsbeteiligungen), 2. Indien (16; wird zwar nicht zu den westlichen Musterdemokratien gezählt, ist aber zweifellos auch eine Demokratie), 3. die USA (14), 4. Frankreich (14 Kriege) (Stiftung Entwicklung und Frieden 1997, S. 369). Unnötig, in diesem Kreis darauf hinzuweisen, daß sich unter diesen Kriegen ausgesprochen schmutzige und verbrecherische Kriege befanden, in denen die "demokratischen" Aggressoren wenig humanitäre Rücksichten nahmen (z.B. Algerien, Vietnam). Man kann sich auch die Frage stellen, was die demokratischen Staaten gehindert hat, nicht noch mehr Kriege gegen "Dritte" zu führen oder auch untereinander über sich herzufallen. War es nicht die Existenz des waffenstarrenden "sozialistischen Lagers", die den - ebenfalls waffenstarrenden - Westen geografisch in seine Grenzen verwies und militärisch in Schach gehalten hat? Können wir überhaupt die Geschichte der Nachkriegsaußenpolitik beschreiben und begreifen, ohne die Funktionsweise der Ost-West-Blockkonfrontation mitzuberücksichtigen? Waren die Staaten des Westens nicht gezwungen, sich zusammenzuschließen, auch mit den Verliererstaaten des 2. Weltkriegs zusammenzuschließen, um der systemaren Bedrohung aus dem Osten - die keine militärische Bedrohung war - entgegentreten zu können bzw. um das roll back des Kommunismus effektiver zu bewerkstelligen? Mußten nicht elementare Widersprüche und Interessengegensätze zwischen den NATO-Staaten (man denke nur an Griechenland und die Türkei!) zurückgedrängt und unter Verschuß gehalten werden, um die geschlossene Front gegen den gemeinsamen Gegner nicht zu gefährden? Hätte Europa eine ähnliche außenpolitische Stabilität - die gleichzeitig auch Erstarrung bedeutete! - gewonnen, wenn es das Feindbild des staatlichen Kommunismus nicht gegeben hätte?

Viertens: Die These von der besonderen Friedensfähigkeit demokratischer Staaten impliziert einen Mechanismus, der - auf den Punkt gebracht - lautet: Je weniger nicht-demokratische Staaten, je mehr demokratische Staaten, desto weniger Kriege und Gewalt in der Welt. Nun haben wir seit 1989/90, also seit dem Ende der Blockkonfrontation und dem weltweiten Siegeszug der "Demokratie" alles andere als friedliche Verhältnisse in der Welt. Die militärischen Konflikte haben enorm zugenommen, die Zahl der Kriegsoffer, vor allem unter der betroffenen Zivilbevölkerung, steigt rapide an. Die Gloriette der friedliebenden Demokratie verblaßt angesichts immer neuer Schreckensmeldungen aus allen Regionen der Erde und angesichts der offenkundigen Unfähigkeit der führenden demokratischen Mächte, diesen und möglichen künftigen Konflikten präventiv und ohne militärische Mittel zuzukommen. Die Gloriette verblaßt aber auch, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die unzähligen Kriege, die im Namen der Demokratie in den vergangenen hundert und noch mehr Jahren gegen Dritte geführt wurden, in den seltensten Fällen um der Demokratie willen, sondern meist aus anderen, aus machtpolitischen Gründen geführt wurden. Das Engagement der USA im Golfkrieg 1991 und die aktuelle Kriegsdrohung gegen den Irak sind schlagende Beweise dafür.

Fünftens: Eine weitere Frage schließt sich an: Wenn die Gleichung "Demokratie = Friedfertigkeit" Gültigkeit hätte, dann müßte sie für alle demokratischen Staaten gleichermaßen gelten. Ein Blick auf die Geschichte hegemonialer Demokratien wie die der USA, Großbritanniens oder Frankreichs einerseits und auf die Geschichte solcher Staaten wie die Schweiz oder Schweden andererseits zeigt, daß dem keineswegs so ist. Demokratien können offenbar sowohl expansiv, aggressiv und militaristisch, als auch zurückhaltend, defensiv und relativ zivil sein. In der Nachkriegszeit kommt eine interessante Nuance hinzu, die von den Vertretern der Demokratietheorie geflissentlich übergangen wird, paßt sie doch so gar nicht ins Bild. Wenn den demokratischen Staaten USA, Großbritannien und Frankreich, die es in 40 Jahren immerhin auf stolze 47 Kriege gebracht haben (natürlich in keinem Fall untereinander!), eine besondere Affinität zu einer friedlichen Außenpolitik bescheinigt wird: Wie friedfertig waren dann erst die - selbstredend - nicht-demokratischen, weil sozialistisch/kommunistischen Regime der östlichen (aber auch - Kuba! - westlichen) Hemisphäre? Von wenigen Ausnahmen abgesehen

(Ungarn 1956, CSSR 1968, Afghanistan, sowjetisch-chinesische Grenzkonflikte) stellt sich die Außenpolitik des Warschauer Pakts, verglichen mit den Interventionen der Westmächte, auch noch im nachhinein als ein Musterbeispiel einer zurückhaltenden, konfliktscheuen, auf "friedliche Koexistenz" bedachten Außenpolitik dar.

Es ist also nichts mit der Friedensfreundlichkeit der demokratischen Staaten. Doch zur Selbstgefälligkeit von Sozialisten und Kommunisten besteht auch kein Anlaß. Meine Beweisführung besagt nämlich, daß das außenpolitische Verhalten von Staaten sich nicht automatisch und zwingend aus deren inneren Verhältnissen ergibt, sondern daß es relativ unabhängig davon ist. Die außenpolitische Orientierung eines Staates ist nicht nur abhängig vom Stand seiner Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, von der inneren Verfassung des Landes, der Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Menschen an wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen. Nein, die Außenpolitik wird oftmals auch beeinflusst von der Machtfülle bzw. den hegemonialen Interessen eines Staates, seiner geopolitischen Lage, seiner historisch entstandenen traditionellen Beziehungen zu anderen Staaten, von der Macht und gesellschaftlichen Stellung des Militärs oder den Interessen der nationalen Rüstungsindustrie - um nur ein paar Faktoren zu nennen. Wenn ich das relative Eigengewicht der Außenpolitik betone, dann ist das bitte nicht so aufzufassen, als wollte ich mich damit in die Nähe zur „realistischen“ oder „neorealistischen Schule“ der Politikwissenschaft begeben. Die Neorealisten gehen aus von einer zwischenstaatlichen Politikstruktur, die ihren eigenen Gesetzen gehorcht und dem Innenleben der Staaten keinerlei Gewicht zuschreibt. Hinzu kommt das neorealistische Grundaxiom, wonach diese zwischenstaatlichen Beziehungen auf einem vermeintlichen Naturzustand des Hobbes'schen „homo homini lupus“ beruhen, auf der Vorstellung also, der Mensch sei des Menschen Wolf. Übertragen auf die Staatenwelt heißt das dann, die einzelnen Staaten würden ohne Rücksicht auf andere nur ihre eigenen Interessen durchsetzen und dabei zwangsläufig in Konflikte mit anderen Staaten und deren Interessen geraten.

Natürlich spielen die ökonomischen und sozialen Inhalte eines Staates, sei es einer Demokratie, sei es einer autoritären Diktatur, eine herausragende Rolle bei der Definition außenpolitischer Ziele und militärischer oder ziviler Strategien. Und weil das so ist, kann man auch dem demokratischsten bürgerlichen Staat nicht über den Weg trauen (ich möchte hinzufügen: Man sollte überhaupt keinem Staat über den Weg trauen). Wer heute von Demokratie spricht und dabei als Idealbild den repräsentativen Parlamentarismus westlich-europäischer Prägung im Kopf hat, darf nicht den Kapitalismus vergessen, der diesem System zur Geburt verholfen hat und ihm - wenn's sein muß - auch den Todesstoß versetzen kann. Gerade im Zeitalter der postbipolaren Globalisierung, der Weltmarktökonomie, die aus den Demokratien nationale Wettbewerbsstaaten im Dienst des globalen Kapitals macht, wird die Ökonomie immer wichtiger, die Demokratie immer inhaltsleerer.

II

Damit bin ich bei meinem zweiten Thema, das sich mir beim Wiederlesen des Kommunistischen Manifests aufgedrängt hat. Es geht um den Prozeß der Globalisierung.

Eric Hobsbawm hat in einem vor kurzem erschienenen Essay als beeindruckendste Leistung der Autoren des Manifests ihre visionäre und prophetische Kraft hervorgehoben. Die Welt, die Marx und Engels 1848 beschrieben haben, ist „unübersehbar die Welt, in der wir 150 Jahre später leben“ (Hobsbawm 1998). Tatsächlich sind die Parallelen verblüffend. Ich zitiere eine Stelle, in der die kapitalistische Umgestaltung der Gesellschaften und Staaten am treffendsten und weitblickendsten analysiert werden, und das zu einer Zeit, als der Kapitalismus erst am Anfang seiner Entwicklung stand. „Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. ... Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“ (S. 466)

So positiv und optimistisch dürften nicht einmal die damaligen Bourgeois ihre eigene Zukunft sich ausgemalt haben. Und den wenigsten von ihnen war bewußt, daß sie am Anfang einer welthistorischen Entwicklung standen, deren Träger und Akteure sie selbst sein sollten. Die historischen Lei-

stungen, die Marx und Engels der Bourgeoisie sozusagen in den Schoß legten, waren wahrhaft gigantisch. Hierzu gehörten etwa

1. die Zivilisierung der „barbarischsten Nationen“ durch die „rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente“ und die „unendlich erleichterten Kommunikationen“ (466),
2. die Unterwerfung des Landes unter die Herrschaft der Stadt, gleichbedeutend mit der Befreiung der Landbevölkerung vom „Idiotismus des Landlebens“ (466),
3. die Konzentration und Zentralisation der Produktionsmittel und des Eigentums „in wenigen Händen“ (467),
4. die Bildung des Nationalstaates mit einer „modernen Staatsgewalt“ (464), d.h. einer Gesetzgebung und einer Regierung sowie mit einheitlichen Zöllen nach außen (467),
5. die permanente Ausdehnung der Märkte und des Absatzes, wodurch „die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel“ gejagt wird.

Manches von dem, was Marx und Engels hier niederschrieben, war damals gerade erst in Ansätzen zu erahnen, manches ist erst später, mit der vollen Machtentfaltung des Kapitalismus-Imperialismus eingetreten, und manches wird tatsächlich erst heute sichtbar. Dennoch konnten die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus natürlich nicht alles vorhersehen oder anders gesagt: Der Kapitalismus hat in den letzten 150 Jahren neue Züge angenommen, die Weltpolitik ist in ein anderes Fahrwasser geraten.

Ich möchte die Veränderungen, soweit sie mit der ökonomischen „Globalisierung“ zu tun haben, anhand der Analyse des Manifests, der Lenin'schen Imperialismusanalyse und der heutigen Globalisierungserscheinungen kurz erläutern.

Vor 150 Jahren war die Herstellung des Weltmarktes im wesentlichen nur durch die Ausbreitung des weltweiten Handels vorstellbar. Die Internationalisierung des Kapitals vollzog sich einmal durch den Bezug von Rohstoffen aus fernen Ländern und zum anderen durch den Verkauf industriell erzeugter Fertigwaren in die fernen Länder. Die zeitgemäße Form, diesen Austausch zu bewerkstelligen, war der Kolonialismus, d.h. die rücksichtslose Ausplünderung fremder Länder durch Truppen der fortgeschrittensten Industriestaaten zugunsten des hier ansässigen Kapitals. Im 19. Jahrhundert war die territoriale Aufteilung des Globus unter den führenden Kolonialmächten im wesentlichen abgeschlossen worden.

Hier knüpfte die Lenin'sche Imperialismustheorie an. Danach traten beide, der Kolonialismus und der Kapitalismus, in ein neues Stadium ein. Der Kapitalismus der „freien Konkurrenz“ brachte große Konzerne und internationale Monopole hervor, die nicht nur um Absatzmärkte konkurrierten, sondern mittels Kapitalexports immer neue Weltregionen sich einzuverleiben versuchten. Hierbei spielten bekanntlich die Großbanken eine besondere Rolle: Sie stellten im Bedarfsfall das Geld zur Finanzierung der Direktinvestitionen bereit, und sie vermittelten die Entstehung von Aktiengesellschaften. Der Kolonialismus war an Grenzen gestoßen, weil die Erde schon aufgeteilt war. Alle Versuche einer Neuaufteilung der Welt mußten zu Konflikten zwischen den Kolonialmächten führen und haben ja auch, ausgelöst durch das besonders aggressive, weil „zu kurz gekommene“ Deutsche Reich zum imperialistischen Ersten Weltkrieg geführt.

Auch nach der Lenin'schen Imperialismusanalyse ist die kapitalistische Welt nicht zum Stillstand gekommen. Sie hat sich auch im Zeitalter des ersten sozialistischen Versuchs weiter entwickelt, auch wenn sie sich zahlreiche Beschränkungen sozialer, ökonomischer und territorialer Art hat gefallen lassen müssen. Neu war z.B. die Ausbreitung der fordistischen Massenproduktion mit seiner sozialpolitischen Wohlfahrtskomponente. Neu war und ist auch die „Neue Internationale Arbeitsteilung“, deren Kern die weltweite Organisation der Produktion verschiedener Fertigungsstufen unter der Regie Transnationaler Konzerne (TNK) oder sog. „Multis“ darstellt. Neu sind in jedem Fall auch die Internationalisierung der Finanzmärkte und die ungeheure Zunahme spekulativer Geschäfte rund um den Erdball. Strittig ist noch, ob die Nationalstaaten dabei sind, politisch abzudanken und ihre Kompetenzen und ihren Einfluß an die Transnationalen Konzerne abzutreten, sich also selbst, um einen Buchtitel von Joachim Hirsch zu zitieren, in einen „nationalen Wettbewerbsstaat“ verwandeln. Eine solche Schreckensvision würde Wirklichkeit, wenn das seit geraumer Zeit im Rahmen der OECD (das sind die rund 30 führenden Industriestaaten) hinter verschlossenen Türen verhandelte Abkommen MAI (Multilateral Agreement on Investment) verabschiedet würde. MAI, soviel weiß man inzwischen trotz der Geheimhaltung der Regierungen, sieht „einen ganzen Satz neuer internationaler Regeln für Investitionen“ vor, „der transnationalen Konzernen uneingeschränkte Rechte und Freiheiten gewährt, zu kaufen und zu verkaufen, und ihre Geschäftstätigkeiten zu verlegen, wann und wohin in der ganzen Welt auch immer sie wollen - und das alles ungehindert durch staatliche Intervention und Regulie-

rung.“ (Clarke 1997, S. 1) Transnationale Konzerne erhielten einen quasistaatlichen Status. Mehr noch: In Investitionsangelegenheiten stünden sie sogar über den Nationalstaaten, weil diese ihnen nicht mehr hineinreden könnten.

Der Blick auf die letzten 150 Jahre aus der Globalisierungsperspektive hat also nicht nur jede Menge neue Erscheinungen und Probleme zutage gefördert, sondern auch deutlich gemacht, daß die im Kommunistischen Manifest und später in Lenins Imperialismus-Broschüre analysierten Grundtatsachen der kapitalistischen Entwicklung in ihrem ökonomischen Kern gültig bleiben.

Nicht nur das: Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staatenwelt, mit der Beseitigung territorialer, ökonomischer, politischer und moralischer Begrenzungen fällt der Spätkapitalismus in gewisser Hinsicht wieder in ein früheres Stadium zurück. Am Ende des 20. Jahrhunderts erlebt der Kapitalismus einen neuen Frühling, insbesondere was die nahezu uneingeschränkte globale Ausbreitung seiner ökonomischen Prinzipien und Wirkungsmechanismen betrifft. Die postbipolare Ära ist gekennzeichnet durch die Öffnung neuer Märkte im Osten, durch die neoliberale Unterwerfung großer Teile der Dritten Welt unter das Diktat von Weltbank und Internationalem Währungsfond sowie durch die Revitalisierung der kapitalistischen Konkurrenz im Weltmaßstab. Dabei gilt es zweierlei im Auge zu behalten:

- 1) Auch wenn der Spätkapitalismus scheinbar wieder an alte imperialistische Machtkonstellationen und Mechanismen anknüpft, bleiben seine inzwischen erworbenen Fähigkeiten und Instrumente in Kraft. Vor allem hat sich die Machtfülle der Transnationalen Konzerne in einem Maße erhöht, wie es selbst der dogmatisch erstarrte Kautsky sich nicht hätte träumen lassen, als er am Vorabend des 1. Weltkriegs seine Theorie vom „Ultraimperialismus“ aufstellte.
- 2) Wie in jeder Umbruchperiode spitzen sich bestehende Widersprüche weiter zu und tauchen neue Widersprüche auf. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz und des Ost-West-Konflikts hat sich eine Reihe besonders markanter Widersprüche aufgetan, von denen ich meine, daß sie die Welt auf lange Sicht in Atem halten werden. Sie bilden die Hauptquelle inner- und zwischenstaatlicher Konflikte, sind also Dreh- und Angelpunkt einer auf Kriegsverhütung angelegten friedenspolitischen Strategie.

Ich möchte diese Widersprüche, acht an der Zahl, abschließend benennen und bitte um Verständnis, daß ich das aus Zeitgründen nur thesen- oder stichwortartig tun kann.

Reichtum/Armut: Es ist unstrittig, daß der materielle Reichtum der Welt in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts enorm zugenommen hat. 1965 betrug das Weltsozialprodukt zwei Billionen US-Dollar; 1991 waren es 21,6 Billionen, also mehr als das Zehnfache. Auf der anderen Seite weiß heute jedes Kind, daß dieser Reichtum extrem ungleich verteilt ist, und zwar innerhalb der Nationalstaaten sowie zwischen den Staaten bzw. Weltregionen. Und diese ungleiche Verteilung verschärft sich: 1960 war das Durchschnittseinkommen des wohlhabendsten Fünftels der Weltbevölkerung 30 mal so hoch wie das des unteren Fünftels. Heute beträgt das Verhältnis sogar 60 zu 1. Der Widerspruch zwischen Reichtum und Armut, zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen entwickelten Industrieländern und unterentwickelten Ländern bildet den wohl wichtigsten Ausgangspunkt für künftige Konflikte, die, so ist zu befürchten, wohl vorwiegend in militärischer Form ausgetragen werden.

Umweltschutz/-zerstörung: Der zweite Widerspruch ist der zwischen dem Wissen der Menschheit um die globalen Umweltschäden, ihre Ursachen und wie man sie beheben könnte auf der einen Seite und der fortwährenden, in bestimmten Bereichen sich sogar beschleunigenden Umweltzerstörung auf der anderen Seite. Künftige Konflikte um Wasser, das immer knapper wird, oder um fruchtbaren Boden, der der fortschreitenden Versteppung und Verwüstung weichen muß, sind programmiert und können regionale Kriege und Migrationen größeren Ausmaßes auslösen.

Mehr Demokratien/weniger Demokratie: Im Kommunistischen Manifest hieß es: Die Bourgeoisie „schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde“ (466). Bezogen auf die politisch-rechtliche Dimension bedeutet das die tendenziell globale Ausdehnung bürgerlich-demokratischer Regierungsformen. Der triumphale Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus hatte die Übernahme demokratischer Strukturen nach westlichem Vorbild nicht nur im Osten, sondern auch in zahlreichen Staaten des „Südens“ im Schlepptau. Es gibt also - quantitativ und formal betrachtet - mehr Demokratien auf der Welt als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß in allen demokratischen Staaten ein Entdemokratisierungsprozess stattfindet, der vor allem bedingt ist durch den zunehmenden Einfluß wirtschaftlicher Interessen auf internationale, nationale und lokale Politik, und der staatlicherseits

noch dadurch unterstützt wird, daß zunehmend politische Kompetenzen des Staates auf supranationale Instanzen übertragen werden, die sich ihrerseits jedem demokratischen Zugriff entziehen.

Kulturelle Vielfalt/Kulturelle Vereinheitlichung: Ein weiterer Widerspruch entsteht durch das Beharren traditionaler Gemeinschaften auf kulturelle Identität, was die ungehinderte Ausübung religiöser oder anderer Formen gemeinschaftlicher Riten und Handlungen einschließt, auf der einen Seite, und auf der anderen Seite aus der Tendenz, kulturelle Äußerungsformen zu vereinheitlichen und damit für den kapitalistischen Markt zuzurichten. Die globale Präsenz elektronischer Medien ermöglicht sogar die Einebnung von Kulturen in Regionen, bevor dort der universelle Kapitalismus real seinen Einzug gehalten hat. Auch unser Alltag wird zunehmend bestimmt von der Erfahrung sich ausdifferenzierender Lebenslagen, Geschmäcker und kultureller Orientierungen bei gleichzeitiger Vereinheitlichung oder „Amerikanisierung“ der Lebensstile.

Kriegsgefahr geringer/mehr Kriege: Das Ende der Blockkonfrontation hat die Welt- und Atomkriegsgefahr zweifellos drastisch vermindert. Die Welt insgesamt ist damit sicherer geworden, allerdings nicht überall. Andererseits ist nämlich die Zahl der regionalen militärischen Konflikte in den 90er Jahren angestiegen; dramatisch zugenommen hat vor allem auch die Zahl der Toten und Verwundeten, insbesondere unter der Zivilbevölkerung in den betroffenen Gebieten. Noch nie gab es so viele Menschen, die vor Bürgerkriegen und Kriegen auf der Flucht sind.

Abrüstung/regionale Aufrüstung: Ähnlich auch der Befund hinsichtlich der materiellen Basis militärischer Auseinandersetzungen. Während die Welt zu Beginn der 90er Jahre insgesamt beträchtlich abgerüstet hat, geht die Auf- und Umrüstung in bestimmten Regionen munter weiter. Die Weltmilitärausgaben sind von 1985 bis 1996 um ca. 30 Prozent gesunken (IISS 1997). Der Großteil solcher Abrüstung allerdings ging auf das Konto der früheren Sowjetunion, während einige NATO-Staaten mäßig abrüsteten, einige sogar noch draufsattelten. Insgesamt kam es zu einer Erhöhung der militärischen Macht der NATO, der nichts annähernd Vergleichbares in der Welt gegenübersteht. Die NATO-Ostexpansion bis an die Grenze Rußlands wird von kritischen Friedensforschern als neue Spaltung Europas bezeichnet; Johan Galtung spricht sogar von einem bevorstehenden „Zweiten Kalten Krieg“ (Galtung 1998). Dramatische Aufrüstungsvorgänge sind in den prosperierenden Staaten Ostasiens zu verzeichnen, während im „Pulverfaß“ Naher Osten sich seit dem letzten Golfkrieg eine deutliche Gewichtsverschiebung zulasten des Irak und des Iran und zugunsten Israels sowie der arabischen Golfalliierten feststellen läßt.

Internationalisierung/Renaissance des Nationalismus: Es ist offensichtlich, daß die internationale Vernetzung von Gesellschaften und Ökonomien in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sich dynamisiert hat. Sich verallgemeinernde, grenzüberschreitende Probleme - etwa im Umweltbereich - können vielfach nur durch internationale Vereinbarungen und Institutionen reguliert werden. Im Kontrast zu diesem Internationalisierungstrend erleben wir in verschiedenen Weltregionen eine stürmische Renaissance des Nationalismus. Die Bildung neuer Nationalstaaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR oder Jugoslawiens ist eine Form. Eine andere Variante ist das Wiederaufleben nationalistischer oder regionalistischer Abschottungsbestrebungen, häufig verknüpft mit ethnisch, religiös oder rassistisch begründeten Überlegenheitsideologien. Marx und Engels hätten sich vor 150 Jahren nicht träumen lassen, daß dereinst der Siegeszug des universalistischen Kapitalismus mit der Instrumentalisierung dumpfer nationalistischer Gefühle und Strömungen einhergeht.

Globalisierung/Regionalisierung: Schließlich sollten wir immer, wenn von Globalisierung die Rede ist, auch an die Gegentendenz denken: die Regionalisierung. Der Prozeß der ökonomischen Globalisierung verläuft ja nicht geradlinig, sondern in Widersprüchen. Denken wir etwa an die sich verfestigenden Strukturen regionaler Märkte und Wirtschaftsräume, insbesondere der drei mächtigsten: Nordamerika, Europa und Ostasien. Und denken wir daran, daß diese Regionalisierung ihrerseits wieder gebrochen oder konterkariert wird durch Hegemonialbestrebungen einzelner Mächte innerhalb der Blöcke: In Nordamerika ausschließlich von den USA, in Europa von Frankreich, Großbritannien und vor allem von der Bundesrepublik, in Asien wohl noch unangefochten von Japan. Neben der sich zuspitzenden Weltmarktkonkurrenz innerhalb dieser „Triade“ beobachten wir die Exklusion, den Ausschluß oder auch die Abkoppelung von Staaten und ganzen Staatengruppen aus dem bzw. vom Weltmarkt. Daß nicht nur Teile der nationalen Arbeiterklasse in den Industriestaaten zeitweise oder dauerhaft die industrielle Reservearmee bilden, sondern das heute ganze Weltregionen vom globalen Kapitalismus offenbar nicht gebraucht werden, wird auch künftig zu erheblichen Konflikten in den internationalen Beziehungen führen.

Diese acht widersprüchlichen Entwicklungstendenzen existieren nicht unabhängig voneinander. Teilweise bedingen sie sich gegenseitig, teilweise verstärken sie sich gegenseitig. Wichtig scheint mir aber die prinzipielle Offenheit der Entwicklung: Jedes der acht Entwicklungsfelder enthält sozusagen einen positiven und einen negativen Pfad; Chancen und Risiken sind im Prinzip gleich verteilt und eng beieinander. Allerdings nur im Prinzip: Denn die reale Situation, auch eingedenk des Zustands der potentiellen sozialen Träger des positiven Entwicklungspfads, gibt im Augenblick wenig Anhaltspunkte für eine optimistische Sichtweise. Das vor allem unterscheidet uns heute von der im Kommunistischen Manifest verbreiteten Zuversicht.

Literatur:

- Tony Clarke, MAI. Der Vertrag zur Herrschaft der Konzerne, hekt. Man., Ottawa 1997
- Joachim Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin-Amsterdam 1995
- Johan Galtung, Die NATO-Osterweiterung oder Der Beginn des Zweiten Kalten Krieges. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/1998, S. 197-207
- Eric Hobsbawm, Anhaltende Zukunft eines Totenscheins. Vor 150 Jahren erschien das „Kommunistische Manifest“. In: Frankfurter Rundschau, 14.02.1998, S. ZB3
- IISS-The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1997/98, Oxford University Press 1997
- W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: LW Bd. 22, S. 189-309
- Domenico Losurdo, 150 Jahre Kommunistisches Manifest - 150 Jahre Weltgeschichte. In: Marxistische Blätter, Heft 1/1998, S. 27-32
- Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4, S. 459-493
- Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1998, hrsgg. von I. Hauchler, D. Messner, F. Nuscheler, Frankfurt a.M. 1997
- Peter Strutynski, Frieden durch Demokratie? In: Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (Hrsg.): Frieden schaffen ohne Waffen. Beiträge zum Fünften Dresdener Friedenssymposium am 15. Februar 1997, Dresden 1997, S. 39-43

Konferenz der DKP: „150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei“

Das Kommunistische Manifest und die Zukunft der Arbeit

Leo Mayer

Zukunft der Arbeit: In meinem Beitrag beschränke ich mich auf Anmerkungen zur Zukunft der Lohnarbeit. Da die Lohnarbeit, d.h. Entwicklung der „Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt“ (Manifest, S.50) untrennbar mit der Entwicklung des Kapitals verbunden ist, erlaube ich mir, mich auf drei Aspekte der Bewegung des Kapitals einzuschränken.

I. Wachstum ohne Wachstum an Arbeitsplätzen und die Auflösung der bisherigen Arbeitsverhältnisse

„Erst Frankreich, dann Deutschland. Wie es die Geschichte, die für ihre Ironie bekannt ist, häufig so will, erinnert der Vormärz des Jahres 1998 an jenen des Jahres 1848. ... Schon damals waren die Proteste in Frankreich viel massiver als in Deutschland ... Auch damals sorgte der ungeheure Strukturwandel der Industrialisierung dafür, daß alte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in den Manufakturen schneller vernichtet wurden, als neue Arbeit in den Fabriken und im Handel entstanden. ... Genau vor einem solchen weitreichenden Strukturwandel stehen wir auch heute wieder. Die alten Beschäftigungsverhältnisse verschwinden ...“, kommentierte die Süddeutsche Zeitung (SZ, 7.2.98) den Aktionstag der Arbeitsloseninitiativen vom 5. Februar.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit sind fast 5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Einschließlich der „stillen Reserve“ sind es bereits siebeneinhalb Millionen, die mit ihrer Arbeit oft auch ihr Selbstbewußtsein verloren haben. Und das im fünften Jahr des „Aufschwungs“ nach der Krise 1992/93. Im Vergleich zu 1991 - dem Jahr vor der zyklischen Krise - ist die Zahl der Arbeitsplätze um 2,4 Millionen von 36,5 Millionen auf 34,1 Millionen gesunken. Trotzdem stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 10,4 Prozent. Je Erwerbstätigen gerechnet, ergab sich somit sogar ein Plus von fast 18 Prozent.

Offensichtlich erleben wir eine neue Erscheinung im Kapitalismus: Die Zahl der Arbeitslosen klettert auch in den Phasen der Hochkonjunktur. Wurde in früheren Konjunkturzyklen die „industrielle Reservearmee“ im konjunkturellen Aufschwung aus der Etappe geholt, so zeigte sich beginnend nach der Rezession Mitte der 70er Jahre erstmals ein neuer Trend. Die Reservearmee wandelt sich zum stehenden Heer. Bei jeder Rezession klettert die Zahl der Arbeitslosen rasch auf ein höheres Niveau und verharrt dann dort oder steigt sogar weiter, selbst in der Zeit des Booms. Diese Erscheinung beschränkt sich nicht auf die kapitalistischen Zentren. Im Gegenteil, sie war zuerst in den Ländern der kapitalistischen Peripherie sichtbar und hat sich dann auf die gesamte kapitalistische Welt ausgebreitet. Offensichtlich findet die Gesetzmäßigkeit der Akkumulation des Kapitals und der Verelendung der Arbeiterklasse eine neue Ausformung.

Die Versprechungen, daß Internationalisierung und Europäische Integration dynamisches Wachstum, Arbeitsplätze und steigende Löhne bringen würden, sind geplatzt.

Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (Bericht der UNDP, 1996) räumte gründlich mit dem Mythos vom Segen der Globalisierung und des Wachstums auf: 1,6 Milliarden Menschen leben heute schlechter als vor 15 Jahren. Mehr als 2 Milliarden Menschen sind von jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung und dem Zugang zu internationalen Kapitalströmen ausgeschlossen. Das Vermögen der 385 reichsten Dollar-Milliardäre übersteigt das jährliche Gesamteinkommen der Länder, in denen 2,5 Milliarden Menschen, fast die Hälfte der Weltbevölkerung, leben. Als statistischer Trick ist zu werten, daß bei diesem Vergleich Vermögen mit Einkommen verglichen wird. Allerdings haben die Ärmsten zugegebenermaßen kein Vermögen, das zu vergleichen wäre.

Bei den hundert größten Wirtschaftseinheiten der Welt handelt es sich nur noch um 49 Länder; bei 51 um Transnationale Konzerne.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind weltweit 820 Millionen Menschen oder 30 Prozent der gesamten Erwerbstätigen arbeitslos. Aber nur 120 Millionen sind offiziell als ar-

beitslos registriert. Allein in den Ländern der EU weisen die Statistiken fast 20 Millionen Arbeitslose aus. Von den weltweit ca. 2 Mrd. Beschäftigten arbeiten 1,2 Mrd. in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Sozial geschützte Arbeit - auf unterschiedlichsten Niveaus - gibt es nur in "Oasen" der Weltwirtschaft.

Mit der Krise in Südostasien sind auch alle Illusionen geplatzt, die Arbeiterklasse in den Ländern der kapitalistischen Peripherie könnte Arbeitsbedingungen, soziale Standards und Löhne wie in den entwickeltesten kapitalistischen Zentren Europas erreichen.

Weltweit steht ein ungeheures Heer an Arbeitskräften zur Verfügung. Und erstmals erlauben moderne Kommunikationstechnologien und Transportmittel dem transnationalen Kapital weltweit die billigsten Arbeitskräfte, die besten Absatzmärkte und die günstigsten politischen Bedingungen zu suchen.

Auf dieser Grundlage wird Druck auf die besser bezahlte, geschützte und organisierte Arbeit ausgeübt. Und andererseits, wenn es aus dem einen oder anderen Grund in einem bestimmten Land oder einer bestimmten Region der schlecht bezahlten Arbeit gelingt sich zu organisieren und ihre Bedingungen und Löhne zu erhöhen, emigriert das Kapital und sucht neue Reserven der billigen, unorganisierten Arbeit in anderen Ländern und Regionen. So setzt sich eine globale Entwertung der Arbeitskraft durch. Marx wies bereits 1848 auf diese Tendenz der Reduzierung des Lohnes auf das Existenzminimum hin: *„Dieses Gesetz der Ware Arbeit, des Lohnminimums, bewahrheitet sich in dem Maße, wie ... der Freihandel, eine Wahrheit, eine Tatsache wird.“* (Marx, Rede über die Frage des Freihandels, 1848)

In Deutschland sank die reale Lohn- und Gehaltssumme in den Jahren 1991 bis 1997 um 6 Prozent. 1997 ist erstmals seit Bestehen der BRD die Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zurückgegangen. Mit 64,8 Prozent ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen auf den niedrigsten Stand seit 1950 gesunken. Mit den Löhnen geht auch die kaufkräftige Inlandsnachfrage zurück und die Spirale von sinkender oder stagnierender Nachfrage, lahmender Binnenkonjunktur, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen wird angetrieben. Denn immerhin entfallen 56 Prozent der volkswirtschaftlichen Nachfrage auf die Nachfrage aus den Privathaushalten.

Mit der Globalisierung setzt sich mit einer für uns bisher nicht gekannten Brutalität wieder eine Tendenz durch, die von Marx so beschrieben worden war:

"Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion geht dahin, den durchschnittlichen Lebensstandard nicht zu heben, sondern zu senken" bis unter die "physische Grenze" .(Lohn, Preis und Profit, Karl Marx, 1865)

„Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum.“ (Manifest, S.56)

„Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; ...“ (Manifest, S.52)

Unsicherheit im Beruf, unabhängig von Ausbildung und dem Grad der Qualifikation, Unsicherheit im ganzen Leben wird heute wieder zur prägenden Erfahrung. In den zurückliegenden Jahrzehnten war es gelungen, diese Unsicherheit einzugrenzen. Arbeitsplatz und Lohnentwicklung waren über staatliche soziale Regulierung und Tarifverträge von der konjunkturellen Entwicklung und den schwankenden betrieblichen Bedürfnissen abgepuffert worden.

In der Nachkriegszeit war ein Modell entstanden, das über die Steigerung der individuellen Reallöhne und die Abfederung sozialer Risiken und Ungleichheiten, über die Entwicklung der Kaufkraft im Gleichschritt mit der Produktivität, über antizyklische wirtschaftliche und geldpolitische Interventionen des Staates und über die Regulation der Arbeitsbeziehungen die Grundlagen für den Erhalt des "sozialen Friedens" und für den langen und erfolgreichen Aufschwung gelegt hatte.

Basierend auf stärkerer Binnenmarktorientierung und staatlicher sozialer Regulierung und durchgesetzt und vermittelt durch den gewerkschaftlichen Kampf, bestand ein Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritt und sozialem Fortschritt.

Mit der Weltmarktkonkurrenz und der tiefen, weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung in Folge des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten Osteuropas zerbricht dieser Zusammenhang.

Die Schwäche der Arbeiterbewegung ist auch der tiefere Grund für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Wachstum an Arbeitsplätzen. Dieser Zusammenhang war in der Vergangenheit nicht nur - und nicht einmal vorrangig - durch die höheren Wachstumsraten hergestellt worden; dieser Zusammenhang war Ergebnis des sozialen Kampfes und eines Klassenkompromisses dem handlungs- und durchsetzungsfähige Gewerkschaften zugrunde lagen.

Das in der Nachkriegszeit entwickelte Modell zur Regulierung sozialer Konflikte, geprägt durch die Suche nach dem sozialen Kompromiß zur Entschärfung von Klassenkonflikten, wird heute zu einem Hemmnis für das Kapital. An die Stelle des alten Regulierungsmodells, dem „Sozialstaat“ - tritt die soziale Polarisierung und die Konfrontation. Je niedriger die Kosten, desto größer sind die Gewinne. Die wachsende Zahl der Arbeitslosen wird als Druckmittel gegen die Löhne eingesetzt. Der Ausfall der Löhne als Nachfragefaktor auf dem Binnenmarkt wird durch gesteigerte Exportfähigkeit - dem absoluten Dreh- und Angelpunkt aller Maßnahmen - ausgeglichen. So ist die wachsende und sich verfestigende Armut ein strukturmäßiger und funktioneller Bestandteil dieses auf Weltmarktexpansion gerichteten Modells.

Im Gegensatz zur These, daß mit der Revolution der Informationstechnologien die alten Beschäftigungsverhältnisse verschwinden würden, und *„die Menschen sind immer weniger Rädchen in Organisationsmaschinen, sie emanzipieren sich - teils der Not gehorchend, teils den eigenen Bedürfnissen und Befähigungen folgend. Wie in den Jahrzehnten nach 1848 die arbeitslosen, pauperisierten Massen in die sich weiterentwickelnde Industriegesellschaft hineinarbeiteten, so wird das 21. Jahrhundert die Menschen lehren, sich aus diesen starren und zu eng gewordenen Arbeitsstrukturen wieder herauszuarbeiten.“* (Arbeit gestern, Arbeit morgen, Dagmar Deckstein in SZ, 7.2.98), verwirklicht das Kapital unter dem Vorwand der neuen Technologien seine uralte Vorstellung, unbegrenzt über schutzlose Arbeitskraft verfügen zu können.

- 1 - 1,5 Mill. Scheinselbständige (vom Kellner bis zum Software-Entwickler),
 - 4,5 - 6 Mill. sozialversicherungsfreie 620 Mark-Jobs,
 - die Hälfte der neuen Arbeitsplätze in M&E-Industrie als befristete Arbeitsverhältnisse,
 - die Aushebelung des Kündigungsschutzes,
 - die sprunghafte Zunahme der Beschäftigung über Zeitfirmen,
- all dies bringt diese wachsende Unsicherheit zum Ausdruck. Millionen rutschen in unsichere Jobs zum Niedrigtarif ab.

„Arm trotz Arbeit“ - Lebensrealität für jeden vierten Beschäftigten in den alten Bundesländern. Sie leben mit ihrem Lohn an und unterhalb der materiellen Armutsgrenze. Mehr als eine Million Beschäftigte verfügen über weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens. Schon jeder siebte Beschäftigte muß einer bezahlten Nebentätigkeit nachgehen, um über die Runden zu kommen. Nichts anderes steht hinter der rasanten Zunahme der 620-Mark-Jobs, mit denen zunehmend Festangestellte verdrängt werden.

Mit der wachsenden Zahl solcher Arbeitsverhältnisse geraten die übrige Belegschaften mit „Normalarbeitsverhältnissen“ unter extremen Druck.

„... die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich.“ (Manifest, S.57)

„... in demselben Maße, wie Maschinerie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Maße nimmt auch die Masse der Arbeit zu, sei es durch Vermehrung der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer gegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen usw.“ (Manifest, S.51)

So setzt das Kapital die hohe Arbeitslosigkeit als Mittel ein, um die Arbeiterbewegung zu schwächen, die Regulierung des Arbeitsmarktes und den sozialen und staatlichen Schutz der Arbeitskraft aufzubrechen, Tarifverträge auszuhebeln, die arbeitenden Menschen zu entwürdigen, und den gesellschaftlich geschaffenen Reichtum zugunsten des Kapitals umzuverteilen

Marxens Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems entfaltet erstaunlich visionäre Kraft. Schon 1857 prophezeite der Philosoph aus Trier: Die Zeit wird kommen, da die Maschinen den Menschen die Arbeit abnehmen werden, und der Kapitalismus wird der Abschaffung der Arbeit und damit seinem Untergang zustreben. Und er sah voraus, daß nicht mehr die Arbeitszeit, sondern die Muße, die Freizeit das Maß des gesellschaftlichen Reichtums bestimmen werde. 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um alle Waren zu produzieren und die hochwertigen Dienstleistungen zu erbringen, die die Menschheit brauche, schreiben die Autoren des bekannten Buches "Die Globalisierungsfalle". Welch großartige Perspektive für ein menschenwürdiges, kulturvolles Leben. Doch welche Katastrophe, wenn sich die Arbeit nicht vom egoistischen Interesse des Kapitals befreit. Denn ohne diese Befreiung wird sich der Großteil der Menschheit nicht der Muße hingeben können, sondern sozial verelenden.

II. Globalisierung

Welch visionäre Kraft die Aussagen von Marx und Engels prägen, erschließt sich noch mehr aus folgenden Passagen. Dabei muß man berücksichtigen, daß 1848 der Kapitalismus noch in den Kinderschuhen steckte. Nur in England hatte sich bereits eine moderne Arbeiterklasse herausgebildet.

„Aber immer wuchsen die Märkte, immer stieg der Bedarf. ... Da revolutionierte der Dampf und die Maschinerie die industrielle Produktion. An die Stelle der Manufaktur trat die moderne große Industrie. ... Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt. ... Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schifffahrt, den Landkommunikationen eine unermessliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt.“ (Manifest, S.44)

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“ (Manifest, S. 46)

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. ... Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht mehr im Land selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen.“ (Manifest, S.46)

Die Globalisierung ist eine objektive Tatsache, aber es ist nicht wahr - und das ist unschwer bereits dem Manifest zu entnehmen -, daß es sich dabei um einen absolut neuen Prozeß handeln würde. Aber so wie es sich um einen objektiven Prozeß handelt, so treten wir gegenwärtig auch in eine neue Phase im historischen Prozeß der Internationalisierung des Kapitalismus ein.

Dieser Prozeß beinhaltet die Vollendung der Internationalisierung des Kapitals in seinen drei Aspekten:

1. die Internationalisierung des Handelskapitals, das die Basis für die Herausbildung eines echten Weltmarktes schafft.
2. die Internationalisierung des zinstragendes Kapitals, des Geldkapitals; gefestigt durch den uneingeschränkten Kapitalverkehr, durch die Auslandsinvestitionen, die Aktionen der transnationalen Konzerne, das internationale Kreditwesen.
3. schließlich die Internationalisierung des Produktivkapitals, das zur internationalen Teilung der Produktion führt, mit dem Ziel, die Gewinne zu maximieren und die Kosten zu minimieren. Welt-handel (Warenexport) und Kapitalexport wird ergänzt durch die „betriebswirtschaftliche Globalisierung“, die nach Kostengesichtspunkten transnationale betriebswirtschaftliche Inseln sucht, um optimale Betriebsgrößen, wirtschaftliche Serienfertigung und Anpassung an globale und lokale Marktbedingungen zu erzielen.

Der Weltmarkt spielt in der Gesamtentwicklung des Kapitalismus - von seinen geschichtlichen Anfängen an - eine bedeutende Rolle. Weltmarkt gab es auch früher: In Form internationaler Arbeitsteilung und als Summe der nationalen, (unterschiedlich) abgeschotteten Ökonomien. Neu ist die weitestgehende Beseitigung dieser Schranken, die Öffnung der Märkte zu einem unbehinderten Operationsfeld für das internationale Kapital und einem einheitlichen Feld für die Entwicklung der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten.

Heute bedeutet internationaler Kapitalismus nicht mehr nur die *"Aneignung der Produktionsweise der Bourgeoisie"* (Kommunistisches Manifest), auch nicht nur *"Kapitalexport in rückständige Länder"*, *"Welthandel"* oder *"die ökonomische Aufteilung der Welt durch die Monopole"*. Internationaler Kapitalismus bedeutet heute auch nicht einmal mehr nur "Transnationale Konzerne", sondern das System in all seinen Verwertungsbereichen ist heute international: Forschung und Entwicklung, Produktion, Absatz, Kommunikation, Kapitalströme.

Die Wertschöpfungsketten werden aufgebrochen und so über die Welt verteilt, daß die jeweiligen regionalen Vorteile bestmöglich genutzt werden können. Die gesamte Wertschöpfungskette - Einkauf, Zuliefersystem, F&E, Produktion, Marketing, Absatz - wird über globale Telekommunikationssysteme und Datennetze gesteuert und über moderne Transportsysteme verbunden.

„Produzierende TNK, besonders in der Elektronik und der Transportausrüstung, haben seit den späten 80er Jahren globale integrierte Produktionsnetzwerke aufgebaut, um maximale Effizienz zu erzielen.“, beschreibt die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD diese neue Erscheinung. (UNCTAD, World Investment Report 1996, S.47)

Allerdings können sich den Vorteil des "global sourcing" - die global angelegte Kapital-, Rohstoff- und Materialbeschaffung, das weltweite Rekrutieren von Arbeitskräften, zunehmend von hochqualifizierten Technikern, Entwicklern, Naturwissenschaftlern, die Internationalisierung der Produktion und des Zuliefersystems - nur die global operierenden Groß- und Mammutkonzerne zunutze machen. Über die Welt verstreut verbinden sie in einem konzerninternen Netzwerk die technologischen Vorteile mit Niedriglohn in auswärtigen Standorten und organisieren Zulieferungen und Produktion über verschiedene Unternehmen in der ganzen Welt. Bei ihnen ist die **Internationalisierung der Mehrwertproduktion** die bestimmende Erscheinung.

Natürlich führen Branchenunterschiede, verschiedenartige technologische Prozesse und unterschiedliche Konzernstrategien auch zu unterschiedlichen Formen transnationaler Produktionsnetze.

Gemeinsam ist ihnen,

- daß die ganze Welt zum unbeschränkten Handels-, Investitions- und Produktionsraum wird.
- daß Produktions- und „Kopf“arbeiter durch den engen Entwicklungs-, Produktions- und Zuliefererverbund in einem weltweiten - für sie allerdings schwer durchschaubaren - unmittelbaren Kooperations- und Konkurrenzzusammenhang zusammengeführt werden.

„... die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten (und Länder - L.M.) miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen (und internationalen - L.M.), zu einem Klassenkampf zu zentralisieren.“ (Manifest, S.53)

III. Wirtschaftskrise

Aber nirgends bewahrheitet sich der Marxismus heute so, wie in der gegenwärtigen Krise des globalen Kapitalismus. Klingt das folgende Zitat nicht wie eine hochaktuelle Beschreibung der Krise in Südostasien:

*„In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der **bereits geschaffenen Produktivkräfte** regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre - die Epidemie der Überproduktion. die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. ... Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“* (Manifest S.49)

(Anmerkung siehe Fußnote)¹

In Südostasien wurde in zwei Wochen vernichtet, was vorher in 20 Jahren aufgebaut worden war. Millionen Arbeiter werden auf die Straße geworfen, die Lebensmittelpreise explodieren, lokale Banken und Betriebe gehen reihenweise bankrott. Aber auch Industriegiganten Südkoreas und international tätige Finanzhäuser Japans werden von der Pleitewelle erfaßt.

Regierungen, internationale Großbanken und der IWF setzen Milliarden Steuergelder ein, um die Gelder der internationalen Finanzgruppen und der Multis zu retten.

Der US-Imperialismus fördert und nutzt die Rolle des IWF beim Krisenmanagement, um eigene strategische Interessen durchzusetzen.

- Unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds werden die Ökonomien Südostasiens endgültig geöffnet und in den Weltmarkt integriert. *„Der Flächenbrand an den Aktienmärkten und rapid verfallene Wechselkurse haben die früher stolzen Preise asiatischer Firmenimperien auf Flohmarktniveau gedrückt. Für Investoren aus dem Westen gibt es kein Halten mehr“*, beschreibt das Handelsblatt (23.1.98) den Ausverkauf der nationalen Industrie der südostasiatischen „Tiger“ an die Multis aus den USA und Westeuropa.
- Der IWF bestimmt die Richtlinien der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik der Länder der Welt-Wachstumsregion Nr. 1 mit knapp einer halben Milliarde Einwohner.
- Mitten in der Krise vereinbarten 15 APEC-Länder eine vorgezogene Zollsenkung.
- Die Welthandelsorganisation WTO vereinbart die globale Liberalisierung der Finanzdienstleistungen.
- Mit den gegenwärtig im Rahmen der OECD stattfindenden Verhandlungen über ein „Multilaterales Abkommen für Investitionen“ (Multilateral Agreement on Investment) zum Schutz ausländischer Investitionen soll die Globalisierung zusätzliche Schubkraft erhalten. Mit diesem Vertrag wird die Macht der TNK über die Nationalstaaten erweitert und völkerrechtlich abgesichert. Die Nationalstaaten müssen ihre Macht in der neuen globalen Ökonomie einsetzen, um ein günstiges Klima für profitable Investitionen und Wettbewerb zu schaffen. Renato Ruggiero, Präsident der Welthandelsorganisation WTO, übertreibt nicht, wenn er in einer Rede vor der UNCTAD sagte, daß die WTO *„nicht mehr länger die Regeln für die gegenseitige Zusammenarbeit getrennter Volkswirtschaften schreibt. Wir schreiben die Verfassung einer einheitlichen globalen Ökonomie.“* (WTO Head Calls For Single Global Economy, Vol. 5, No. 16, Trade News, 5. Nov. 1996)

Die weltwirtschaftspolitische Entwicklung, gerade auch im Zusammenhang mit der Asienkrise, ist gegenwärtig - im Unterschied zur Entwicklung während und nach der großen Weltwirtschaftskrise 1929 - gekennzeichnet durch das Vorantreiben weiterer Liberalisierung und Öffnung der Märkte und der beschleunigten Integration nationaler Ökonomien in eine immer einheitlicher werdende Weltwirtschaft; im Interesse und zum Nutzen der Transnationalen Konzerne (TNK), die als Triebkraft dahinterstehen.

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen?“- fragt Marx im Manifest. „Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ (Manifest S.50)

„Alle destruktiven Erscheinungen, welche die freie Konkurrenz in dem Inneren eines Landes zeitigt, wiederholen sich in noch riesigerem Umfang auf dem Weltmarkt“, warnte Marx in seiner Rede über die Frage des Freihandels. (Marx, Rede über die Frage des Freihandels, 1848)

Das Epizentrum der Erschütterungen der Weltwirtschaft liegt in Südostasien, aber die Ausläufer sind rund um die Welt zu spüren: in nach unten korrigierten Wachstumsraten, verschlechterten Handels-

¹ Vernichtung der *„bereits geschaffenen Produktivkräfte“* gilt natürlich in einem geradezu unvorstellbaren Ausmaß auch für die Vernichtung der Produktionskapazitäten in den ehemals sozialistischen Ländern.

bilanzen, reduzierten Gewinnerwartungen, Steuerausfällen und Entlassungen. Die hohe Integration der Weltwirtschaft und die Herrschaft der TNK führen dazu, daß sich die Krise global ausdehnt. Kein Land ist immun gegen die Auswirkungen. Die Situation ist extrem instabil und kann in einer globalen Rezession und dem ökonomischen Kollaps einiger Länder enden.

- Die Währungs- und Wirtschaftskrise in SOA belegt einmal mehr, wie die ganze Welt dem Diktat des internationalen Finanzkapitals unterworfen ist: *„daß Kapitalanleger heutzutage praktisch jeden beliebigen Punkt des Erdballs ansteuern können und sich unter Renditegesichtspunkten die besten Wirte aussuchen können. Aus diesem weltumspannenden Öffnungskartell für Kapital kann sich kein Staat ausklinken, der nicht den (ökonomischen) Exitus riskieren will. Dies bedeutet freilich auch, daß sich die Länder den Spielregeln des Kapitals unterwerfen müssen. ... Nunmehr wird es geraume Zeit dauern, bis sie das Vertrauen der Investoren wieder gewonnen haben ... Für die Länder und die Menschen dort ist dies eine harte Prüfung, denn jetzt heißt es zunächst einmal den Gürtel enger schnallen. Daß die internationalen Investoren Länder mit Mißachtung strafen, die gegen die marktwirtschaftlichen Regeln verstoßen, das zu erfahren muß man nicht bis Südostasien gehen.“* (SZ, 31.10.97)
- Mit der Währungs- und Wirtschaftskrise in SOA *„tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d.h., ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“* (Manifest, S. 57)
- Die Währungs- und Wirtschaftskrise in SOA ist die Warnung an die internationale Arbeiterbewegung, daß grundlegende, strukturelle Änderungen der Wirtschaftspolitik erforderlich sind und der Kapitalismus überwunden werden muß, wenn die Menschheit vor diesen katastrophalen Krisen verschont werden soll und die Interessen der arbeitenden Menschen, der Armen und Ausgegrenzten an Zukunft und Entwicklung Geltung gewinnen sollen.

„Die Regierungen fördern Banken, Konzerne und die Reichen und nützen dazu das Geld der arbeitenden Menschen. Wir brauchen jedoch eine Politik für die arbeitenden Menschen und eine Wirtschaft im Interesse der Bevölkerung.

Ein aktiver Staat - der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen - muß eine an den Interessen der Mehrheit orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben und die Demokratie gegen die Macht des Kapitals verteidigen und erweitern. Effektivität der Wirtschaft darf nicht in der Rentabilität des Kapitals und in den abstrakten Kennziffern der internationalen Konkurrenzfähigkeit gemessen werden, sondern in der Erfüllung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Demokratische Rahmenplanung, Einschränkung der Macht der Multis und Bekämpfung der Finanzspekulation - diese Politik könnte Arbeitsplätze schaffen, die Lebenssituation der arbeitenden Menschen verbessern und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrisen mildern.

Aber die beste Politik kann kapitalistische Überproduktionskrisen nicht verhindern. Dazu ist die Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Multis und der Banken - der Sozialismus - notwendig.“ heißt es im Beschluß des Parteivorstandes der DKP anläßlich des Beschäftigungsgipfels der Europäischen Union im November 1997.

Literatur:

- „Manifest der Kommunistischen Partei“, Seitenangaben beziehen sich auf die Taschenbuchausgabe Dietz Verlag, 1977
- „Lohn, Preis und Profit“, Karl Marx
- „Rede über die Frage des Freihandels“, Karl Marx
- isw Wirtschaftsinfo Nr. 27, „Tiger, Drachen, Finanzhaie und die Hyänen des IWF - Krise in Südostasien und die Weltwirtschaft“, Leo Mayer, Fred Schmid, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
- isw Report Nr. 34, „Globalisierung und Multis“, Materialien eines isw Seminars,

Konferenz der DKP: „150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei“

Das Kommunistische Manifest und die Zukunft der Arbeit

Gerhard Jüttemann

Vorbemerkung

"Zukunft der Arbeit" lautet unser Diskussionsthema. Und auch wenn es auf unserem Papier nicht steht, so hat sich wohl jeder hier mindestens ein Fragezeichen dahinter gedacht. Arbeit an sich ist damit nicht in Frage gestellt. Sie ist und bleibt eine Existenzbedingung der menschlichen Gesellschaft. Aber **mein** bezahlter Arbeitsplatz in dieser Gesellschaft - was ist damit? Werde ich ihn im nächsten Monat oder im nächsten Jahr noch haben oder wenigstens einen anderen, von dem ich menschenwürdig leben kann? Darauf wissen weltweit, aber auch ganz besonders in diesem Staate Deutschland immer weniger Menschen eine zufriedenstellende Antwort.

Thüringen - ein "Frei"staat der besonderen Art

Die hohe Arbeitslosigkeit ist heute am Ende des zweiten Jahrtausends der schlimmste Mißstand in unserem Lande. Das räumen inzwischen auch die auf Bundesebene regierenden Parteien CDU/CSU und FDP ein. Selbst die Unternehmerverbände sehen sich genötigt, im Jahr der Bundestagswahlen in ihren Äußerungen bisweilen Rücksicht zu nehmen. Wollen Sie in der Öffentlichkeit noch einen Schein von Glaubwürdigkeit wahren, könne sie auch gar nicht anders, denn:

Die Arbeitslosigkeit bzw. die Angst davor werden heute laut Umfragen von drei Vierteln der Bevölkerung im Erwerbsalter als das mit Abstand drückendste Problem angegeben. Im Januar waren es offiziell mehr als 4,8 Millionen, die in Deutschland von Erwerbsarbeit ausgegrenzt waren, und jeder hier weiß, daß selbst diese Zahl zurechtgebogen und -gelogen ist, um das ganze Ausmaß der Katastrophe noch etwas zu verschleiern.

Daß die ostdeutschen Bundesländer davon besonders betroffen sind, muß mir niemand erklären. Ich komme aus Thüringen - aus Bischofferode im Eichsfeldkreis -, wo die Geißel Arbeitslosigkeit auf Schritt und Tritt mit Händen zu greifen ist. Thüringen nennt sich seit einigen Jahren nach dem Willen der regierenden Landespolitiker großspurig **Freistaat**.

Frei sind wir heute in vieler Hinsicht - in erster Linie von industriellen Arbeitsplätzen. Wenn ich allein an meinen Heimatkreis denke, fallen mir viele Tausende Industrie-Arbeitsplätze ein, die - wie man heute so schon sagt, als wäre es das Ergebnis eines Naturereignisses - weggebrochen sind: Im Zementwerk Deuna arbeiten von einst 2000 heute noch 200 Leute, im Textilkombinat Leinefelde ist die Zahl von 4500 auf 300 geschrumpft. Nicht anders sieht es aus bei *solidor* Heiligenstadt oder beim Motorenwerk Nordhausen. In den Nachbarkreisen ist die Lage keineswegs besser. Das *Robotron*-Werk Sömmerda - vor zehn Jahren mit über 10.000 Beschäftigten im Bezirk Erfurt der Betrieb mit der größten Belegschaft - existiert überhaupt nicht mehr. Gerade 500 Leute montieren dort heute noch Computer. Und der Kreis Artern hält mit 32,4 Prozent offiziell Arbeitslosen wohl nicht nur in Thüringen eine mehr als traurige Spitzenstellung.

Ich könnte die Aufzählung tragischer Einzelbeispiele allein aus der näheren Umgebung beliebig fortsetzen. Wurde der industrielle Kahlschlag anfangs von den Regierenden einfach mit der Parole von der sogenannten "maroden DDR-Wirtschaft" abgetan und leider von den meisten Menschen im Osten auch noch für bare Münze genommen (im Westen ist das ja wohl auch heute noch der Fall), so herrscht derzeit schon erhebliche Erklärungsnot gegenüber den bohrenden Fragen der Menschen nach ihrer Perspektive. Bei den Verantwortlichen dominiert die Ratlosigkeit, oder sie vertröste auf den "Aufschwung", der in diesem Jahr ja nun wirklich kommen müsse. Glauben tun sie daran wohl selbst nicht.

Es lohnt eigentlich auch nicht, all die Ausreden aufzuführen, die den Leuten gerade im Osten aufgetischt werden. Ein Beispiel möchte ich aber doch nennen, denn es spricht Bände dafür, was gerade im Wahljahr für geistige Klimmzüge von Regierungsseite unternommen werden, um nicht den sofortigen Offenbarungseid leisten zu müssen.

Die "Verhitzung" der DDR-Geschichte

Da hat sich doch ein CDU-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen tatsächlich nicht entblödet, die über 20 Prozent Arbeitslosigkeit in seinem Wahlkreis folgendermaßen zu erklären: Man muß, so sprach der Mann ganz im Geiste seines Lehrers Hintze, die ganze Sache doch mal andersherum sehen. In der DDR betrug die Arbeitslosigkeit ja eigentlich 100 Prozent, und so gesehen hätte die gute Politik der CDU ja immerhin für fast 80 Prozent der Menschen erst einmal Arbeitsplätze geschaffen... Soweit der Originalton eines Vertreters der CDU aus diesen Tagen. Wenn es nicht so dummdreist und traurig wäre, könnte man schon fast darüber lachen.

Aber zum Lachen ist es eben leider nicht. Und leider muß ich auch gar nicht suchen, um Beispiele für die schon verbrecherische Verantwortungslosigkeit deutscher Wirtschaftspolitik zu finden. Schließlich war ich selbst davon betroffen in meinem Heimatort Bischofferode, wo ich 20 Jahre im Kaliwerk "Thomas Müntzer" untertage gearbeitet habe. Unser Schacht ist ein ganz typisches Beispiel dafür, wie brachial ein ungehemmter Kapitalismus nach 1990 über Ostdeutschland hergefallen ist und welche Folgen das hatte. Mag es auch anderenorts Beispiele gegeben haben, daß ostdeutsche Betriebe zusammengebrochen sind, weil ihre Produkte nicht konkurrenzfähig waren, wobei es gewiß auch da ein soziales Verbrechen war, sie einfach ins gezückte Messer der Marktwirtschaft zu stoßen. Die Produkte **unseres** Schachtes aber waren auf jeden Fall gefragt und konkurrenzfähig dazu, und trotzdem ließ uns der BASF-Konzern im Zusammenspiel mit der Treuhand nicht die Spur einer Chance.

Die Talsohlen liegen jedes Jahr tiefer

Und denke niemand, das sogenannte Ende der Talsohle wäre bereits erreicht. Es war in diesem Jahrzehnt, da wurde in puncto Arbeitslosenzahl erst von der 3-Millionen- und später von der 4-Millionen-Grenze als **Schallmauer** geredet. Als wäre sie etwas kaum Überwindliches und als könnte es schlimmer jetzt wirklich nicht mehr kommen. Jetzt streben wir auf die 5 Millionen zu oder sind schon darüber.

Wirtschaftswissenschaftler, die nicht an schönfärberische Schreibweisen der hier Regierenden gebunden sind, strafen das Gerede vom Ende der Talsohle, das wir von Kohl, Rexrodt und Co. zu jedem Jahresanfang hören, schon lange Lügen. Da ist z.B. der amerikanische Publizist Rifkin. Seine Prognose lautet: Schon in weniger als zehn Jahren werden **nur noch 20 Prozent** der heute Beschäftigten gebraucht, um alle benötigten Waren und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Die Reaktion der Regierung: Fehlanzeige.

Oder eine andere schockierende Zahl: Die Unternehmensberatungsgruppe McKinsey will errechnet haben, daß Deutschland bereits jetzt eine **Arbeitslosenquote von 39 Prozent** hätte, wenn alle schon heute vorhandenen Möglichkeiten der Rationalisierung voll ausgeschöpft würden. Aus Bonn dazu: nichts.

Von der herrschenden Klasse und ihrem Medienimperium werden derartige Prophezeiungen natürlich immer nach Möglichkeit ignoriert, und wenn sie überhaupt genannt werden, dann heißt das, es seien Horrorszenerarien. Es werden sogar böartige Absichten unterstellt, so als wären die Überbringer schlechter Nachrichten auch gleichzeitig die Schuldigen an ihrer Ursache.

Was sagt die Bonner Regierung überhaupt zur unablässig steigenden Arbeitslosenrate?

Die Rezepte von CDU/CSU und FDP zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - sofern man davon überhaupt reden kann - sind allesamt Luftnummern, und das wissen sie auch sehr gut.

So erklärt die Bundesregierung immer wieder blauäugig, Arbeitsplatzschaffung sei vor allem durch **Wirtschaftswachstum** erreichbar. Erstens muß man dazu sagen: Wenn das Wachstum bei fast Null lag wie in manchen der Vorjahre, so hat die Regierung am allerwenigsten Grund, darüber zu lamentieren. Es ist ja eine direkte Folge **ihres** Casino-Kapitalismus nach Gutsherrenart. Gerade **diese** Regierung hat es ja lukrativer gemacht, mit Milliarden an den Börsen dieser Welt zu spekulieren, anstatt Einfluß darauf zu nehmen, daß sie in Arbeitsplätze investiert werden. Die angeblich zu hohen Arbeitskosten in Deutschland sind dabei eine ebenso faule Ausrede wie das ständige Gerede von der

Globalisierung, Diese wird wie ein Gottesurteil für alles verantwortlich gemacht - es sei denn, man schiebt es auf uns.

Die bösen Henkel-Märchen

Zweitens: Viel mehr als drei Prozent Wachstum der Gesamtwirtschaft sind ohnehin kaum realistisch - es müßte aber bei mindestens fünf Prozent liegen, damit mehr Menschen in Arbeit kommen als gleichzeitig durch Rationalisierung und Technikfortschritt ihre Arbeit verlieren.

An Argumenten noch ärmlicher sind Forderungen, die von den Wirtschaftskapitänen selbst erhoben werden. So behaupten Arbeitgeberpräsident Hundt und noch dreister BDI-Chef Henkel allen Ernstes, nur durch dauernde **Lohnzurückhaltung** könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und sogar: Es müsse dafür wieder mehr gearbeitet werden.

Daß das ein Märchen ist, und ein sehr böses noch dazu, hat sich längst erwiesen. Bekanntlich haben die Menschen, besonders im Osten, genau das getan - mehr gearbeitet für relativ weniger Geld. Trotzdem hat es keine Neueinstellungen gegeben. Nicht einmal die Entlassungen hörten auf.

Beiden - Arbeitgebern und Regierung - gemeinsam ist, daß sie schon seit einiger Zeit ihre sozialen Grausamkeiten als Mittel zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu verkaufen suchen. Das war der Fall bei all den Sozialkürzungen der jüngsten Zeit wie: Senkung des Arbeitslosengeldes, Kürzung der Bezugsdauer, Befreiung von Unternehmen aus der Sozialpflicht, Lohnabstandsgebot usw.). Muß man wirklich noch betonen, daß all die Wohltaten für die Besserverdienenden in der Vergangenheit **nicht einen** Unternehmer veranlaßt haben, Neueinstellungen vorzunehmen oder wenigstens nicht zu entlassen?

Daraus folgt: Weder die Wirtschaft allein noch diese Regierung sind in der Lage und haben vor allem nicht den Willen, an der Massenarbeitslosigkeit etwas zu ändern. Warum auch. Den Unternehmen geht es doch sehr gut bei hoher Arbeitslosigkeit. Dabei rede ich natürlich nicht von dem kleinen Existenzgründer im Osten mit weniger als zehn Beschäftigten, sondern von Unternehmen ab etwa zehn Millionen Jahresumsatz. Letztere jammern zwar am lautesten, doch die seit fast zwei Jahren unaufhörlich steigenden Aktienkurse und Gewinnzuwächse sprechen eine ganz andere Sprache.

Nein - wer heute wirklich die Arbeitslosigkeit abbauen will, muß gänzlich andere Wege gehen. Als erstes heißt das: Der Staat kann sich nicht aus seiner Verantwortung davon stellen und so tun, als wäre das gar nicht seine Aufgabe. Bestes oder besser schlechtestes Beispiel dafür ist Wirtschaftsminister Rexrodt mit seiner Parole: "Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht." Das einzige, was die Wirtschaft von allein, ohne staatliche Regulierung macht, sind nun mal Profite, Profite, Profite. Und nebenbei, damit das auf ewig so bleiben möge, Politikverkäufer wie Rexrodt.

Blüms Offenbarungseid

Dabei genügt ein Blick nach Frankreich, um zu wissen: Eine Regierung steht nicht nur als erste Instanz vor der **Notwendigkeit**, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun - sie hat auch das **Instrumentarium** dafür.

Doch wie eröffnete Arbeitslosenminister Blüm vor zwei Wochen im Bundestag seine Rede, nachdem die neuen Zahlen aus Nürnberg auf dem Tisch lagen? Ich zitiere: "Ein Patentrezept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht ... Der Staat kann nicht alles machen" (Zitatende). Soviel allerdings wußten wir schon. Von diesem Minister und seiner Regierung gibt es keine Rezepte, schon gar keine patenten.

Wahrscheinlich muß man ihm für diese offene Auskunft sogar noch dankbar sein. Bedeutend unerträglicher war nämlich an jenem Tag der Beitrag seines Kollegen Schäuble, für den Empfänger von Arbeitslosenhilfe offenbar nichts weiter als Drückeberger und Faulpelze sind.

Gregor Gysi antwortete ihm damals, ich zitiere: "Was bieten Sie denn ernsthaft an? Sie sagen: Die Lohnstruktur muß stärker gespreizt werden. Sie sagen: Wir brauchen endlich billig bezahlte Dienstleistungen. Sie schlagen vor, daß das Personal um Pförtner, Schuhputzer und Hilfen an Tankstellen erweitert werden muß. Soll Ihr Vorschlag an die Gesellschaft in Deutschland ernsthaft der sein, daß

gesagt wird: Wir lösen das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit, indem wir wieder mehr Pförtner einstellen und Schuhputzer auf die Straße stellen?" (Zitatende)

Man kann daraus nur eines schließen: Die herrschende Politik ignoriert alle Fakten und predigt nichts weiter als Wachstum und Verbilligung der Arbeit. Und jede noch vorhandene Masche des sozialen Netzes wird dabei als Sargnagel für den sogenannten Standort Deutschland in Mißkredit gebracht. Ob aus schlichter Arroganz oder eiskalter Berechnung - es wird einfach alles abgestritten. Aber wir befinden uns heute an einem Wendepunkt, wo es so wie bisher nicht mehr weiter geht. Dieser Wendepunkt wird Staaten wie Deutschland voraussichtlich ähnliche Umbrüche bescheren wie vor Jahrhunderten der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. **Mit einem entscheidenden Unterschied: Neue Arbeitsplätze sind dabei nicht in Sicht.**

Vorschläge der PDS

Diese Erkenntnis verlangt nach Denkansätzen jenseits der herkömmlichen Muster, die allesamt gescheitert sind oder für die heutige Zeit nicht mehr taugen. Auch wir von der PDS behaupten nicht, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Doch wir meinen:

Erstens: Notwendige Arbeit ist genug da, die die Gesellschaft bräuchte.

Zweitens: Auch Geld ist genug da in dieser Gesellschaft, um diese Arbeit zu bezahlen.

Drittens: Nicht **Arbeitslosigkeit** soll finanziert werden - das geschieht ohnehin mehr schlecht als recht -, sondern **Arbeit**.

Das mag einfach klingen. Aber allein schon die folgende Zahl beweist, daß der Ansatz nicht falsch sein kann: Noch 1990 betragen die Kosten für Arbeitslosigkeit 57,2 Milliarden DM. 1996 beliefen sich diese Kosten schon auf 150 Milliarden. Für 1997 habe ich noch keine Zahl, aber sie dürfte auf jeden Fall noch höher sein. Kann es also so weiter gehen?

Im März hat die Bundestagsgruppe der PDS deshalb einen Antrag in den Bundestag eingebracht unter dem Titel:

**Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einrichten -
Massenarbeitslosigkeit und ihre soziale Folgen bekämpfen**

Unter dieser Maßgabe sind sehr viele konkrete Einzelvorhaben denkbar. Der Antrag ist einige Seiten lang, deshalb nur ein paar Beispiele, die die PDS auch schon öffentlich gemacht hat:

- Auflage eines langfristigen öffentlichen Investitionsprogramms mit Schwerpunkten in den Bereichen Verkehr und Ökologie in Höhe von zehn Milliarden DM für 100.000 Arbeitsplätze. Möglicher Beginn: sofort

- Einrichtung eines "Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben" bei der Bundesanstalt für Arbeit, aus dem der Einstieg in den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) mit 100.000 Arbeitsplätzen finanziert wird. Möglicher Beginn: sofort

- Auflage eines mittelfristigen Ausbildungsprogramms für 100.000 junge Menschen. Möglicher Beginn: sofort

- Erstattung der kommunalen Sozialhilfeausgaben für Arbeitslose, wodurch die Kommunen beschäftigungswirksame finanzielle Spielräume im Umfang von etwa acht Milliarden DM bekommen sollen.

Der erste Grundsatz muß dabei immer lauten: Der ÖBS darf **nicht** zum Abbau von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst und in der mittelständischen Wirtschaft führen. Der ÖBS ist nämlich gerade für solche Aufgaben gedacht, die zwar allgemein als wichtig angesehen werden, aber bisher eben **nicht** finanziert werden konnten. Denn Arbeit, die gemacht werden müßte - da wird wohl jeder zustimmen - ist in jedem Kreis, in jeder Kommune reichlich vorhanden.

Nur einige Beispiele für Betätigungsfelder:

- Beseitigung ökologischer Altlasten
- Renaturierung von Landschaften
- Soziale Dienste

- kulturelle Aufgaben in den Kommunen
 - Umweltschutz
 - sinnvolle Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
 - Begegnungsstätten für Rentner
 - Beschäftigungs- und Begegnungsmöglichkeiten für Behinderte usw.
- Die Liste ließe sich wohl für jeden Ort beliebig fortsetzen.

Finanzierung

Die anderen Bundestagsparteien gingen bisher niemals ernsthaft auf unseren Vorschlag ein. Meistens ohne das Papier überhaupt gelesen zu haben, unterstellen uns aber stets, wir betreiben nur populistische Stimmungsmache, denn wir hätten ja auch keine Rezepte. Man versucht, sie einfach totzuschweigen. Sie können sich dabei auf die allermeisten Medien verlassen, denn dort finden wir auch nur in den seltensten Fällen ein Echo.

Und wenn, dann heißt es in aller Regel: Schön und gut, aber womit soll denn das finanziert werden?

Doch so unmöglich, wie die Sache von der Regierung, auch von der SPD, dargestellt wird, ist sie nicht. Neben dem schon erwähnten Ausgangspunkt, nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit zu finanzieren, wären z.B. als weitere Finanzierungsquellen zu nennen:

- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- Besteuerung spekulativer Gewinne an der Börse (Tobin-Steuer)
- Besteuerung von Erbschaften über 500.000 DM - das betrifft jedoch nicht Einfamilienhäuser und anderes Wohneigentum zur Selbstnutzung
- volle Abschöpfung der Sondergewinne der privaten Großbanken aus den Aktiengewinnen von 1997
- Einmalabgabe auf alle privaten Vermögen über eine Million DM
- effektive Maßnahmen gegen Steuerflüchtlinge
- Beseitigung von Steuerschlupflöchern für Großverdiener usw.

Auch dafür hat die PDS für jeden einzelnen Punkt entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht. Von den Einsparmöglichkeiten im **Rüstungshaushalt** muß man hier vor Euch sicher gar nicht erst reden. Bekanntlich werden allein für den Eurofighter 23 Milliarden DM ausgegeben. Mit den genannten Maßnahmen könnte man die Arbeitslosigkeit sogar mehr als halbieren. Man muß es nur politisch wollen und nicht nur darüber schwatzen wie der Bundeskanzler.

Ohne eine Umverteilung von Vermögen von oben nach unten geht es, wie schon angedeutet, freilich nicht. Aber auch bei den genannten Vorhaben würde noch kein Millionär an den Bettelstab geraten.

Kaufkraft

Fest steht auch, und das leugnet auch kein Politiker oder Wissenschaftler, der ernst genommen werden kann: Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, die in den letzten Jahren erfolgt ist, hat wesentlich zur Krise beigetragen. Bei den unteren Schichten immer mehr zu sparen, kann nun einmal gesamtökonomisch nichts anderes bewirken als den Absatz von Massenbedarfsgütern zu drosseln. Das führt wiederum zu Absatzkrisen, und deren Folgen sind dann Entlassungen. Das wiederum hat weiteren Kaufkraftverlust für die Betroffenen zur Folge - der Teufelskreis setzt sich damit fort.

Daraus folgt: Eine Stärkung der Massenkaufkraft ist auch eine wesentliche und ganz natürliche Voraussetzung für mehr Beschäftigung.

Arbeitszeitverkürzung

Ebenso wie ein Abbau der Erwerbslosigkeit nicht ohne Umverteilung von **gesellschaftlichem Reichtum** denkbar ist, geht es auch nicht ohne die Umverteilung von **Arbeit**. Jahr für Jahr legt der DGB eine Bilanz der Überstunden vor. Davon werden jährlich **Milliarden** geleistet, **bezahlte** wohlgemerkt. Der DGB sagt und Experten von Wirtschaftsinstituten bestätigen das ausdrücklich: Wenn nur die **Hälfte** der bezahlten Überstunden in reguläre Vollarbeitsplätze umgewandelt würde, könnten mehrere 100.000 Vollarbeitsplätze entstehen, bei Teilzeit entsprechend noch mehr.

Aber die Unternehmen lehnen das strikt ab. Es wäre daher schon lange Sache der Bundesregierung, hier regelnd einzugreifen. Doch das hat sie bisher nicht nur in der **Privatwirtschaft** verweigert, auch als Arbeitgeber im **Öffentlichen Dienst** setzt der Staat hier keine positiven Zeichen. Er **könnte** hier aber nicht nur, er **müßte** sogar der Vorreiter sein. Doch er hütet sich aus schlechtem Grund, **selbst** den Beweis dafür anzutreten, daß Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze schafft.

Das ist nicht nur eine **Vermutung** von mir, sondern die Aussage eines ÖTV-Experten. Dieser - Erhard Ott, Koordinator des Tarifsekretariats bei der ÖTV-Hauptverwaltung - rechnete letztes Jahr bei einem Treffen mit dem Bereich Arbeit und Soziales unserer Bundestagsgruppe vor:
 "Der Öffentliche Dienst beschäftigt unmittelbar 3,2 Millionen Arbeiter und Angestellte. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden im unmittelbaren Öffentlichen Dienst würde rein rechnerisch 229.000 Arbeitsplätze schaffen oder sichern. Auch nach einem Rationalisierungseffekt blieben davon mindestens noch 130.000 übrig.

Ähnliche Rechnungen lassen sich natürlich mit spezifischen Umrechnungsfaktoren für jede Branche der privaten Wirtschaft anstellen. Nach Meinung renommierter und von der Regierung und den Unternehmerverbänden unabhängiger Wissenschaftler ist ein Wiederanstiegen der Beschäftigung ohne einen Einstieg in generelle Arbeitszeitverkürzung heute sowieso schlicht undenkbar.

Das ist eigentlich auch völlig logisch. Wenn immer mehr Produkte von immer weniger Menschen produziert werden, wie es gegenwärtig ist, die Zahl der Erwerbsfähigen aber etwa gleich bleibt, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die Arbeitszeit bleibt **gleich**, dann sind immer mehr Arbeitskräfte überflüssig. Oder die betriebsnotwendige Arbeitszeit wird auf **mehr** Arbeitskräfte verteilt, dann **sinkt** die Arbeitszeit für jeden einzelnen.

Deshalb kann man eigentlich nur noch darüber den Kopf schütteln, wenn manche hochbezahlte Vertreter von Wirtschaftsinstituten, die dann auch noch als "**Weise**" gelten wollen, noch immer behaupten, der Arbeitskräfte-Überschuß könne z.B. auch mit **noch mehr Export** gemindert werden. Dabei könnten doch gerade **sie** nachweisen:

- Erstens **ist** Deutschland bereits Export-Weltmeister. Die hohen Export-Steigerungsraten der letzten Jahre haben aber bekanntlich **nicht** zu mehr Beschäftigung geführt.
- Zweitens sind die Märkte derzeit so gesättigt, daß in den meisten Branchen keine so hohen Absatzsteigerungen zu erwarten sind, die gleich zu mehr Beschäftigung führen.
- Drittens leiden die meisten Branchen bereits **jetzt** deutlich unter Überkapazitäten.

Damit ist klar: Mit einem starken Produktionswachstum für den Markt ist weder zu **rechnen**, noch wäre es ein Mittel, um in nennenswertem Maße Leute in Arbeit zu bringen. Es kann also nur darum gehen

- Arbeit umzuverteilen bei keineswegs vollem Lohnausgleich
- und Arbeit zu finanzieren im nichtkommerziellen Sektor (ÖBS)

Wer das ablehnt - die Wirtschaftsverbände verlangen ja sogar ungeniert eine Verlängerung der Arbeitszeit - der will auch keine Senkung der Arbeitslosigkeit.

Was den Lohnausgleich betrifft, so wäre das sicher wieder ein Thema für sich. An dieser Stelle nur soviel: Wir wollen natürlich nicht, daß es weiter Millionen von 620/520-DM-Jobs gibt. Schon jetzt müssen viel zu viele Menschen davon leben. Wir treten ein für eine soziale Grundsicherung von monatlich 1425 DM für jeden Erwachsenen, die erst einmal das Existenzminimum gewährleistet. Für Kinder und Jugendliche sollte es je nach Alter eine entsprechend gestaffelte Grundsicherung geben.

Konferenz der DKP: „150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei“

Das Kommunistische Manifest und der Kampf um Demokratie

Wohlstand für einige, Verzweiflung für viele und Würde für niemanden

Wolfgang Richter

Vor wenigen Tagen las ich, daß Eric Hobsbawm in seinem Vorwort zur neuesten britischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests geschrieben hat: „Was 1848 als revolutionäre Rhetorik erscheinen mochte, kann heute als eine knappe Beschreibung des Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts gelesen werden.“¹

Das legt die Frage nahe, die ich als einen Teil meines Themas betrachte, ob die Charakteristik der bürgerlichen Gesellschaft, der bürgerlichen Demokratie, wie sie Marx und Engels vor 150 Jahren gaben, sich durch die Geschichte bestätigt hat und inwieweit sie auch heute noch Gültigkeit beanspruchen kann. Das Manifest erlaubt uns, auch noch heute gültige Fragen an die kapitalistische Gesellschaft und nach den Möglichkeiten ihrer Aufhebung zu stellen.

Das Manifest wurde in revolutionärer Zeit geschrieben. Es ist und bleibt die bedeutendste Revolutionsschrift der Weltgeschichte. Nach dem Verlauf und der Niederlage der 48er Revolution, erfuhr es alle Fragen, die sich uns heute stellen und die man uns heute stellt - und das ist nicht dasselbe - schon einmal. Und das noch vielfach vor und nach jeder Revolution bis heute. Das sage ich deshalb, weil auch wir in postrevolutionärer Zeit, in Zeiten einer Niederlage leben. Eins kann man aber, wie mir scheint mit Fug und Recht sagen: Die Kapitalismusanalyse von Marx, Engels und Lenin hat sich durch die Zeiten hindurch in ihrem Wesen bestätigt. Das ist möglich, weil der Kapitalismus schon zu Zeiten von Marx und Engels zu seinem Wesen gefunden hat, was dem Sozialismus bis heute noch nicht gelang. Bestätigt und immer nur noch notwendiger erwiesen, als wir es selbst gemeistert hatten, hat sich nach wie vor auch ein materialistisches und dialektisches Herangehen an die Analyse des Geschichtsprozesses. Es bleibt der Geist der Aufklärung gültig, der dieses kapitalistische System in seiner Ganzheit - und nur darauf und nicht auf einzelne seiner Momente ist der Vernunftbegriff anwendbar - als nicht mehr der Vernunft entsprechend denunziert. Es entsteht Not, ein Mangel an Sinn, wie ihn F. Fukuyama artikuliert. Es entsteht eine Lage, in der die „Not gewendet“ werden muß. Das kann nur eine Revolution tun, die die kapitalistische Gesellschaft überwindet. Marx als eifriger Hegelschüler hat nach dem Studium der Philosophie des Rechts ebendiesen Begriff der Notwendigkeit Hegels im Auge gehabt hat und nicht den des mechanischen Determinismus, den er vielmehr heftig kritisierte, wenn er von Notwendigkeit spricht. Hegels Vernunftbegriff ist ein Begriff der Selbsterneuerung, des Werdens, des „Durchsichselbstseins“, ein Begriff, der implizierte: „Was vernünftig ist, das ist nun freilich auch notwendig., was notwendig ist, muß wirklich sein oder doch werden.“²

Man wirft dem Schulmarxismus eine mechanistische Determinismuskonzeption zu recht vor. Doch steht auch er damit nicht vor wissenschaftsuntypischen Problemen. Die Selbstorganisationstheorie z.B. hat in den letzten Jahrzehnten das Fundament der Welt, wie Prigogine schreibt, infrage gestellt. „Es wird ... noch einige Jahrzehnte dauern, bis sich eine gemeinsame Struktur herausgebildet hat für all diese fragmentierten Dinge, die wir kennengelernt haben.“³ Und die Welt ist komplexer geworden seit Marx und Engels, dissipative Strukturen lassen sich vermuten und finden. Als Wissenschaft wird der Marxismus diesen Weg der einigen Jahrzehnte gehen müssen. Als revolutionäre Bewegung sollte er mißtrauisch sein gegen all jene, die hurtig nur auf ein Neues rufen und sofort wissen, wie es weitergeht.

Damit komme auch ich zu einer zweiten Frage, vor die ich mich in den letzten Jahren immer wieder gestellt sehe. Wie haben die Ostdeutschen den Prozeß ihres Beitritts erfahren. Wie haben sie Demokratie und Freiheit erlebt. Kurz gesagt, als Kolonialisierung, nicht aber als Selbstbestimmung ihres Geschicks. Die Jahre nach dem Beitritt waren vielmehr die größte antidemokratische Lektion, die sie nach dem Faschismus erfahren haben.

Drittens möchte ich zu den Möglichkeiten des Kampfes um Demokratie in der Bundesrepublik etwas sagen. Die Fragestellung ist provokant angesichts der Selbstgerechtigkeit und Militanz, mit der die Bundesrepublik anderen Ländern Demokratie- und Menschenrechtshilfe anbietet. Sie ist doppelt pro-

¹ Eric Hobsbawm, In: Neues Deutschland, 17.2.1998 S.2

² Friedrich Engels, Schelling und die Offenbarung. In: MEW, Ergänzungsband 2, Berlin 1977 S. 180

³ Ilya Prigogine, Dialektik im Gespräch. In: Altner (Hrsg.) Die Welt als offenes System. Frankfurt a. Main 1984, S. 176

vokant, wenn ein Ostdeutscher sie aufwirft, denn die DDR war in den Augen der Bundesregierung eben ein antidemokratisches, rechts- und menschenrechtsverachtendes System. Ohne Zweifel gab es in der DDR große Probleme in einer jahrzehntelangen Periode erbitterten Krieges zwischen den Systemen die Macht zu erhalten. Wo die ökonomischen Mittel fehlten wurde neben der immer als vorrangig betrachteten Erziehungs- und Überzeugungsarbeit, neben Agitation und Propaganda auch unterschiedlicher außerökonomischer Zwang eingesetzt. (Allerdings war die dahinter stehende Ideologie nicht unähnlich der Position bedeutender Aufklärer und Humanisten wie de Saint Exupery, der sich zur Gesellschaft verhalten wollte wie ein Gärtner - und das hieß eben zu jäten und das Unkraut auszureißen.) Hier will ich mich vor allem zu außerparlamentarischer Arbeit äußern, die im Marxismus weit weniger ausgearbeitet wurde als die Staatstheorie.

Ich werde mich anlässlich einer Veranstaltung zu Ehren des 150. Jahrestages des Manifests nicht so sehr bemühen nachzuweisen, daß viele Antworten auf die Demokratiefrage heute anders ausfallen müssen als im 19. Jahrhundert, was wohl mehr als selbstverständlich ist, sondern daß grundlegende Antworten gleich geblieben sind, was heute oft angesichts von Anpassung und Selbstverleugnung auf der Strecke bleibt.

Zu 1.) Vor allem scheint mir bemerkenswert zu sein und nicht ohne aktuelle Bedeutung, daß Marx und Engels mit dem Manifest Abschied von bis dahin domimierenden Illusionen der Arbeiterklasse und auch von eigenen Illusionen nahmen. Als sich im Juni 1847 in London der „Bund der Gerechten“ in „Bund der Kommunisten“ umbenannt hatte und die Losung „Alle Menschen sind Brüder“ in „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ wandelte, war damit die Utopie, die heroische Illusion der bürgerlichen Revolution abgelegt worden. Dennoch, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, einer gerechten Republik etc. wie sie der Bund gestellt hatte, transzendierte die bürgerliche Gesellschaft, trieb über sie hinaus. Nur das kann m. E. für Marxisten der Sinn solcher Losungen sein. Marx und Engels, die als entschiedene Demokraten für Volkssouveränität eintraten und auch in der 48er Revolution eintreten sollten, akzeptierten die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr als demokratisch, wie viel für die bürgerliche Demokratie ihnen auch zu tun schien. Sie traten in allen praktischen Parteifragen, wie Engels schrieb, als Demokraten auf und wollten keine nutzlosen Streitigkeiten mit bürgerlichen Demokraten (die sie einfach Demokraten nannten), angesichts der großen Aufgaben der bevorstehenden bürgerlichen Revolution. Bündnispolitik ist bei ihnen aus partieller, wenn auch wesentlicher Interessengleichheit abgeleitet. Das ist fern jedes Sektierertums und könnte heute auch ein Wahlbündnis wie z.B. die Erfurter Erklärung tragen. Doch Marx und Engels waren zugleich der Meinung, daß „die Demokratie ... in allen zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge“ hat.⁴

Für die Kommunisten selbst hat das die Konsequenz, wie im Manifest dargelegt, schon die Er kämpfung der bürgerlichen Demokratie als eine Aufgabe der Arbeiterklasse zu betrachten, als „ersten Schritt in der Arbeiterrevolution“⁵ Der stolze Satz: „Demokratie, das ist heutzutage der Kommunismus“ soll denn auch die bürgerlichen Klassenschranken der Demokratie aufzeigen, ohne den Kampf um Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaft gering zu schätzen. Doch während die Klassen gebundenheit ihrer Demokratie von den bürgerlichen Politikern heftig abgestritten und von vielen ihrer Theoretiker eifrig attackiert wird, wird eine Seite der Marx-Engelsschen Demokratietheorie, die sich mit diesem Satz verbindet, daß Demokratie heutzutage Kommunismus sei, ebenso eifrig verschwiegen. Engels schrieb nämlich unmittelbar davor: „Die französische Revolution war von Anfang bis Ende eine soziale Bewegung, und nach ihr ist eine rein politische Demokratie vollends ein Unding geworden.“⁶

Das ist der von Engels genannte Hauptgrund, weshalb mit der französischen Revolution auch die über 2000 Jahre währende Periode endete „Demokratie begrifflich begrifflich und ausschließlich formal als eine Staatsform zu fassen.“⁷ Die Forderung, Demokratie als soziale Bewegung zu betrachten schließt im Kontext die Forderung an Demokratie nach Einheit von politischen und sozialen Menschenrechten, wie wir heute sagen würden, ein. Ein Defizit, das auch heutige Demokratietheorien mit sich herumtragen. Ralf Rytlewski resümierte als Fazit des Kongresses der DVPW (Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften) erst jüngst: „Immerhin rechnet die umverteilt egalisierende Wohlfahrtspolitik nicht zum allseits akzeptierten Normenbestand westlicher Demokratie.“⁸ Marx und Engels aber unterstützten - und viele ihrer Freunde nahmen teil - unmittelbar nach den großen

⁴ Friedrich Engels, Die Kommunisten und Karl Heinzen. MEW 4 Berlin 1974 S. 317

⁵ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4 Berlin 1974 S. 481

⁶ Friedrich Engels, Das Fest der Nationen in London. MEW 2 Berlin 1974 S. 613

⁷ Lars Lambrecht, Demokratie. In: H. J. Sandkühler (Hrsg.) Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd.1, Hamburg 1990 S. 516

⁸ Ralf Rytlewski, Eine Kultur des Westens? In: Tagesspiegel 21.10.1997

Kämpfen der 48er Revolution einen 2. Demokratenkongreß, der am 23./24. Oktober 1848 in Berlin stattfand und ein weitreichendes Menschenrechtsprogramm annahm. Es beginnt mit zwei Paragraphen, die programmatisch sind.

„1. Der Zweck jedes politischen Gemeinwesens ist die Wahrung der natürlichen und unverjährenen Rechte des Menschen und die Entwicklung aller seiner Fähigkeiten.

2. Die wichtigsten Menschenrechte sind die, für die Erhaltung seiner Existenz und seiner Freiheit zu sorgen.“ Das war eine deutliche Position hinter die auch heute noch das Menschenrechtsverständnis - und ausdrücklich auch: Demokratieverständnis - der sog. entwickelten kapitalistischen Staaten entschieden zurückbleibt.

Marx und Engels zogen aus dem Verlauf und insbesondere aus der Niederschlagung der 48er Revolution, auch den Schluß, daß eine Diktatur des Proletariats notwendig errichtet werden muß, soll die Revolution siegreich sein. Für Marx waren Demokratie und Diktatur nicht unüberwindbare Gegensätze. Das ergab sich nicht nur daraus, daß für sie die Arbeiterklasse und die von ihr vertretenen sozialen Gruppen die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Die Diktatur des Proletariats war für sie auch legitimiert durch die historische Mission der Arbeiterklasse als Subjekt des historischen Fortschritts. Ich möchte hier nur auf Fragen verweisen, die allesamt gründlichster theoretischer Bearbeitung bedürfen, wie das Verhältnis von Demokratie und Diktatur, Reform und Revolution, revolutionäres Subjekt und Arbeiterklasse, Partei und außerparlamentarischer Kampf und viele mehr. Auch theoretisch - so scheint mir - sind wir noch weit von der notwendigen Radikalität der Fragestellung entfernt, wie eine sozialistische Gesellschaft wieder möglich wird. Aber wir leben in einer Zeit schärfster Attacken, um die sozialistische Idee nach der Niederlage des Sozialismus endgültig den Garaus zu machen. Niemand kann uns abverlangen, uns nicht mit dem für sicher gehaltenen oder auch erwiesenen Wissen, unserer Haut zu wehren. Das schließt ein, der westlichen Demokratie ihren Heiligenschein zu rauben. Dazu verhilft die marxistische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft ganz allgemein, wie sie im Manifest erfolgte, wie auch die Analyse ihrer aktuellen Herrschaftsformen, die keineswegs der Mittel von Diktaturen entsagen und alle Beschwörungen von Klassenharmonie ad absurdum führen. Es gibt keinen Zeitabschnitt in den letzten 150 Jahren, in denen nicht neben aller Apologetik, selbst führende Theoretiker der Bourgeoisie die Krisenhaftigkeit und Ausgehöltheit der bürgerlichen Demokratie konstatiert hätten. Auch am Ende des 20. Jahrhunderts wird keine andere Diagnose gestellt. Sei es in dem repräsentativen Sammelband „Demokratie am Wendepunkt“ 1996, der mit namhaften Autoren aus aller Welt eine Prognose der gegenwärtigen Demokratieentwicklung gibt, sei es die Lektüre von Bestsellern wie F. Fukuyamas Ende der Geschichte oder S. Huntingtons Kampf der Kulturen.

Natürlich gibt es vornehmlich eine Tendenz, die „relative Überlegenheit der westlichen Demokratien in allen Policy-Domänen“ nachzuweisen.⁹ Andererseits kommt man nicht umhin mit Putnam festzustellen: „Grundsätzlich läßt sich sagen, daß die Bürger in den meisten trilateralen Demokratien heute sehr viel unzufriedener mit den Leistungen der politischen Institutionen sind als noch vor 20 Jahren.“¹⁰ Wenn wir diese Tatsache in ihren historischen Kontext stellen, könnte man vermuten, daß der real existierende Sozialismus ein Stimulus für die bürgerliche Demokratie war, nicht hinter seinem Standard zurückzubleiben, ein Stimulus, der jetzt wegfiel. Das sagt vielleicht mehr über Demokratie und Sozialismus aus, als zehn Enquetekommissionen des Bundestages. Um nicht falsch verstanden zu werden: Der Sozialismus war unter anderem auch nicht demokratisch genug angelegt, für eine ihm gemäße Entfaltung. Die bürgerliche Demokratie z.B. der Bundesrepublik jedoch war und ist ihm allein schon wegen ihrer Beherrschung durch das Kapital, das Geld, ihre Politik im Interesse des Kapitals unendlich unterlegen. Eine Gesellschaft, die ihre Werte nicht an den Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft mißt, nicht an den Obdachlosen und Sozialhilfebedürftigen, kann keine ungebrochene demokratische Gesinnung für sich reklamieren.

Von führenden Sozialwissenschaftlern wird übergreifend festgestellt, daß die Demokratie am Ende des Jahrtausends durch zwei Tendenzen charakterisiert und infrage gestellt wird, die nichts anderes sind als Tendenzen der Weltentwicklung nach dem Niedergang des sozialistischen Lagers. So z.B. Benjamin R. Barber. Zum einen geht es darum, daß die „Demokratie“ ihre Unfähigkeit zur zivilen Vermittlung der weltweit existierenden oder neu aufbrechenden Interessenkollisionen zeigt. Barber spricht von einer „Rückentwicklung großer Teile der Menschheit durch Krieg und Blutvergießen: eine drohende Balkanisierung der Nationalisierung, in deren Verlauf sich Kultur gegen Kultur, Volk gegen Volk, Stamm gegen Stamm stellt.“ Ein Dihad, ein heiliger Krieg gegen jede Form der Abhängigkeit

⁹ Michael Th. Greven, zit. nach R. Rytlewski, a.a.O.

¹⁰ Robert D. Putnam, Symptome der Krise. Die USA, Europa und Japan im Vergleich. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.) Demokratie am Wendepunkt. Berlin 1996 S. 55

wird das genannt. Die Herausbildung unzähliger lokaler Kulturen ist damit verbunden.¹¹ Samuel P. Huntington sieht darin sogar die Hauptgefahr der Zukunft. Birgit Mahnkopf sieht das als zwei Seiten ein und derselben Medaille. Zwar fördere gegenwärtig die marktorientierte Globalisierung eine Angleichung separater sozialer Welten, jedoch um den Preis des Insistierens auf lokale Verschiedenheit, womit Ausgrenzungen aller Art und neue Nationalismen und Chauvinismen einhergehen.¹²

Das gilt auch im Prozeß der Beharrung auf globalen Interessensphären und globaler Herrschaft, wie es dem Streben nach einer Pax americana entspricht. Denn die „großen Nationen“- so wird diagnostiziert, seien weltweit weniger als in der Vergangenheit imstande, ihre traditionellen - auf dem geistigen Sog ihrer Wertegemeinschaft basierenden - Machtressourcen zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen. Sie könnten deshalb andere Länder immer weniger dazu bringen, selbst zu wollen, was sie wollen. Die 'sanfte Macht' ihrer Ideen wirke nicht mehr. Deshalb sieht Nye „ein breites Umsichgreifen von harter Macht in der Welt“, d.h. von auf wirtschaftlicher und militärischer Basis beruhender Befehlsmacht.¹³ Das multilaterale Abkommen zum Schutz von Investitionen (MAI) ist nur ein neueres Beispiel.

Das sind Tendenzen eklatant kumulierender Demokratiedefizite der internationalen Beziehungen. Demokratie wird auf dem Altar der Globalisierung geopfert. Demokratiedefizite können aus marxistischer Sicht nicht anders gemessen werden als in sinkender Souveränität der Völker und Staaten, ihren Platz in der Weltgemeinschaft selbst zu bestimmen sowie in sinkender Fähigkeit, das Wohl, die Lebenslage ihrer Bevölkerung, oft der Ärmsten der Armen zu verbessern. Doch die Einkommensschere zwischen den reichsten und ärmsten Staaten der Welt klafft immer weiter auf. Ein den Interessen des größten Teils der Menschheit diametral entgegenwirkender Prozeß.

Die gleichzeitig sichtbare Tendenz zur Unifizierung der Kulturen durch Integration und Einheitlichkeit, erzeugt durch Kommunikation, Information, Unterhaltung und Handel¹⁴ wirkt gewissermaßen unterhalb der so beschworenen Ebene gemeinsamer Werte und gleichen das Sinndefizit, das Geschichte zunehmend produziert, nicht aus.

So seien der Weltentwicklung in Wirklichkeit Freiheit und Demokratie immer gleichgültiger, da sie „im Würgegriff postnationaler Unternehmen sei“¹⁵

Resigniert fragt Barber: „Gibt es denn überhaupt ein transnationales, demokratisches 'Wir', das sich aus dem 'Mein' der unzähligen Konsumenten und dem 'Ich' der Körperschaften herausfiltern läßt, die die globale Ökonomie ausmachen? Die Märkte verschaffen uns die Güter, aber nicht die Lebensweisen, die wir uns wünschen: Wohlstand für einige, Verzweiflung für viele und Würde für niemanden.“¹⁶ Erinnert uns diese Beschreibung nicht an Gesellschaftszustände, die das Manifest mit Sätzen wiedergab, wie diesen: „Anhäufung von Reichtum in den Händen von Privaten“, die Produktion der „money lords“, von denen Engels so oft aus England berichtete. Oder die Beschreibung der verzweifeltsten Lage der unterdrückten Klasse, ihrer „knechtischen Existenz“¹⁷ in der sie nichts zu verlieren hat als ihre Ketten bzw. auch an die Bemerkung, daß die Bourgeoisie „die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst“ hat.¹⁸

Barber ahnt hier durchaus, daß die Produktionsverhältnisse, das ihrer kapitalistischen Form gemäße 'Mein', die Grenze wenn nicht Schranke der Demokratisierung internationaler sowie nationaler Verhältnisse darstellen. Er schildert die Märkte als befallen von den „Viren des Monopols und der ansteckenden Gier“¹⁹ Diese Märkte sind ebensowenig demokratisch wie das Privateigentum an Produktionsmitteln. Und wer beides für unabänderlich hält, der sollte diese Situation nicht noch adeln durch solche Begriffe wie Demokratie und Freiheit.

Daß das Privateigentum an Produktionsmitteln eine Schranke der Demokratie ist, lesen wir heute nicht nur bei Marx und Engels. Marx hatte im Manifest die Aufhebung des Privateigentums, der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln gefordert, auch weil er in ihrer Vergesellschaftung die *conditio sine qua non* demokratischer Verhältnisse erblickte. Das bleibt die m.E. eine grundlegende Forderung. Er sprach das große Wort aus, daß die Kommunisten ihre Theorie in einem Ausdruck zusammenfassen können, „Aufhebung des Privateigentums“.²⁰ Wenn das nicht mehr

¹¹ Benjamin R. Barber, Kann die Demokratie Mc World überleben? In: Weidenfeld, Werner a.a.O. S. 81

¹² Birgit Mahnkopf zit. nach Rytlewski, Ralf, a.a.O.

¹³ Joseph Nye, zit. nach: Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. München 1996 S. 137

¹⁴ Benjamin R. Barber a.a.O. S.81

¹⁵ Ebenda S. 86

¹⁶ Ebenda S. 91

¹⁷ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest a.a.O. S. 473

¹⁸ Ebenda S. 465

¹⁹ Benjamin R. Barber a.a.O. S. 91

²⁰ Karl Marx/Friedrich Engels Manifest a.a.O. S.475

stimmt, dann ist der Marxismus gescheitert und nicht nur der reale Sozialismus.

Ich sehe aber kein vernünftiges Motiv von dieser Forderung abzugehen oder sie bis zur Unkenntlichkeit zu modifizieren. Zumal sich die Rolle des Eigentums bis in die jüngste Geschichte als harter Kern der Klasseninteressen erwies, so auch in der historischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Die Aneignung der DDR durch die BRD war zugleich ihre Enteignung. Heute sind die Ostdeutschen die Bevölkerung Europas, der am wenigsten von dem Territorium auf dem sie lebt gehört. „Ich kenne kein Volk auf Erden, das so enteignet worden ist“, sagte Egon Bahr.²¹

Daß das nicht auf der Basis der Freiwilligkeit möglich war, daß Ostdeutsche sich nicht freiwillig meldeten, um in geordneter Formation ihr Vermögen und Anteilsvermögen zu übereignen, ist wohl selbstverständlich. Als Trost gewissermaßen hörten wir auf zahlreichen Konferenzen nach dem Ende des Sozialismus, das einzige, wozu die Demokratie sich nicht eigne, sei ihre Einführung. Das war eine unüberhörbare Drohung. Klaus von Beyme beschrieb es rückblickend so, man mußte einen kurzen deutschen Sonderweg wählen, um einen langen deutschen Sonderweg zu vermeiden. Das hieß eben 'kurzen Prozeß machen'. Dabei sei man „hart gegen sich selbst und brutal gegen andere“ gewesen.²² Das ist die Begründung einer Diktatur der Bourgeoisie, ohne sie so zu nennen, von Leuten die eine Diktatur des Proletariats immer schon deshalb ablehnten, weil sie als eifrige Demokraten angeblich gegen jede Art von Diktatur sind. Noch heute erlebe ich, daß Leute, die öffentlich bedauern, daß 1989 in der DDR das „Abhacken der Köpfe“ versäumt worden sei, sich als eifrige Protestierer gegen die Todesstrafe in China betätigen. Nicht gleichermaßen gegen die Todesstrafe in den USA. Es geht nicht um allgemein-demokratische Werte dabei, die man wahren will. Es geht darum, wer hackt und wem wird abgehackt. Unentwegt wird DDR-Geschichte aufgearbeitet und die DDR verteufelt, daß sie 1968 den Einmarsch der SU in die CSSR begrüßte, obwohl sich dort - zumindest nach einer Lesart - gerade der Sozialismus erneuerte. Als aber in der DDR der Sozialismus sich zu erneuern drohte, da fiel Kohl mit seinem gesamten Gewicht und schließlich die DM nicht weniger brutal in die DDR ein und verhinderte jedwede Erneuerung des Sozialismus schon in Ansätzen. Das war natürlich in Ordnung. Als man in den westlichen Medien die Forderung auf der Luxemburg - Liebknecht - Demonstration kolportierte, daß Freiheit die Freiheit der Andersdenkenden sei, da hatten schon die Kommentatoren gewiß keine Zweifel daran, daß ihre eigene Regierung im Notfall Berufsverbote für mehr als eine Million Menschen in der Tasche hat, sollte man ihrer habhaft werden. Und das eben ist es, weswegen Marx und Engels schon im Manifest die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen nannten. Und weshalb der Gedanke der Diktatur wohl auch heute jedem nahegelegt wird, der den Umgang der Bundesrepublik mit der DDR erlebte.

Zum anderen erfuhren wir nach der Wende auch sehr schnell, daß es nun vorbei sei mit dem Dialog, der unter den undemokratischen DDR-Verhältnissen nötig gewesen sei. Jetzt sei Einübung in die Demokratie gefragt und das sind Selbstkritik, Zerknirschung, Anpassung und Duldung sowie Vertrauen in die Bundespolitik. Je schneller uns die Selbstdistanzierung gelinge, desto besser für uns. Selbstzerstörung der Persönlichkeit heißt diese Art Programmauflage und Rezeptur der Kolonialisierung. Schließlich sind wir alle nicht als 'Persönlichkeiten' willkommen sondern als Deutsche. Wir sind sogar das Gegenteil von Persönlichkeiten. Wir waren nach Gaucks wiederholten Auslassungen nur Untertanen, gehorsame Zöglinge, verletzt, beschädigt und krank, ohne Individualität und Selbstbestimmtheit. Ungeeignet für die Demokratie, weshalb man sie vor den Ostdeutschen schützen mußte. Aber wie konnte man die Ostdeutschen nur von ihrem krankhaften Willen zurückhalten, sich in die Einheit einbringen zu wollen? Indem man ihnen das moralische Recht dazu abspricht, angesichts alles dessen, was sie in der deutschen Geschichte alles angestellt hatten. Denn die DDR war doch nur ein widerrechtlich stattgefunder Bestandteil der Geschichte der Bundesrepublik. Man verunglimpfte all das, was ihr Lebenssinn war, ihre sozialistische Revolution. Man nahm ihnen ganz in Orwellscher Art ihre Intelligenz und ihre geistigen Institutionen, um ihnen die Möglichkeit zu rauben sich noch mit sich selbst über sich selbst verständigen zu können. Man setzte die vierte Macht, die sog. Mediendemokratie dazu ein, die Diskriminierung pausenlos zu wiederholen und ließ dabei ein Metronom unentwegt 'Unrechtsstaat' ticken, um alle, die 'Einheit wozu?' fragten von vornherein und öffentlich ins Unrecht zu setzen. So erlebten wir ganz ähnliche Mechanismen, wie sie die Bourgeoisie auch nach der 48 er Revolution einsetzte. Während die Ostdeutschen mit rigiden Maßnahmen unterdrückt wurden, fanden Colloquia über den Umgang Spaniens mit der Franco-Diktatur sowie über Versöhnungsstrategien in Südafrika statt. Man sollte sich an diese Strategie erinnern. In seiner Artikelreihe in der Neuen Rheinischen Zeitung 'Berliner Debatten über die Revolution' zitierte Engels Hansemann. „Das Vertrauen muß wieder hergestellt werden!“ ruft er aus.“ Engels dazu: „Und das beste Mittel zur

²¹ Egon Bahr, zit. nach: Jochen Loreck: Egon Bahr in der Rolle des Seelendoktors 'enteigneter' Ostdeutscher. In: Kölner Stadtanzeiger 22.5.96

Wiederherstellung des Vertrauens ist die Verleugnung der Revolution“ Weiter Hansemann: „Ich beschwöre sie die Eintracht unter allen Klassen zu fördern!“ Engels dazu: „Indem man den Klassen, die die Revolution gemacht haben, einen Schimpf antut“.²³

Dieser Schimpf ist in hohem Maße der Angriff auf die Würde der Ostdeutschen, auf ihre Geschichte und Biographien, auf ihr Eigentum und andere für sie bis dahin als eigentumsgleiche Rechte erprobte soziale Sicherheiten wie das Recht auf den Arbeitsplatz und Lehre, für Frauen das Recht auf den eigenen Körper, das Recht auf Bildung und Kultur. Es ist die Einschränkung politischer Freiheitsrechte wie des freien Zugangs zum öffentlichen Dienst, zu Bildung und Lehre, das Recht auf Eigentum, das durch die Forderung : Rückgabe vor Entschädigung aufgehoben wurde, Verletzungen der Wertneutralität der Rente, des völkerrechtlich verankerten Rückwirkungsverbots und der Gültigkeit von Verjährungsfristen etc.

In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, wie die aus einer Diktatur kommenden Ostdeutschen die Demokratie empfinden und welche Hoffnungen sie in sie setzen.

Die allgemeine Feststellung der mir zugänglichen soziologischen Untersuchungen zeigt, daß die Ostdeutschen - und zwar von Jahr zu Jahr mehr - von der Demokratie in der Bundesrepublik enttäuscht sind. Zufrieden waren mit der Demokratie in der Bundesrepublik 1995 noch 18%, 1997 aber nur noch 11%. Nur 38% der Ostdeutschen stimmen sowohl 1995 wie 1997 der Aussage zu: Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben. Bei den Westdeutschen sind es immerhin 63 bzw. 59 %.²⁴ Bei einer Umfrage unter ostdeutschen Intellektuellen ergaben sich 1995 folgende Werte bei folgenden Fragen: Ich habe den Eindruck in der Gesellschaft mitbestimmen zu können, was passiert: 2,5% Die Demokratie hat mich nach 1990 sehr befriedigt 0,8%. Es hat sich mit der Wende an der Mitbestimmung nichts geändert 31,2% und Ich kann weniger denn je mitbestimmen, weil nur das Geld etwas zu sagen hat 86,3%.²⁵

Deutlich ist allerdings auch ein Zusammenhang zwischen Wertpräferenzen der Ostdeutschen gegenüber Westdeutschen und ihren Erwartungen von Demokratie. Da Ostdeutsche weit häufiger soziale Gerechtigkeit für das Wichtigste in einer Gesellschaft halten als Westdeutsche (67 zu 36 %) und weit seltener persönliche Freiheit für das Wichtigste halten (19% zu 50%)

Wenn wir uns die Frage stellen, wie der Kampf um Demokratie in diesem Land zu führen ist, so möchte ich wegen der Kürze der Zeit nur zwei Probleme kurz nennen. Erstens halte ich den außerparlamentarischen Kampf für äußerst wichtig, noch mehr die Vernetzung aller außerparlamentarischen Aktivitäten. In Ostdeutschland existiert z.B. das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden. Es bildete sich in Berlin das Sozialbündnis. Außerdem gibt es die Gruppe Euromarsch. Dann hat sich ein Bündnis aus der Maastricht-No-Bewegung gebildet. Parallel gibt es ein Bündnis gegen MAI. Etabliert sind die Vereinigungen von je 40 bis 50 NGOs, das Forum Menschenrechte und der Weltsozialgipfel. Die Arbeitsloseninitiativen bilden mit den Gewerkschaften einen Protestzusammenhang, der auf die Straße geht. Hinzu kommen aus früheren Zeiten überkommene Strukturen wie Friko und Spak, das Europäische Bürgerforum und außerdem jetzt noch die Erfurter Erklärungsinitiative. Aus all diesen Initiativen, die nicht nur Gemeinsamkeiten sondern auch Berührungspunkte und gegenseitige Abneigungen haben, könnte etwas erwachsen, was eine hohe Autorität hätte im Kampf um die Rechte der Menschen, wenn es eine Idee aufgriffe, die es weltweit gibt, die aber nirgendwo sich etabliert hat, die Idee einer dritten Kammer. Sie müßte übertriebenen Zentralismus vermeiden, einen bunten und vielgestaltigen zugleich konstruktiven, kreativen und professionellen Widerstand leisten

Doch wie für den Kampf der kapitalistischen Staaten um Hegemonie die Frage der Ideologie steht, die von sich aus andere Kräfte und Staaten anspricht, ihr entsprechend zu handeln, so steht die Frage auch für die Gegenkräfte. Zumindest aber zeichnet sich schon das Kampffeld ab. Auf einer Tagung der Adenauer-Gesellschaft hörte ich den nur auf den ersten Blick verblüffenden Satz, die Menschenrechte seien die Ideologie des postkommunistischen Zeitalters. Das halte ich für eine ernsthafte Herausforderung. Ich erinnerte mich bei dieser Sentenz an eine Bemerkung von Norbert Elias: 1985 schrieb er anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des 2. Weltkriegs: „Es ist ermutigend, daß die Regierung eines so starken Militärstaats, wie es die USA sind, sich mit so großer Entschiedenheit

²² Klaus von Beyme, Der kurze Sonderweg Ostdeutschlands zur Vermeidung eines erneuerten Sonderwegs. In: berliner journal für Soziologie H. 3/96 S. 306

²³ Friedrich Engels, Die Berliner Debatte über die Revolution, MEW 5 Berlin 1959 S. 77

²⁴ Elisabeth Noelle-Neumann In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12. 1997

²⁵ Wolfgang Richter, Wie denken ostdeutsche Rentner? In: Icarus H.4/96 S. 7

für die Menschenrechte einsetzt. Aber ähnlich, wie die Parole des Kampfes für die menschliche Gleichheit und gegen Unterdrückung in der sowjetischen Propaganda im wesentlichen für den Export bestimmt ist, so ist wohl auch der Einsatz der amerikanischen Regierung für die Menschenrechte vor allem für den Export bestimmt. So ernst diese Zielsetzung auch zu nehmen ist, man kann sich des Verdachts nicht erwehren, daß sie von dieser Regierung vor allem zur Festigung des Anspruchs auf eine Vormachtstellung unter den Staaten der Erde gebraucht wird.²⁶

Die Frage, welche Werte sollten diese so heterogenen Vernetzungen einbringen, kann man vielleicht mit dem Kampf um Menschenrechte kurz umschreiben. Ich glaube, die Menschenrechte transzendieren ebenso die kapitalistische Gesellschaft wie die Sinnfrage. Sie bewirken etwas im aktuellen Kampf und ermöglichen uns, auch die grundsätzlicheren und leider wahrscheinlich auch ferneren Ziele gleichzeitig in Angriff zu nehmen.

²⁶ Norbert Elias, *Humana conditio*. Frankfurt a. Main 1985 S. 100

Konferenz der DKP

„150 Jahre Kommunistisches Manifest“

Das Kommunistische Manifest und der Kampf um Demokratie

Detlef Fricke

Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest "Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die **eine** gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt."

Wir erleben sie, die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung - mehr als 5 Millionen Arbeitslose in unserem Land - Massenarbeitslosigkeit, Verelendung von Millionen Menschen nach dem Finanzcrash in Asien - die Schraube wird angezogen in den Betrieben und Verwaltungen, der Markt wird in die Betriebe geholt, die Zukunftsvision der Unternehmer: "Jeder Arbeiter ein eigenes Profitcenter, wer sich nicht rechnet, geht" - nach Zeiten der gezwungenen politischen Rücksichtnahme durch die Existenz des realen Sozialismus, in einer Phase der relativen ökonomischen Stabilität, werden die Marktgesetze in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt; "20 % der Menschen in der Gesellschaft sind gesellschaftlich notwendig, weil sie produktiv sind, der Rest überflüssig"? - so neue Gesellschaftstheoretiker in den USA - "wir informieren unsere Verbündeten, die Entscheidung, ob wir militärisch eingreifen, treffen wir" - so die amerikanische Außenministerin Albright zu Beginn der jüngsten Irak-Krise - 30.000 Polizisten und BGS-Beamte prügeln den Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben - gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung eines ganzen Landstrichs. = die Herrschaft einer Minderheit - undemokratisch. Auf der anderen Seite: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" der Kampftruf der bürgerlichen französischen Revolution. Gleiches Wahlrecht für alle Menschen, Organisations-, Versammlungs-, Meinungsfreiheit - teilweise gegeben, teilweise erkämpft in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Die heutige Ausdrucksweise: "Wenn Ihr den Kohl nicht mehr wollt, könnt ihr ihn ja abwählen" oder früher manchmal an Infoständen zu hören: "hier - im Westen - kann ich wenigstens meine Meinung sagen, ich weiß ja, daß das nichts ändert, drüben - in der DDR - kann ich noch nicht einmal das" oder die Auseinandersetzungen innerhalb der PDS - jüngst dokumentiert im Gespräch mit Jens Uwe Heuer - über "Ankommen" in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, über Grundgesetz und Demokratie. Die Auseinandersetzung um "die Demokratie" scheint für uns Kommunisten, für die sozialistischen Kräfte keine einfache Sache zu sein.

Ich möchte zu 4 Aspekten - auch als Anregung für die Diskussion - einige Gedanken - bereits gedachte und eigene - beisteuern:

1. Demokratische Freiheiten in der bürgerlichen Gesellschaft
2. Kampf um soziale und demokratische Rechte im Kapitalismus
3. Revolutionäre Umgestaltung und demokratische Rechte
4. Wo stehen wir heute - was heißt "Kampf um Demokratie" auch für die Arbeiterbewegung?

1. Demokratische Freiheiten in der bürgerlichen Gesellschaft Friedrich Engels in "Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei"

"Selbst in dem äußersten Fall, daß die Bourgeoisie, aus Furcht vor den Arbeitern, sich unter der Schürze der Reaktion verkriechen und an die Macht der ihr feindlichen Elemente um Schutz gegen die Arbeiter appellieren sollte - selbst dann wird der Arbeiterpartei nichts übrig bleiben, als die von den Bürgern verratene Agitation für bürgerliche Freiheit, Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht trotz der Bürger fortzuführen. Ohne diese Freiheiten kann sie selbst sich

nicht frei bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat." So schlicht, einfach und eindeutig ist unsere Position zu demokratischen Rechten der bürgerlichen Gesellschaft. Wir treten für sie ein - weil sie ein grundlegender historischer Fortschritt gegenüber allen vorangegangenen Epochen sind, - weil sie eine Voraussetzung für weiteren gesellschaftlichen Fortschritt darstellen, - weil das Menschenbild der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" unser Bild von einer zukünftigen Gesellschaft ist.

2. Kampf um soziale und demokratische Rechte im Kapitalismus.

"Großangriff auf die Menschenrechte" so die Überschrift eines Kapitels aus unserem Aktionsprogramm. "Da die Förderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des auf Weltmarktexpansion orientierten Kapitals die alles überragende Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik ist, bleiben alle Menschenrechte auf der Strecke. Das Ziel des Rechtes auf Arbeit bleibt nicht einmal mehr ein Lippenbekenntnis, es ist in diesem Konzept nicht vorgesehen. Um es klar zu sagen: Das herrschende Konzept des Imperialismus bestreitet im Namen des Maximalprofits der Mehrheit der Menschen auf unserem Planeten das Recht auf Leben und der Menschheit insgesamt das Recht auf Zukunft. In unserem Land geht es dabei zunächst um die Deregulierung und Privatisierung als Eckpunkte einer Politik der weltmarktorientierten Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die Vorstellungen von der Zukunft sind reaktionär: - militärpolitisch: Einsatz der Bundeswehr für die Interessen der Konzerne. - sozial: Auflösung von Kollektivverträgen, um die Individualisierung kollektiver sozialer und demokratischer Rechte in einzelvertragliche Vereinbarungen durchzusetzen. Flexibilisierung der Arbeitszeit nach Unternehmerwünschen, Senkung der Kosten der Arbeitskraft durch weltweites Lohn- und Sozialdumping. - juristisch: Umwandlung sozialer Rechte in bezahlte (für viele unbezahlbare) Dienstleistungen; Privatisierung profitträchtiger öffentlicher Betriebe, Kriminalisierung der Linken, Zerschlagung der Gewerkschaften, falls sie sich als Gegenmacht verstehen. - sozialpsychologisch: Durchsetzung der Konkurrenz Aller gegen Alle und Zerstörung jeglicher Solidarität. - demokratisch: Demokratische Rechte werden reaktionär verändert, das Grundgesetz wird ausgehöhlt, Einschränkung der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechts werden durchgesetzt, Neofaschismus und Rassismus werden zu weiterer reaktionärer Veränderung genutzt Es geht um die Durchsetzung einer brutalen Veränderung der Lebensweise, der Bewußtseinsform und des politischen Verhaltens. Vereinzelung, soziale Unsicherheit, Perspektivlosigkeit, Entsolidarisierung, Korruption und Gewalt werden zum Gesellschaftskonzept, Geld und Konsum zu den höchsten gesellschaftlichen Werten." Das Kapital betreibt eine einheitliche Politik, es hat ein ökonomisches, politisches, gesellschaftliches Gesamtkonzept. Dies schließt Differenzen und Streitigkeiten der herrschenden Klasse nicht aus - wie die zwischen BDI-Präsident Henkel und BDA-Präsident Stihl, ob man denn über offenen Tarifbruch, Aushebeln der Gewerkschaften, neue Strukturen im Staatsbereich, d.h. Entmachtung der Länder, oder unter Beibehaltung der bisherigen Verkehrsformen die eigenen Ziele, den Standort Deutschland fit zu machen, eher erreichen kann. Oder ob denn nun Schäuble mit seiner staatsautoritären Volksgemeinschaftsideologie oder Schröder, der von gesellschaftlichen Konflikten ausgeht und den Reformstau beseitigen will, der "bessere Mann" ist. Wobei uns diese Differenzen - siehe das Engelszitat oben - beileibe nicht egal sind. Zur Durchsetzung ihrer Profit- und Herrschaftsinteressen, um Staat und Gesellschaft schlanker und schärfer zu machen für die weltweite Auseinandersetzung, wird das, was entgegensteht, zurückgedrängt und abgebaut. Dazu gehören auch die demokratischen Rechte. Und die Arbeiterklasse und Bürgerbewegung? Wie will sich die Belegschaft eines Betriebes gegen die Stilllegung wehren, wenn sie nicht das Recht hat oder es sich nimmt, das nahegelegene Autobahnkreuz zu besetzen, oder das Recht hat, über Standortentscheidungen, Investitionen mitzubestimmen? Oder die Antifagruppen, die gegen die menschenfeindliche Ausländerhetze in unserem Land vorgehen wollen, wie können sie sich bewegen, wenn gegen sie die Drohung des § 129 a StGB - Bildung einer terroristischen Vereinigung - und Polizeiknüppel eingesetzt werden. Auch für die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte gehören Kampf und soziale Rechte und um demokratische Rechte zusammen. Bei dem einen werden wir nicht vorankommen, wenn wir nicht auch gleichzeitig um das andere kämpfen, soziale und demokratische Rechte verteidigen, sie ausweiten.

3. Revolutionäre Umgestaltung und demokratische Rechte.

"Bis dahin o.k. und einverstanden" sagt der sozialdemokratische Freund, "aber wenn Ihr die Macht habt, dann gilt das alles nicht mehr, oder?" Verwiesen wird auf die Verbrechen unter Stalin, den 17. Juni, den Prager Frühling, den Tian-An-Men-Platz und zitiert wird Rosa Luxemburg "Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden". Hierzu zunächst eine Gegenfrage: "wes-

halb soll ein Mensch, weshalb soll eine politische Bewegung, die für die Ausweitung demokratischer Rechte gekämpft hat, plötzlich damit aufhören?" oder doch ? - Haben wir das getan und wenn ja, weshalb haben wir das getan? Ja, ich glaube, wir - d.h. die kommunistische Weltbewegung - hat an einigen Stellen ihrer Entwicklung damit aufgehört. Es gilt die Ursachen zu erforschen - immer zu kämpfen, ist anstrengend, und manchmal Ruhe zu haben, verständlich. Einfach was glauben, ohne sich damit auseinanderzusetzen, ist menschlich verständlich. Alles subjektive Ursachen, aber nicht ausreichend für das Verständnis der Probleme. Notwendig ist, die objektiven Probleme des Klassenkampfes herauszuarbeiten, weil dies die Hauptursachen sind, die bewußt angegangen werden müssen. Es ist meines Erachtens das Problem von Demokratie und Macht, zweierlei Macht, der des Kapitals und der der Arbeiterklasse. "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen" - so Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest. Klassenkampf heißt Kampf um die Macht - im Betrieb, im Lande, im Staat, weltweit. Es gibt keine gemeinsamen Spielregeln. Meine Generation von Kommunistinnen und Kommunisten ist geprägt worden durch die tagtägliche Ungerechtigkeit im eigenen Land, der BRD, durch Vietnamkrieg und die Ereignisse in Chile 1973. Unser Klassenbewußtsein hat Ausdruck gefunden in dem Programm der DKP - beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag der DKP 1978 "Der Sozialismus bedeutet nicht weniger, sondern mehr Demokratie für das Volk. Jede bürgerliche Demokratie - wie groß auch immer die politischen Einwirkungsmöglichkeiten und Freiheiten des Volkes sein mögen - beruht auf der ökonomischen Macht der Kapitalistenklasse. Sie ist in jedem Fall eine Form der politischen Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft einer kleinen Minderheit über die Mehrheit. Und selbst die beschränkten Rechte und Freiheiten sind im Kapitalismus stets bedroht. Erst der Sozialismus gibt mit der politischen Macht der Arbeitenden und dem gesellschaftlichen Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln den demokratischen Rechten und Freiheiten, die sich das arbeitende Volk im Kapitalismus erkämpft hat, eine reale Grundlage. Er hebt sie auf eine höhere Stufe. Zugleich schafft der Sozialismus neue Freiheiten für das werktätige Volk: Er garantiert das Recht auf Arbeit und die Chancengleichheit in der Bildung, er verwirklicht dauerhafte soziale Sicherheit und schafft die Voraussetzungen für die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau. Er garantiert den Organisationen der arbeitenden Menschen und jedem einzelnen Werktätigen das Recht und die reale Möglichkeit, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitzuwirken. Solche Rechte können nur geschaffen werden, wenn den Kapitalisten das Recht genommen wird, die entscheidenden Produktionsmittel zu besitzen und die Gesellschaft ihrem Profitstreben zu unterwerfen. Darum müssen alle Versuche der entmachteten Ausbeuter, die mit der Verfassung und den Gesetzen des sozialistischen Staates unvereinbare kapitalistische Ausbeuterordnung wiederherzustellen, auf der Grundlage dieser sozialistischen Gesetzlichkeit unterbunden werden." Und jetzt nach der Erfahrung, daß der Sozialismus in den Länder des realen Sozialismus nicht von den Volksmassen verteidigt worden ist, finden sich Erkenntnisse zur Rolle der Kommunisten im Entwurf der DKP zur "Sozialismus - die historische Alternative zum Kapitalismus" "Welchen Platz hat eine kommunistische Partei künftig im politischen System der sozialistischen Gesellschaft? Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, im Wettstreit mit anderen politischen Kräften um die besten politischen Ideen und Initiativen immer wieder aufs Neue das Vertrauen des arbeitenden Volkes und maßgeblichen Einfluß zu erringen. Die kommunistische Partei wird im Sozialismus vor allem strategische Orientierungen für die weitere Gestaltung des Sozialismus erarbeiten und versuchen, dafür Mehrheiten zu gewinnen, sozialistisches Bewußtsein in den Massen zu entwickeln und sie für das selbständige, initiativreiche Wirken für den Aufbau des Sozialismus und seine Verteidigung gegen alle Versuche zur Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse zu mobilisieren." = Probleme wahrscheinlich von übermorgen.

4. Kehren wir zu den Problemen von heute oder morgen zurück.

Eurocorps, Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr, Europol, Zusammenwachsen von Polizei und Verfassungsschutz, Sicherheitsüberwachungen in den Betrieben, SEK, MEK, GSG 9, Gesetz gegen Organisierte Kriminalität, Großer Lauschangriff - staatliche Machtmittel, die in anderen Ländern zu mehr in der Lage sind, als in Bosnien Patrouille zu gehen, die im eigenen Land zu mehr in der Lage sind als einen Castor-Transport nach Gorleben oder Ahaus zu bringen. Herrschaftsinstrumente, die für die Zukunft geplant sind - eine Linie, die sich in der Politik der "Inneren Sicherheit" seit Horst Herold - deutscher Herbst vor 20 Jahren - durchzieht. Und auf unserer Seite: Eine Arbeiterklasse, die sich langsam gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzabbau wehrt, die stark geprägt ist von deutschen Vorstellungen über Ordnung, im gewerkschaftlichen Bereich von sozialdemokratischer Ideologie, nämlich daß dieser Staat unser Staat ist, für die die Verfolgung von Randgruppen und Minderheiten durch den Staatsapparat häufig noch in Ordnung ist. Eine These zum Schluß: Erst dann, wenn die soziale Not so groß ist, daß die Arbeiterklasse

aufgrund politischer Einsichten über die Ursachen der Not in ihren sozialen Kämpfen hart und konsequent auftritt, wird sie den inneren Zusammenhang von Kampf um soziale und demokratische Rechte voll begreifen - und die richtige Antwort darauf geben.

Konferenz der DKP „150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei“

Das Kommunistische Manifest und die Sozialismusvorstellungen der DKP

Hans Heinz Holz

I.

Der 150. Jahrestag der Entstehung des Kommunistischen Manifests ist hinreichend Anlaß für eine kommunistische Partei, dieses Datums zu gedenken. Das Manifest ist das Gründungsdokument der kommunistischen Arbeiterbewegung. Natürlich gab es schon vorher eine utopische Theorie des Kommunismus, gab es kommunistische Organisationen, die sich an den utopischen Theorien mehr oder weniger orientierten. Erst das Manifest aber gab diesen Bewegungen die programmatische Grundlage, auf der der Kampf um eine von Ausbeutung und Unterdrückung freie Gesellschaft nicht nur von subjektiv bedingten Wünschen und Zielen angetrieben, sondern aus der Einsicht in die Gesetzmäßigkeit geschichtlicher Prozesse geführt werden konnte. Mit dem Manifest beginnt eine neue Ära der Politik. Das Manifest ist das Dokument des welthistorischen Übergangs von der Vorgeschichte der Menschheit, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse sich hinter dem Rücken der Menschen herstellen, zur Geschichte, in der die Menschen aus Erkenntnis der und Möglichkeiten von Produktion und Reproduktion ihres Lebens ihr Schicksal frei gestalten können. Hatte Hegel gesagt, die Weltgeschichte sei der „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“, so schmiedet das Manifest nun den Schlüssel des Tores zur tatsächlichen Freiheit. Seitdem wissen wir nicht nur, wofür – sondern auch nach welchen strategischen Regeln wir zu kämpfen haben. Grund genug, das Manifest in Erinnerung zu behalten, es immer aufs neue in unserem Bewußtsein zu verankern, nicht als eine Urkunde aus einer fernen Zeit, sondern als einen Motor unseres Tuns und als ein Organon unseres Selbstverständnisses.

Wir Kommunisten sind kein Traditionsverein. Wenn wir das Manifest feiern, dann geht es uns zwar auch um unsere Geschichte, die mit allen ihren Kämpfen, Siegen und Niederlagen, Leistungen und Fehlern ein unverzichtbares Moment unserer Identität ist; vor allem und vorrangig geht es uns aber um unser Ziel, die Errichtung einer sozialistischen und dann kommunistischen Gesellschaft. Darum fordert uns die Erinnerung an unser erstes programmatisches Manifest heraus, die angestrebten Etappen unseres heutigen Kampfes zu bestimmen. Kants drei Grundfragen „Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen?“ lassen sich auch für uns stellen. Wir spitzen sie allerdings in anderer Richtung zu: Was wir wissen können, sagt uns der dialektische und historische Materialismus, der wissenschaftliche Sozialismus als Theorie der Geschichte und des Verhältnisses von Natur und Mensch, als Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs, in dessen Rahmen sich das Einzelne und Besondere einzufügen haben, wenn wir keine fatalen Fehler machen wollen. Was wir tun sollen, hier und jetzt und mit Blick auf die Zukunft der Menschheit, formulieren wir in unserem Aktionsprogramm, das wir von Fall zu Fall den sich verändernden Umständen, Kampfbedingungen und erreichten Zielen anpassen. Was wir hoffen dürfen und worauf unser ganzes Tun sich richtet – das ist der Sozialismus als die erste Stufe auf dem Wege, der uns am Ende in die kommunistische Gesellschaft führt, von der es im Manifest heißt: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW 4, 482).

II

Was dürfen wir hoffen, das heißt, was sollen wir als erstes Etappenziel auf dem Weg zum Kommunismus erstreben? Wie kann und muß eine sozialistische Gesellschaft beginnen, welche Schwierigkeiten und Probleme werden sich ihr stellen? Den Rahmen einer allgemeinen Vorstellung von Sozialismus zu entwerfen, ist gegenwärtig eine der theoretischen Aufgaben, die sich die DKP gestellt hat. Ein Entwurf – nach einer ersten Diskussionsrunde bereits in überarbeiteter Fassung – liegt vor und wird von den Genossinnen und Genossen heftig und kontrovers diskutiert. Wir hoffen, am Ende dieser Diskussionen wird eine aussagekräftige Bestimmung des politischen Ziels der Partei, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, gegeben werden können.

Man kann dem entgegenhalten, Ihr nehmt Euch mehr vor, als die Verfasser des Manifest glaubten sagen zu dürfen. Aus gutem Grund haben Marx und Engels keine ausgearbeiteten Vorstellungen über

die Lebensweise und gesellschaftlichen Organisationsformen im Kommunismus entwickelt. Ihnen genügte, die allgemeinen Bedingungen anzugeben, unter denen nach Beseitigung kapitalistischer Produktionsverhältnisse eine neue Stufe der Menschheitsgeschichte beginnen sollte: Aufhebung des Privateigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln und damit Aufhebung der Klassenspaltung. Wie im einzelnen dieser Übergang sich vollziehen würde, könnte nur aus der Analyse der konkreten historischen Umstände zu bestimmen sein: wo, in welcher Phase des Verfalls des Kapitalismus und der Entwicklung der Produktivkräfte, in Anknüpfung an welche kulturellen Traditionen der Formationswechsel stattfinden würde. Das zu realisieren, ist die politische Aufgabe derer, die in dieser Epoche leben und handeln werden.

Eines war Marx und Engels klar: der Übergang würde nicht ohne Kämpfe gehen und gegen den Widerstand der bisher herrschenden Klasse und ihrer Gefolgsleute durchgesetzt werden müssen. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten brauchten darum, gestützt auf ihre Mehrheit, politische Macht zum Aufbau der neuen Gesellschaft; dies nannten Marx und Engels die Diktatur des Proletariats als die Form der politischen Machtverteilung, die die Veränderung der Eigentumsverhältnisse garantieren sollte. Der Beginn des Sozialismus würde die Übernahme der Staatsfunktionen durch die Organe der Arbeiterklasse sein.

Allerdings haben Marx und Engels die ersten notwendigen „Maßregeln“ genannt: „Die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweisen unvermeidlich sind“ (MEW 4, 481). Das heißt, sie haben den vorläufigen Charakter von Eingriffen in die bestehenden Verhältnisse beim Namen genannt – vorläufigen Eingriffen, die aber unerlässlich Schritte zur Einleitung des Übergangs sind, wenn überhaupt die Veränderung der Gesellschaft in Gang kommen soll. Wie das Sprichwort sagt: Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden. Es gibt keine Regel, nach der sich dieser Übergang in aller Welt auf die selbe Weise vollziehen müßte. Im Gegenteil. Marx und Engels betonten: „Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.“ (MEW 4,481). Was sie als die ersten Schritte für die damals ‚fortgeschrittensten Länder ziemlich allgemein‘ nennen, entspricht einem aktuellen Aktionsprogramm des Jahres 1848. Einiges möchte auch heute noch (oder wieder) gelten, anderes ist durch die Veränderung des Kapitalismus in seinem imperialistischen und heute staatsmonopolistischen (beschönigend Neoliberalismus genannten) Stadium und durch die neuen Formen der Produktionsmittel überholt. Aktionsprogramme und Sozialismusvorstellungen sind verschiedene Dinge; sie haben andere historische Bezugspunkte, einen anderen historischen Stellenwert. Man darf sie nicht vermengen.

Genügt es also nicht, die allgemeinen und unverzichtbaren Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus zu wiederholen, die schon Marx und Engels angegeben haben? Nämlich die Aufhebung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Vergesellschaftung von Grund und Boden, von Rohstoffen, von Kommunikationsinstrumenten, Verstaatlichung des Kreditwesens, Herstellung echter Demokratie durch Sicherung der Herrschaft des Volkes (der Allgemeininteressen) über Sonderinteressen und gegen die Bestrebung konterrevolutionärer Wiederherstellung des Kapitalismus, d.h. Diktatur des Proletariats. Darf eine kommunistische Partei heute weiter ins Detail gehen angesichts der Tatsache, daß eine sozialistische Revolution gewiß nicht nahe bevorstehend ist, und sich bis zum Eintritt des Übergangs noch mancherlei in der wissenschaftlich-technischen Umwelt und in der weltweiten Organisation der Kapitalmacht ändern wird.

Es gab 70 Jahre lang eine sozialistische Sowjetunion, mehr als 40 Jahre ein sozialistisches Gesellschaftssystem in Osteuropa. Die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus war die weltpolitische Struktur der Epoche seit der Oktoberrevolution. In dieser Systemkonkurrenz hatten die sozialistischen Länder von vornherein den Nachteil des niedrigeren Entwicklungsstandes, der geringeren Ausbildung gesellschaftlicher Institutionen, wie sie von den bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts in Westeuropa und Nordamerika erkämpft worden waren, der Behinderungen und Zerstörungen durch militärische Bedrohung und Überfälle. Sie hatten den Vorzug, all ihre gesellschaftlichen Kräfte für das allgemeine Ziel einsetzen zu können, „vermittels der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert“ (MEW 19, 226). Die sozialistischen Gesellschaften haben in dieser Systemkonkurrenz Unvergleichliches geleistet. Sie sind zum Schluß unterlegen.

Es ist hier nicht der Ort, um auf die vielfachen Gründe dieser Niederlage einzugehen; das ist an anderer Stelle geschehen. Aus dem 70 Jahre dauernden und schließlich gescheiterten Bemühen, eine

sozialistische Gesellschaft mit dem Ziel des Kommunismus in der Sowjetunion und in Osteuropa aufzubauen, folgern die Gegner des Sozialismus dessen historische Unmöglichkeit; sie führen vor allem jene Fehler und Mängel ins Feld, die aus besonderen Ausgangsbedingungen der Oktoberrevolution hervorgegangen sind und verallgemeinern diese negativen Erfahrungen. Kommunisten, die am Ziel des Sozialismus als der historischen Alternative zum Kapitalismus festhalten, geraten daher in die Lage, für die Entwicklungsperiode der Ablösung des Kapitalismus und des beginnenden Aufbau des Sozialismus inhaltlich bestimmtere Aussagen zu machen, als dies die Klassiker taten. Da dieser Übergang sich nur auf der Basis einer breiten und durchaus nicht gesamthaft kommunistischen Bevölkerung vollziehen kann, wird von Kommunisten erwartet, daß sie sagen, wie sie ihre eigene Stellung und Funktion in diesem Übergangsprozeß und im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften verstehen. Der Hinweis auf die allgemeinen geschichtlichen Entwicklungsgesetze reicht nicht mehr aus. Menschen, die sich für uns entscheiden sollen und wollen, haben angesichts offenkundiger Mängel beim ersten Aufbau des Sozialismus ein Recht zu fragen, wie es beim nächsten aussehen soll und besser gemacht werden kann.

III.

Wir brauchen diese Fragen nicht zu scheuen. Gerade die DKP hat in diesem Deutschland, das einmal aus zwei Staaten mit den verschiedenen Gesellschaftssystemen bestand und durch einen Eroberungsakt vereinigt wurde, einen einmaligen Erfahrungsschatz. Die Genossen und Genossinnen in Westdeutschland kennen seit 1945 die Entwicklung des modernsten Kapitalismus von innen und die Formen des politischen Kampfes in diesem System; die Genossinnen und Genossen in Ostdeutschland haben 40 Jahre sozialistischer Aufbauarbeit, ihrer Erfolge, ihrer Fehlschläge, ihrer Deformation hinter sich, und kennen das Lebensgefühl, die Lebensweise in einer sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft. Wer in Deutschland vom Sozialismus spricht, muß auch von der DDR sprechen, und von den Erfahrungen, die die Menschen in der DDR gemacht haben.

Es ist sicher nicht leicht, im nur formell geeinten Deutschland davon ein Bild zu vermitteln, 40 Jahre lang ist die DDR in der BRD ein Gegenstand dauernder publizistischer Hetze gewesen, die nahtlos an den Antikommunismus der Nazis angeschlossen. Das hat tiefe Spuren im öffentlichen Bewußtsein hinterlassen. Das Mißtrauen gegen die Gesellschafts- und Staatsform der DDR ist im Westen ungeheuer groß. Andererseits haben Sozialisten aus Solidarität oder Utopismus tatsächlich bestehende Mängel in der DDR nicht sehen wollen; sie wurden durch die Ereignisse der „Wende“ und danach enttäuscht und in dieser Enttäuschung durch den Opportunismus der „Wendehälse“ bestärkt. (Man darf auch nicht verschweigen, daß es, besonders auch in den Wissenschaften, eine rechthaberische Bevormundung der in Westdeutschland kämpfenden Genossen durch dogmatische DDR-Kollegen gab, die in mißmutiger Erinnerung geblieben ist. Doch das alles sollte unter Kommunisten nicht zu Verständigungsschwierigkeiten führen!) So gibt es Hindernisse für die gerechte Beurteilung und Aneignung der Leistungen, die mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR verbunden waren, der Erfolge in der Systemveränderung, die errungen wurden. Ich erinnere mich an einen umfangreichen Sammelband Marburger Politologen und Soziologen, „Systemvergleich BRD – DDR“ (1971), in dem die DDR keineswegs schlechter weg kam als die BRD. Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein; die können von DDR-Bürgern besser dargestellt werden als von einem Westdeutschen. Nur prinzipiell möchte ich sagen: wer immer darüber nachdenkt, wie der Übergang von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Ökonomie vollzogen werden könne, wird eine genaue Analyse der Entwicklungsphasen der DDR, der da gemachten Erfahrungen, und der theoretischen Reflexionen der DDR-Ökonomen vornehmen müssen; die sozialistischen Planer waren mit Realitäten konfrontiert, die sicher in einem zukünftigen Sozialismus nicht die gleichen sein werden, aber doch näher daran, als alles abstrakte Wunschdenken. Ohne Analogien gibt es keine geschichtliche Erkenntnis.

IV.

Im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels sich die Zeit des Übergangs zum Kommunismus noch ziemlich kurz vorgestellt. Schon beim Nachdenken über die Pariser Commune haben sich ihre Zeiterwartungen verändert. Die historischen Erfahrungen mit den erfolgreichen sozialistischen Revolutionen, der Oktoberrevolution in der Sowjetunion, der Begründung der Volksrepublik China, dem Sieg der revolutionären Befreiungskämpfe in Kuba und in Vietnam haben gezeigt, daß zwischen dem erfolgreichen Abschluß des revolutionären Kampfes, also der Eroberung der politischen Macht, und der Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung eine lang zu bemessende Übergangsphase liegt. Mit der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Veränderung der grundlegenden – also der Verstaatlichung der großen Industrie und der Finanzinstitute, sowie der Bodenreform – ist die Formationsspezifik der kapitalistischen Gesellschaft gebrochen, der Sozialis-

mus als Anfang einer neuen Gesellschaftsform hat begonnen. Aber das heißt nicht, daß die bürgerliche Gesellschaft als Ganzes bereits überwunden ist, denn diese besteht aus vielen Elementen ökonomischer, institutioneller, menschlicher Vergesellschaftungsprozesse, nicht zuletzt aus lang dauernden Lebenseinstellungen, Werthaltungen, Bewußtseinsformen, die nicht einfach „abgeschafft“ werden können, wie ein Parkverbot oder das Gebet vor der Mahlzeit.

Die Übergangsphase vom Kapitalismus zum Kommunismus ist als solche eine relativ selbständige gesellschaftliche Struktur, die in dauernder Veränderung – tendenziell zur Verwirklichung des Kommunismus, aber mit den Widersprüchen des Übergangs und der noch nicht vollendeten Aufhebung der Klassenunterschiede – begriffen ist. Sie ist also, formationslogisch, die erste Phase der geschichtlichen Ära des Kommunismus, aber keineswegs verwirklichter Kommunismus, und in ihren Anfängen noch nicht einmal wirklich verwirklichter Sozialismus. Gesellschaftsformationen darf man sich ja nicht als in sich geschlossene und gegeneinander genau abgrenzbare Einheiten vorstellen, sondern muß sie als Entwicklungsprozesse denken, die um den Kern zentraler Bestimmungsmomente der Produktionsverhältnisse statthaben.

Der beginnende Sozialismus wird unter anderem durch folgende Merkmale bestimmt sein:

1. Im Sozialismus werden zunächst weiterhin Klassen bestehen; die klassenlose Gesellschaft entsteht erst am Ende dieses Prozesses und ist bereits der Anfang des Kommunismus ist die Fortexistenz von Klassen bedeutet auch, daß es Klassengegensätze und Klassenauseinandersetzungen geben wird, die voraussichtlich durch Einfluß von außen verschärft werden, solange es noch kapitalistische Staaten neben sozialistischen in der Welt gibt.
2. Die Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Bewußtseinslage, die die sozialistische Lebensweise in einer allgemeinen Lebenseinstellung oder „Jedermannsphilosophie (Gramsci) spiegelt, wird langsamer vor sich gehen als die institutionellen Veränderungen; es gibt ein zeitliches Zurückbleiben des Bewußtseins und von Teilbereichen der Weltanschauung gegenüber dem Fortschritt in den Produktionsverhältnissen.
3. Während die allgemeine Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung auf den Ausbau des Sozialismus ausgerichtet ist, wird es aus den unter 1 und 2 genannten Gründen auch Gegenströmungen geben, die den Fortschritt verzögern oder gar frühere Zustände wiederherstellen wollen.
4. Der sozialistische Staat, aus einem Bündnis der Klassen hervorgegangen, die sich zur Überwindung des Kapitalismus zusammengetan haben, wird einen Klassenkompromiß zu vollstrecken haben. Diese seine Funktion wird sich auch in seinen Institutionen niederschlagen. Der sozialistische Staat ist der Ort, an dem der Widerspruch zwischen dem Fortschritt im Allgemeininteresse und der Verteidigung von Sonderinteressen (möglichst nicht-antagonistisch, d.h. mit geringem Konfliktpotential) ausgetragen wird. Daraus folgt, daß die kommunistische Partei nicht Staatspartei ist, sondern den fortschrittlichsten Teil des Staatsvolks in sich vereinigt.
5. Da nicht anzunehmen ist, daß der Sozialismus gleichzeitig überall in der Welt verwirklicht wird, muß international von der Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme ausgegangen werden. Aber auch der Entwicklungsstand der sozialistischen Länder wird nicht einheitlich sein. Man muß also mit einer vielfältig differenzierten Weltgesellschaft rechnen, die nicht automatisch von solidarischen Interessen gelenkt wird. Kommunistischer Internationalismus und staatliche Belange eines sozialistischen Staates sind nicht ohne weiteres und nicht immer gleichzusetzen. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß wir mit allem Nachdruck formulieren können: der Sozialismus beginnt mit der Enteignung der in privater Hand befindlichen Produktionsmittel und Kapitalien, soweit sie für die Produktionsverhältnisse ökonomisch und politisch ausschlaggebend sind. Um diesen Kern gesellschaftlichen Eigentums wird er schrittweise weiter ausgebaut. Welche Schritte in einer Übergangsphase die erstmöglichen sind, ist nicht prognostizierbar. Das hängt von der tatsächlichen Ausgangslage ab, das heißt, vom ökonomischen Entwicklungsstand, von den bestehenden Kommunikationsstrukturen, von den Machtverhältnissen, von den mit Bündnispartnern einzugehenden Kompromissen.

Selbstverständlich gehören zu den ersten Schritten, die den Sozialismus einleiten, neben der grundlegenden Veränderung in den Eigentumsverhältnissen und dem damit verbundenen Aufbau einer rationalen Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums durch eine globale Wirtschaftsplanung die elementaren sozialpolitischen Maßnahmen, die der unmittelbaren Hebung des Lebensstandards der Menschen dienen. Auf diesen Aspekt hat der DKP-Entwurf besonderen Wert gelegt. Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheits- und Altersversorgung werden von Anfang an im Sozialismus verfassungsmäßig gesichert sein.

V.

Marx und Engels haben stets gesagt, daß der Übergang zum Sozialismus und dessen Aufbau die Fortexistenz des Staats unter der Hegemonie der Arbeiterklasse erforderlich macht. Der Staat wird nicht einfach abgeschafft, sondern er wird allmählich absterben; das schreibt Engels mit Marx' Einverständnis noch 1880 in „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, also mehr als 30 Jahre nach dem Manifest. Eine der zentralen Fragen wird daher sein, in welcher Weise ein sozialistischer Staat verfassungsmäßig organisiert ist.

In westeuropäischer Tradition ist davon auszugehen, daß die plurale Klassenstruktur und die noch nicht homogenisierten Interessenlagen der verschiedenen Bevölkerungsteile sich in der Existenz von Parteien ausdrücken und in ihnen und anderen gesellschaftlichen Organisationen, wie Gewerkschaften, Frauenverbänden usw. ihre politische Organe finden. Dabei ist das Modell des bürgerlichen Parlamentarismus sicher nicht die geeignete und auf jeden Fall nicht die einzige Form gesellschaftlicher Willensbildung und in großem Umfang durch dezentralisierte Beteiligungsmodelle zu ergänzen: Arbeitermitbestimmung in den Betrieben, örtliche Räte, Bürgerinitiativen, Konsultationsgremien u. a. m. sind geeignet, die Bürger in die politische Verantwortung einzubeziehen und Selbstbestimmung, die in jeder Massengesellschaft ja immer nur über Vermittlungsvorgänge zu einer gesamtgesellschaftlichen Politik werden kann, so zu verankern, daß sie von jedem als eine Lebenswirklichkeit erfahren wird.

Die kommunistische Partei, die als die Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts zum Kommunismus an der vordersten Front der Geschichte steht und darum nie mit dem bereits ins sozialistischen Staat jeweils Erreichten zufrieden sein darf – das ist es, was Ihre Avantgarde-Rolle ausmacht – wird mit der Doppelfunktion zurechtkommen müssen, zugleich als führende Kraft des Staats im Bündnis mit anderen Parteien und Gruppen zu fungieren und die Instanz dauernder Kritik dieses Staat in seinem jeweiligen Zustand und treibende Kraft des Weiterschreitens zu sein. Um diese Doppelrolle ausüben zu können, sollten die Parteifunktionen personell getrennt sein von den Staatsämtern, die die Partei besetzt. Daß dies eine Frage der Stärke der Partei ist, liegt auf der Hand. Die Partei wird jedoch um so stärker sein, je deutlicher sie ihre Aufgaben als Partei von ihren Aufgaben als Teil der Staatsmacht zu unterscheiden vermag.

Der Aufbau des Sozialismus unter Beteiligung einer Mehrheit der Bevölkerung schließt eine fortlaufende Bewußtseinsentwicklung ein. Die Herausbildung einer Kultur mit neuen Lebenszielen und Wertorientierungen ist ein unerläßlicher Bestandteil sozialistischer Politik. Das ist kein Prozeß der Erziehung, in dem es Erzieher und zu Erziehende gibt, sondern das Ergebnis einer gemeinsamen Veränderung der Lebensweise. Die Bewußtseinsveränderung wird immer länger dauern als die Veränderung der materiellen Basis, und sie setzt diese voraus, sonst entsteht eine forcierte Willensanstrengung, die für kurze Zeit möglich und sinnvoll sein kann, aber auf längere Zeit nicht durchzuhalten ist. Subjektivismus und Voluntarismus haben keine historische Perspektive.

Abschließend: Der Übergang zum Sozialismus und der Aufbau des Sozialismus als Weg zum Kommunismus ist ein Prozeß mit zahlreichen Variablen und einigen Konstanten, an denen nicht gerüttelt werden kann, wenn es Sozialismus sein soll. Die Konstanten müssen mit aller Deutlichkeit und kompromißlos benannt werden. Die Variablen festlegen zu wollen, wäre ein Mangel an historisch materialistischer Offenheit und ein politischer Fehler. Diese Erkenntnis von Marx und Engels, die den wissenschaftlichen vom utopischen Sozialismus unterscheidet, werden wir nicht preisgeben dürfen.

Konferenz der DKP

150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei

Das Kommunistische Manifest und die Sozialismusvorstellungen der DKP

Alain Rouy

Einleitungsbeitrag (Auszüge)

Liebe Freunde und Genossen !

Ich möchte mich zunächst im Namen der Franz. Kommunistischen Partei bei der DKP für die Einladung bedanken. 150 Jahre *Kommunistisches Manifest* - das ist ja eine gute Gelegenheit, Gedanken auszutauschen, und zwar nicht so sehr um das Werk von Marx und Engels zu würdigen, sondern vielmehr um Perspektiven für heute und Auswege aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zusammen zu erarbeiten.

In Frankreich wird auch eine sehr große Initiative anlässlich der 150 Jahre des *Kommunistischen Manifests* vorbereitet: vom 13. bis zum 16. Mai werden zahlreiche Persönlichkeiten und Forscher aus Frankreich und der ganzen Welt, darunter namhafte Forscher aus Deutschland, in Paris - in der Nationalbibliothek sowie an der Sorbonne - zusammentreffen. Die Vielfalt der angesagten Teilnehmer, sozialistische, kommunistische, sozialdemokratische, linksradikale Persönlichkeiten, Gewerkschaftler und aktive Teilnehmer der Sozialkämpfe, Theologen der Befreiungstheologie, akademische Forscher, usw... - diese Vielfalt ist schon an sich ein Ereignis. Daß Leute aus allen Kreisen und Strömungen des linken und fortschrittlichen Spektrums vielleicht zum ersten Mal seit Jahrzehnten zusammen diskutieren wollen, das ist wirklich ein Ereignis, wenn man bedenkt, wie oft der Tod des Marxismus verkündet wurde!

Darin sehen wir ein sehr positives Zeichen, das Zeichen, daß neue - und zugleich auch alte - Fragen gestellt werden, daß die Möglichkeit einer Alternative zum Kapitalismus erneut zum Thema wird. Natürlich verfahren wir anders als früher, wo aus den Analysen von Marx und Engels eine « unbesiegbare Doktrin » gemacht wurde, die eigentlich in sterilen Dogmatismus ausartete. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt; es besteht aber, daß das *Kommunistische Manifest* eine Inspirationsquelle für die Arbeiterbewegung und die fortschrittlichen Kräfte bleibt. Der Klassenkampf mag zu unserer Zeit andere Formen angenommen haben: wir erleben immer in unseren Ländern die soziale Ungerechtigkeit und jetzt die Brutalität der Globalisierung des kapitalistischen Systems. Wer könnte behaupten, der Klassenkampf sei zu Ende, wenn man die Sozialkämpfe in unseren Ländern bedenkt - z.B. die große Sozialbewegung von November-Dezember 1995 bei uns, die Arbeitslosenbewegung in unseren beiden Ländern, die Krise des Modells der Sozialpartnerschaft in Deutschland. Überall findet man dieselbe Ablehnung des ultraliberalen Modells, wie es sich seit 10 Jahren durchsetzen will, mit solchen Charakteristiken wie Deregulierung der Arbeit, Sozialabbau, Konkurrenz unter den Beschäftigten, Abbau des öffentlichen Dienstes, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und vor allem Alleinherrschaft der Finanzmärkte. Alles wird getan, um « das Vertrauen » der Finanzmärkte zu gewinnen, immer weniger Platz wird den arbeitenden Frauen und Männern eingeräumt. Bei uns bekämpft die Arbeitgeberschaft die 35-Stunden-Woche mit aller Kraft. So haben die Sozialkämpfe einen immer radikaleren, antiliberalen und antikapitalistischen Inhalt, auch wenn der politische Ausdruck dieser Kämpfe widersprüchlich bleibt.

Das *Kommunistische Manifest* bleibt also sehr aktuell; unsere Verantwortung ist es, die kommunistischen Ideen wirksam und kreativ weiter zu verwirklichen. Wie Sie es wissen, haben die französischen Kommunisten beschlossen, sich weiterhin Kommunisten zu nennen. Zur gleichen Zeit sprechen wir von einer neuen Ära des Kommunismus in Frankreich und unser Nationalsekretär Robert Hue bezeichnet diese Bewegung mit dem Begriff « *mutation* », so etwas wie « Wandlung » auf deutsch. Seit mehreren Jahren - aber mit einem qualitativen Sprung auf unserem letzten Parteitag im Dez. 1996 - bemühen wir uns, uns von allen übriggebliebenen belastenden Elementen unserer Vergangenheit zu befreien; es geht uns dabei nicht darum, unsere Identität als Kommunisten zu verwässern, sondern darum, dieselbe Kreativität angesichts der Realitäten unserer Zeit zu zeigen, wie es uns zu anderen historischen Zeitpunkten gelungen ist. Unser Ziel ist und bleibt die Veränderung der Gesellschaft und unser Wille, unsere Partei zu ändern, damit wir noch besser sind, was wir sind - dieser Wille wird in

unserem Land positiv eingeschätzt, und zwar weit über die Reihen unserer Mitglieder oder unserer Wähler hinaus.

Die Veränderung der Gesellschaft ist eine riesige Herausforderung; wir betrachten sie aber nicht als ein fernes Ziel, wir wollen sie schon in den heutigen Kämpfen aufbauen; die Widersprüche der liberalen Gesellschaft wollen wir ausnützen, um in den Köpfen eine Alternative entstehen zu lassen; dies setzt aber voraus, daß sich unser Volk alle Möglichkeiten zu eigen macht, die Zukunft zu gestalten. Dies ist eine wesentliche Dimension unserer *mutation*, unserer Wandlung: die Leute, die Bürger müssen immer eingreifen, wir appellieren an die Intelligenz, an die Handlung, an die Verantwortung aller Einzelnen, um die Probleme, die sie betreffen, zu lösen. Dies ist auch ein Mittel, die aktuelle Krise der Politik zu überwinden: die Bürger dürfen sich nicht mehr auf ihre Vertreter oder auf die Parteiführungen blind verlassen, sie müssen selbst an den gesellschaftlichen Entwicklungen teilhaben. Somit wird die Veränderung der Gesellschaft tief im Leben der Leute verwurzelt. Im ständigen Eingreifen der Bürger nährt sich die Idee der notwendigen Veränderung und so wird die kommunistische Zielsetzung verstärkt. Unsere *mutation* ist kein Selbstzweck: wir wollen einfach die kommunistische Partei haben, die wir heute brauchen. Die Bürger brauchen keine allwissende Partei, die sie führt, sie wollen selbst aktive Teilnehmer der gesellschaftlichen Veränderungen sein, und unsere Partei soll ihnen diese Gelegenheit bieten.

Seit Juni 1997 versuchen wir, in einer ganz neuen politischen Situation diese Prinzipien zu verwirklichen. (...) Im Mai 1995 wurde Jacques Chirac zum Staatspräsidenten gewählt: auf seine Weise war es ihm gelungen, den Wunsch nach Veränderung zu verkörpern. Sein wahres Gesicht zeigte er fünf Monate später, als Premierminister Alain Juppé einen Sparplan ankündigte, den die damalige parlamentarische Mehrheit mit stürmischem Beifall begrüßte. Einen Monat später lag Frankreich lahm und eine überwiegende Mehrheit der Franzosen bekundete ihre Sympathie für die Streikenden. (...) Mit der vorgezogenen Parlamentswahl im Juni 1997 wollte Chirac der Wahlniederlage, die sich ankündigte, vorbeugen.

Der Wahlkampf stand durch und durch unter dem Zeichen der großen Sorgen der Franzosen: Arbeitsplätze, Löhne, Renten, 35-Stunden-Woche, soziale Sicherheit, Zukunft der Jugend, europäischer Aufbau. (...) Unsere Partei hat großen Wert darauf gelegt, die Leute zum Wort kommen zu lassen. Wir hatten schon seit mehreren Monaten angefangen, in zahlreichen Städten öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, wo wir auch die anderen Linksparteien eingeladen haben, damit die Bürger alle Probleme erörtern aber auch ihre Lösungen vorschlagen konnten: diese Form des « Bürgerforums » bildete einen wichtigen Beitrag zum demokratischen Leben. In allen Kämpfen sind die Kommunisten sehr aktiv gewesen, z.B. auf der Seite der ausländischen Mitbürger « ohne Papiere », gegen Le Pen - in der Lokalwahl von Gardanne bei Marseille wo der kommunistische Kandidat den Vertreter der Front National besiegte oder auf der großen Demonstration in Straßburg am 29. März 1997- oder auch gegen den Maastricht-Vertrag und seine Folgen. (...)

Die vorzeitige Wahl hat uns nicht erlaubt alle Initiativen zu Ende zu führen, aber unsere Bemühungen sind nicht ohne Nachklang gewesen und haben zum offensiven und schließlich siegreichen Charakter des Wahlkampfes beigetragen. Sie haben auch den Wunsch nach Einheit und die Dynamik der pluralistischen Linke verstärkt. So wurden die Bedingungen für die gemeinsame Erklärung der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei geschaffen, die am 29. April 1997 unterschrieben wurde und wo die Beschäftigungspolitik als « absolute Priorität » bezeichnet wird. Die Erklärung schlägt eine neue Orientierung des Geldes vor, zugunsten der Beschäftigung, der Produktion, der öffentlichen Dienste, der Forschung, der Bildung und Ausbildung. In der Erklärung werden zwar die Divergenzen zwischen Sozialisten und Kommunisten notiert, aber zugleich wird eine Neuorientierung der europäischen Konstruktion verlangt, für ein soziales Europa, ein Europa des Fortschritts und des Friedens. Auf der Grundlage dieser Orientierungen haben die Kommunisten in einer internen Wahl, die im ganzen Land durchgeführt wurde, mit einer 80% - Mehrheit beschlossen, daß die FKP sich an der Linkskoalition im Parlament und an der Regierung Frankreichs beteiligen sollte.

Nun bleiben wir hellstichtig, wie die Franzosen es auch sind. In mancher Hinsicht sind die Positionen der Sozialisten nicht diejenigen der Kommunisten, auch nicht diejenigen anderer Linkskräfte. Unser Wahleinfluß, auch wenn bestätigt, bleibt bei 10 % und die Rechtskräfte, Chirac an der Spitze, bleiben nicht inaktiv. (...) Wir stoßen auch auf einen intensiven internationalen Druck, wie zum Beispiel auf dem Gipfeltreffen von Amsterdam im Juni 1997, wo Lionel Jospin vergebens eine Denkpause verlangte, bevor der Stabilitätspakt von Kohl und Chirac angenommen wird. Die baldigen Entscheidun-

gen über die Währungsunion können die Konfrontation noch heftiger machen: laut Umfrage meinen heute 58% der Franzosen, daß die Regierung über neue Bedingungen verhandeln sollte, auch wenn dadurch die Währungsunion verspätet oder gefährdet werden sollte. Die FKP verlangt ein Referendum über diese Frage.

Die französischen Kommunisten handeln also als vollständiger Bestandteil der Regierungskoalition, aber auch als originelle Komponente der Linke, im Dienste der Bürger. Für uns bildet es ein Ganzes; der Erfolg der politischen Konstruktion, die wir verwirklichen wollen, setzt voraus, daß die Gesellschaft aktiv ist und eingreift. Unserer Meinung nach muß man eine neue Art und Weise fördern, Politik zu machen, damit die Bürger die tatsächlichen Handelnden im öffentlichen Leben werden. Es ist eine Notwendigkeit, um der Regierung zu helfen, dem Druck der Gegner zu widerstehen, es ist auch eine Notwendigkeit, um den Wunsch der Bürger zu erfüllen, die zu 83 % eine größere Beteiligung an den Entscheidungen erstreben. So sehen wir unsere Funktion als Kommunisten in der heutigen konkreten Phase: als Bindeglied zwischen Sozialkämpfen, zwischen gesellschaftlicher Bewegung und Regierungshandlung, damit diese Linksregierung die Erwartungen der Bevölkerung erfüllt und schließlich eine antikapitalistische Richtung einschlägt.

Natürlich wissen wir, daß es nicht einfach sein wird; wir wissen auch daß die Linke kein Recht aufs Scheitern hat. Unsere Verantwortung ist sehr groß: zuerst vor dem französischen Volk, das wir diesmal nicht enttäuschen dürfen; aber auch vor allen fortschrittlichen Kräften der Welt, die unser Experiment mit Sympathie verfolgen und die hoffen, daß sich daraus möglicherweise eine Infragestellung der aktuellen europäischen und Weltordnung ergibt. Wir wollen alles tun, um uns auf diese unzähligen Freunde zu stützen; überall erwacht der kritische Geist und damit die Hoffnung, zusammen etwas Neues zu erfinden. Zusammen wollen wir das Gebot erfüllen, das im *Kommunistischen Manifest* enthalten ist: die internationale Solidarität.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.